

WELTUMSPANNENDE IDEE

In der Sowjetunion wurde eben erst mit der Aussaat begonnen, und das auch nur in den südlichen Gebieten, in den Staaten Indochinas aber blühten schon die Pfirsichbäume, grünt der Reis. Immer höher der heißen Sonne Kubas entgegen reckt sich das Zuckerrohr auf den Plantagen.

Die Länder der sozialistischen Gemeinschaft liegen auf unterschiedlichen Breiten, doch die Entfernung hindert nicht ihre engen Kontakte, ihre freundschaftlichen Beziehungen.

„Mit eigenen Augen können wir uns überzeugen, daß die edlen sozialistischen Ideen keine Grenzen kennen und daß diese Ideen der Völkerverständigung dienen“, sagte Leonid Breschnew, als er die höchste Auszeichnung der Volksdemokratischen Republik Laos, die „Goldmedaille der Nation“, von Kaysone Phomvihane empfing.

Bei aller Vielfalt der Aufgaben der sozialistischen Länder, die unter unterschiedlichen außenpolitischen Bedingungen und ökonomischen Entwicklungsstufen die neue Gesellschaft aufbauen, besitzen wir gemeinsame Ziele. Letztendlich laufen sie auf die einfache und allen arbeitenden Menschen verständliche Tatsache hinaus, für das Glück des Volkes, für den Weltfrieden zu arbeiten. Auf gemeinsamen Interessen gründet auch unsere Einheit. Sie mehrt die Stärke der sozialistischen Gemeinschaft, hilft, mit Schwierigkeiten fertig zu werden, bedeutende volkswirtschaftliche Aufgaben zu lösen und den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt zu beschleunigen.

Nicht leicht hätte es Laos mit China vor der Tür, wären da nicht die treuen Freunde des laotischen Volkes, das wirtschaftlich eng mit den Nachbarn Vietnam und Kampuchea zusammenarbeitet. Im Ausbau der Kontakte zur Sowjetunion, zu Vietnam sowie zu den anderen Staaten unserer Gemeinschaft erblickt die laotische Führung eine wirksame Stütze bei der Entscheidung grundsätzlicher Aufgaben der sozialistischen Umgestaltung. Gemeinsam verteidigen die drei Länder Indochinas ihre Souveränität und Unabhängigkeit gegen den Druck aus Peking, ergreifen Maßnahmen, um die Lage im Südostasien zu stabilisieren und die Region zu einer Friedenszone zu machen.

Es gibt für die sozialistische Gemeinschaft keine wichtigere Sorge als die um den Frieden.

Dieses Thema war Leitmotiv der Kundgebung der sowjetisch-bulgarischen Freundschaft während des Bulgarien-Besuchs der Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR unter Michail Solomenzew und der Verhandlungen Andrej Gromykos mit dem tschechoslowakischen Außenminister Bohuslav Chňoupek in Moskau. Unsere Mitstreiter und Freunde begrüßen die neuen sowjetischen Initiativen, die allein darauf gerichtet sind, das Wettrüsten zu bremsen und das Weltklima zu verbessern. Andrej Gromyko bemerkte dazu, in der jetzigen internationalen Lage werde besonders deutlich, daß die sozialistische Gemeinschaft der Hauptfaktor ist, der die Verwirklichung der militaristischen Pläne und aggressiven Militärdoktrinen verhindert. Deshalb ist es so wichtig, unermüdlich um eine noch stärkere Zementierung der Einheit der sozialistischen Länder zu ringen.

Solidarität ist eine mächtige Waffe. Hat der Imperialismus nicht deshalb diese Losung übernommen? Die USA, und nicht sie allein, reden von der „Solidarität mit den polnischen Arbeitern“. Was sich dahinter verbirgt, ist mit bloßem Auge sichtbar. Washington hält es mit den antisozialistischen Kräften, was gehen es die polnischen Arbeiter an. Sonst würde es Polen nicht die Lieferung von Lebensmitteln und anderen Gütern verweigern und seine Verbündeten zu Wirtschaftssanktionen gegen das Land veranlassen. Es ist doch klar, daß die Sanktionen die Interessen der polnischen Werktätigen schmerzlich treffen würden, hätte das sozialistische Polen nicht die treuen Freunde, die ihm wirksame Hilfe leisten.

En gros und en detail vertreiben Washington und seine Nachbeter auch den so billigen Propagandatrick der „Solidarität mit Afghanistan“. Aber die Weltöffentlichkeit, die die Möglichkeit besitzt zu beobachten, wie die USA einträchtig mit China Bandentrupps auf pakistanischem Territorium ausbilden und Waffen an jene liefern, die die afghanische Bevölkerung terrorisieren, Schulen, Krankenhäuser und Moscheen überfallen und friedliche Menschen ermorden, ohne mit Alten und Kindern Erbarmen zu haben, läßt sich nicht so leicht um den Finger wickeln. Das alles geschieht, um die revolutionäre Erneuerung Afghanistans zu verlangsamen, die Spannungen nicht nur um dieses Land, sondern in der ganzen Region Südasiens und Persischer Golf zuzuspitzen.

Glücklicherweise wird ein reiner Quell, wie eine Volksweisheit lautet, von Abwässern nicht getrübt...

Der Begriff Solidarität war zu allen Zeiten heilig. Besonders notwendig ist sie in unseren Tagen, da die internationale Atmosphäre von kalten Strömungen durchzogen ist. Getreu der Leninschen Politik des Friedens und der Völkerfreundschaft bieten die sozialistischen Länder allen die Hand, denen es um sozialen Fortschritt und die Zukunft unserer Zivilisation zu tun ist.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 13 MÄRZ 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Weltumspannende Idee	1
W. Kusnezow — Verstand genug!	5
A. Stepanow — Schöpfung, Frieden, Solidarität	7
I. Titow — Großbritannien. Budget für die Bosse	8
J. Botschkarjow — Sie wissen, was sie tun	9
L. Shegalow — Indien—Pakistan. Dialog unterbrochen: Warum!	10
M. Tschernoussow — Sind's die Augen...	11
R. Andreassian — OPEC-Entscheidung	12
I. Siwzew — Trotz getroffener Vereinbarungen	14
M. Sbojtschakow — Mittelamerika. Vor Gericht der Öffentlichkeit	14
W. Schelepin — Okkupanten	15
Notizen ♦ Glossen	16
D. Wolski — Globaldiversion	18
V. Wassiljew — China. Reform oder Säuberung!	20
T. Natalin — Zwecklüge als Politik	22
B. Pistschik, M. Podwigin — Bericht aus Leipzig	24
Oliver Tambo: „Mit uns die Zukunft“ (Interview)	24
J. Konenkow — Wer stärkt die Mörder! (Das politische Buch)	26
L. Welikowitsch — Kreuzritter des 20. Jh. (Hintergrund)	27
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die Völker fordern, daß US-Raketen nicht nach Europa gebracht werden und daß der Himmel über Europa und unserem ganzen Planeten klar bleibt. Die von Leonid Breshnew auf dem sowjetischen Gewerkschaftskongreß verkündeten neuen Initiativen sind ein Weg zum Frieden und finden bei den Menschen guten Willens energische Unterstützung.

Titelbild: A. Garanin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadj. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadj, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 18. März traf sich Leonid Breshnew im Kreml mit dem Generalsekretär des ZK der Laotischen Revolutionären Volkspartei Kaysone Phomvihane, Ministerpräsident der VDR Laos, der der UdSSR einen Freundschaftsbesuch abstattete. Beide Politiker tauschten Meinungen über die weitere Entwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und der LRVP aus. Am 17. März hatten die Sekretäre des ZK der KPdSU Iwan Kapitonow, Michail Simjanin und Konstantin Russakow ein Treffen mit Kaysone Phomvihane und dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der LRVP Sisomphone Lo-vanxay.

Am 17. März wurde Leonid Breshnew auf dem XVII. Gewerkschaftskongreß der UdSSR als Würdigung seiner hervorragenden Verdienste und des großen persönlichen Beitrags zum Schutz des Friedens, zur Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit der Völker, der konsequenten Förderung des Kampfes der Arbeiterklasse um ihre Rechte die Goldmedaille des WGB überreicht.

Am 22. März traf Leonid Breshnew in Taschkent zu den Feierlichkeiten anläßlich der Überreichung des Leninordens an die Usbekische SSR ein. Der Orden wird der Republik für die Erfolge der Werktätigen bei der Entwicklung des Baumwollbaus und bei der Produktion anderer landwirtschaftlicher Kulturen verliehen.

Am 20. März schloß der XVII. Gewerkschaftskongreß der UdSSR. Er billigte einmütig die Tätigkeit des Zentralrates der Sowjetischen Gewerkschaften und nahm eine Resolution zu seinem Rechenschaftsbericht sowie den Appell an die Werktätigen und Gewerkschaften der Welt „Das Wettüben einstellen! Die Kernkriegsgefahr verhüten!“ an. Die Kongreßteilnehmer richteten eine Grußadresse an das ZK der KPdSU und an Leonid Breshnew. Auf dem am 20. März abgehaltenen Plenum des Zentralrates wurde Stepan Schalajew zu seinem Vorsitzenden gewählt (s. S. 7).

Vom 18. bis zum 20. März weilte in der UdSSR Bohuslav Chňoupek, Mitglied des ZK der KPTsch und Außenminister der CSSR. Er hatte Unterredungen mit Andrej Gromyko, bei denen es um die Entwicklung der sowjetisch-tschechoslowakischen Beziehungen und die aktuellsten Weltprobleme ging.

Am 20. März kehrte Marschall der Sowjetunion Dmitri Ustinow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Verteidigungsminister der UdSSR, von sei-



Am 18. März überreichte Kaysone Phomvihane im Moskauer Kreml Leonid Breshnew die höchste Auszeichnung der VDR Laos, die Goldmedaille der Nation. Unser Bild: Nach Überreichung der Medaille

Foto: W. Mussaelian und E. Pessow (TASS)

nem offiziellen Indien-Besuch nach Moskau zurück.

Auf Einladung der Volksversammlung Bulgariens stattete eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR Bulgarien vom 17. bis zum 23. März einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab. Delegationschef war Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU Michail Solomenzew, Vorsitzender des Ministerrates der RSFSR und Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR. Die Delegation traf sich mit Stanko Todorow, Mitglied des Politbüros des ZK der BKP, Vorsitzender der Volksversammlung Bulgariens, und den Vorsitzenden der Ständigen Kommissionen der Volksversammlung. Am 22. März wurde die Delegation vom Generalsekretär des ZK der BKP Todor Shiwkow, Vorsitzender des Staatsrates der VR Bulgariens, empfangen.

Am 22. März begann in Varanasi (Uttar Pradesh) der XII. Parteitag der KP Indiens. In der Grußadresse des ZK der KPdSU an den Parteitag heißt es u. a.: „Wir in der UdSSR schätzen hoch die aktive Rolle Ihrer Partei bei der Entwicklung und Festigung der sowjetisch-indischen Freundschaft ein, die auf dem festen Fundament des sowjetisch-indischen Vertrages über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit beruht. Diese Freundschaft hat sich in unseren beiden Ländern zu einer festverwurzelten Volkstradition entwickelt und ist ein wichtiger Friedensfaktor für Asien und die Welt.“ Am Parteitag nimmt eine KPdSU-Delegation unter Eduard Schewardnadse, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des ZK der KP Georgiens, teil.

Vom 10. Februar bis zum 16. März fand in Heihe (China) die 24. Tagung der sowjetisch-chinesischen Kommission für die Schifffahrt auf den Grenzabschnitten der Flüsse des Amurbeckens statt. Erörtert wurden die Berichte der Seiten über die Schifffahrt und die Straßenbauarbeiten 1981, ferner Unfälle aus dem Jahr 1981 sowie die Pläne der Straßenbauarbeiten beider Seiten für 1982 und die Vorschläge über die Präzisierung einiger Punkte der Schifffahrtsregeln. Über die meisten erörterten Fragen wurde eine Vereinbarung erzielt sowie ein entsprechendes Protokoll unterzeichnet.

In Genf begann am 16. März eine Tagung der Ständigen sowjetisch-amerikanischen Konsultativkommission, die gegründet worden war, um die Verwirklichung des Vertrages über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme, des Zeitweiligen Abkommens über einige Maßnahmen zur Begrenzung der strategischen Offensivwaffen und des Abkommens über Maßnahmen zur Verminderung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges zu fördern.

In Brüssel wurde am 21. März die Tagung des Internationalen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit beendet. Sie nahm mehrere Dokumente an, in denen die Öffentlichkeit Europas fordert, dem Kontinent eine friedliche Zukunft zu sichern, dem Welterben und anderen militaristischen Aktivitäten ein Ende zu setzen und die Stationierung neuer Kernwaffen in Europa zu verhindern.

Der Erste Sekretär des ZK der KP Kubas, Fidel Castro, Vorsitzender des Staats-

und des Ministerrates der Republik, traf sich am 18. März in Havanna mit den Führern der nikaraguanischen Revolution Daniel Ortega und Bayardo Arce. Sie tauschten ihre Meinungen über die kritische Lage in Mittelamerika und der Karibik aus.

Der Regierungsrat der Nationalen Wiedergeburt Nikaraguas verabschiedete ein Dekret über die Verhängung eines 30tägigen Ausnahmezustands. Wie es darin heißt, nehmen Aggressionspläne gegen die Republik eine immer konkretere Gestalt an. In den letzten Wochen wurden Geheimpläne der US-Spionagedienste entlarvt. Zusammen mit den in Miami und Honduras untergebrachten konterrevolutionären Banden und einigen lateinamerikanischen Militärregimes beschlossen diese Spionagedienste, eine Söldnerarmee aufzustellen. Vom honduranischen Territorium aus planen sie militärische Angriffe, Diversionen und Terrorakte auf nikaraguanischem Boden.

Die Truppen der Nationalen Befreiungsfront „Farabundo Martí“ besetzten am 15. März gleichzeitig drei Bezirke der salvadorianischen Hauptstadt — Custanancingo, Delgado und Mejicanos —, nur einige Kilometer vom Zentrum San Salvadors entfernt. Am 18. März wurden in El Salvador vier niederländische Fernsehreporter ermordet, die über den Kampf des salvadorianischen Volkes gegen die US-hörige Diktatur berichteten und einen Film über die Partisanen planten. Am Vortag wurden die Niederländer auf der Polizei verhört und bedroht. Das Verbrechen der salvadorianischen Soldateska hat in den Niederlanden Zorn und Entrüstung hervorgerufen. In Den Haag fand vor der US-Botschaft eine Massendemonstration statt, deren Teilnehmer die US-Politik in Mittelamerika verurteilten.

Auf dem 1. ZK-Plenum der Sozialistischen Einheitspartei Mexikos (PSUM) wurden die Politische Kommission des ZK (21 Mitglieder) sowie der Generalsekre-

tär der Partei gewählt: Pablo Gómez Álvarez, der vor der Vereinigung der Mexikanischen KP mit den anderen Linksparteien und vor der Gründung der PSUM von 1971 an Mitglied des ZK der KP war.



Auf der Frühjahrsmesse in Leipzig hatte die sowjetische Ausstellungshalle starken Zuspruch.

Foto: ADN/TASS

Am 22. März begannen in London Verhandlungen zwischen Premierministerin Margaret Thatcher und Premierministerin Indira Gandhi, die in London anlässlich des dortigen Indien-Festivals eintraf.

Am 15. März kam in New York eine zweitägige Beratung US-Außenminister Haigs mit den Außenministern Kanadas, Mexikos, Venezuelas und Kolumbiens zum Abschluß. Sie erörterten das von der Reagan-Administration ausgearbeitete „Programm der Wirtschaftsentwicklung für die Karibik“. Dieser „Mini-Marshallplan“ hat den Zweck, die militärstrategischen US-Positionen in diesem Raum durch verstärkte Stützung der reaktionären und diktatorischen Regimes in El Salvador, Honduras und Guatemala sowie durch Isolierung Kubas, Nikaraguas und Grenadas zu festigen. Aber Haigs Amtskollegen haben ein solches Herangehen der US-Administration an die Angelegenheiten der Region entschieden abgelehnt.

Am 21. März kamen in Frankreich die Kantonalwahlen zum Abschluß, bei denen die Zusammensetzung der Generalräte in den Departements zur Hälfte erneuert wurde. Nach amtlichen Angaben sind unter den 1945 in Frankreich gewählten Generalräten (Angaben über die Abstammung in den überseeischen Departements werden später bekannt sein) 504 Sozialisten, 191 Kommunisten und 61 Linksradikale.

In Colorado Springs (Colorado, USA) begann am 22. März eine Tagung der NATO-Gruppe für nukleare Planung, an der die Verteidigungsminister von 13

der 15 NATO-Länder teilnehmen. Washington will das Treffen benutzen, um seine Partner zu aktiveren militaristischen Vorbereitungen zu veranlassen.

In Bogotá (Kolumbien) wurden die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 14. März bekanntgegeben. Die Kandidaten der die Regierung stellenden Liberalen Partei erhielten die Stimmenmehrheit in 19 der 23 Departements.

In Wien kam am 20. März eine außer-tourliche OPEC-Konferenz zum Abschluß (s. S. 12).

An der iranisch-irakischen Front dauerten erbitterte Kämpfe an. Wie es in einem Lagebericht des vereinten Stabs der Streitkräfte Irans heißt, gingen die iranischen Truppen in der Provinz Chusistan zu einer breiten Offensive über. In deren Verlauf wurden beträchtliche Teile iranischen Territoriums befreit und viele Gefangene gemacht. In einem Kommuniqué des irakischen Oberkommandos heißt es, daß die irakischen Truppen die Angriffe des Gegners zurückzuschlagen und weiterhin in Richtung Dizful und Susangird vorstoßen.

Ein Bataillon der RSA-Truppen drang in der VR Angola ein, heißt es in einer in Paris verbreiteten Erklärung der angolanischen Botschaft. Diese neue bewaffnete Aktion der Rassisten sei die erste Etappe einer großangelegten Aggression gegen Angola, die Pretoria gemeinsam mit seinen westlichen Schutzpatronen ausgearbeitet habe. Etwa 10 000 amerikanische, britische und portugiesische Söldner seien in Namibia in der Nähe der Grenze zu Angola konzentriert.

Am Westufer des Jordan dauerten die Unruhen der Araber aus Protest gegen die Ausschreitungen der israelischen Okkupationsbehörden an (s. S. 15).

Am 22. März wurde auf dem Cap Canaveral (Florida, USA) der dritte Start des Raumschiffs Columbia (Shuttle-Serie) vorgenommen.



Bei einer Protestdemonstration in Washington gegen die zunehmende US-Hilfe für das Regime Siad Barre in Somalia.

Foto: L. Pachomowa (TASS)

NZ

POST

Ich bin überzeugt, daß die Wirtschaftssanktionen der Reagan-Administration gegen Polen eine scharfe Kritik verdienen, weil sie die schwere Zeit, die Polen jetzt durchmacht, noch schwerer machen sollen. Dadurch demonstrieren die USA ihre Mißachtung dem souveränen Polen gegenüber, was von ihrem Desinteresse an der Erhaltung des Weltfriedens zeugt. Der derzeitige Normalisierungsprozeß in Polen zeigt, wer wirklich für Stabilisierung und Ruhe im Land eintritt und wie falsch, gelinde gesagt, die Handlungen des Präsidenten Reagan sind.

Michael KONDRATJUK
Edmonton, Kanada

Statt sich um Korruption, um zwei Millionen Arbeitslose im eigenen Land, um Hunderttausende Obdachlose und die Rauschgiftopfer zu kümmern, halten es unsere Massenmedien lieber mit Dissidenten, mit „Solidarność“ und spielen die „Afghanistan-Frage“ hoch. Man lügt, weil man die Wahrheit über die Sowjetunion und ihre großen Leistungen fürchtet.

Vittorio ZOPPI
Genua, Italien

B. Assojans Artikel „Sprünge im ‚Schaufenster des Kapitalismus‘“ (Heft 7/82) fand mein großes Interesse. Am Beispiel Kenias wird besonders deutlich, daß die Kolonialherren afrikanische Länder verlassen, nicht um ihnen die wahre Unabhängigkeit zu gewähren. Die Ziele blieben dieselben — die ehemaligen Kolonien in Abhängigkeit zu halten, um sie hemmungslos auszuplündern. Die Praxis vieler junger Staaten bestätigt, daß nur die sozialistische Orientierung es ermöglicht, die Rückständigkeit zu überwinden, die wahre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit zu sichern.

N. KROITOR
Tschadyr-Lunga,
Moldauische SSR

VERSTAND GENUG?

Wladlen KUSNEZOW

In Genf, wo im November des Vorjahrs die sowjetisch-amerikanischen Gespräche über die Reduzierung der Nuklearrüstung in Europa begannen, wurde eine Überlegungspause eingelegt. Eine Pause, in der nach Wegen gesucht werden kann, die stagnierenden Verhandlungen in der Frage voranzubringen, die zur Schlüsselfrage bei der Verhütung der zunehmenden Gefahr eines nuklearen Weltkriegs wurde.

Zu ebendiesem Zeitpunkt machte Leonid Breschnew in seiner Rede vor dem Kongreß der Sowjetgewerkschaften am 16. März ein Angebot, das bei Wiederaufnahme der Genfer Gespräche diese in die Bahn konstruktiver, gegenseitig annehmbarer Übereinkünfte lenken kann.

Erstens führt die Sowjetunion auf einseitiger Basis ein Moratorium für die Stationierung von Kernwaffen mittlerer Reichweite im europäischen Teil der UdSSR ein. Die hier bereits stationierten derartigen Waffen werden quantitativ und qualitativ eingefroren, und die Ablösung alter Raketen durch neuere wird gestoppt.

Zweitens will die Sowjetunion, falls keine neue Zuspitzung der internationalen Lage eintritt, wiederum auf eigene Initiative eine bestimmte Anzahl ihrer Mittelstreckenraketen abbauen.

Die Interessen des europäischen und des Weltfriedens erfordern es, daß nicht nur die in Europa stationierten oder dort zur Stationierung vorgesehenen Nuklearrüstungen und interkontinentalen strategischen Kernmittel in die Reduzierung einbezogen werden. Ein Kernkrieg in Europa würde unweigerlich über die Grenzen dieses Kontinents hinauslecken. Andererseits ginge ein Konflikt unter Einsatz interkontinentaler Raketen nicht ohne Europa ab. Deshalb müssen beide Gefahrenquellen beseitigt werden. Davon ausgehend schlug die Sowjetunion weiter vor, zur Wiederaufnahme des von Washington unterbrochenen Prozesses der SALT-Verhandlungen sozusagen ein Meistbegünstigungsregime einzuführen. Zu diesem Zweck forderte Leonid Breschnew die US-Regierung auf:

den SALT-Verhandlungen keine künstlichen Hindernisse in den Weg zu legen und sie in nächster Zeit aufzunehmen;

keinen neuen Kanal des Wettrüstens zu öffnen, keine see- und bodengestützten Flügelraketen von großer Reichweite zu stationieren;

mit der Sowjetunion eine gegenseitige Einschränkung des Einsatzbereiches der Kriegsflotte zu vereinbaren, einschließlich raketenbestückter U-Boote, und die Frage der Ausweitung von Vertrauensmaßnahmen auf die Aquatorien der Meere und Ozeane, besonders auf die Räume, wo sich die belebtesten Seewege befinden, zu erörtern.

Die Weltöffentlichkeit zollt den Gedanken und Projekten zur Drosselung des Wettrüstens und zur Verhütung der Gefahr eines neuen Weltkriegs die entsprechende Beachtung. Ihre Zustimmung zu den neuen sowjetischen Initiativen erklärten der griechische Ministerpräsident Papandreou, der dänische Regierungschef Jørgensen, Österreichs Bundeskanzler Kreisky und sein Außenminister Pahr, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens Palme, der britische Labourchef Foot, der namhafte bundesdeutsche Politiker Bahr sowie Hunderte andere angesehene Staatsmänner, Politiker, Parlamentarier, Wissenschaftler und anerkannte Repräsentanten der Öffentlichkeit.

Der Londoner „Daily Telegraph“ schreibt, die sowjetischen Vorschläge „heben das Prestige der UdSSR in den Augen der Friedensbewegungen in Europa“. Diese Popularität der Friedenspolitik können ebenjene Leute nicht ausstehen, die den Völkern nichts anzubieten haben, außer dem unpopulären militaristischen Kurs. Präsident Reagan und seine Berater, äußert der NBC-Korrespondent beim Weißen Haus Woodruff, „sind sichtlich verunsichert darüber, daß es der Sowjetunion gelingen könnte, den Propagandakrieg in Europa zu gewinnen, wo die zunehmende Antikriegsbewegung das Nordatlantische Bündnis zu schwächen droht“.

Die Schmähler der sowjetischen Friedensinitiativen erkennen wieder einmal nicht, daß sie in eine Sackgasse geraten. Sie stempeln diese Initiativen zu „nackter“ oder „bloßer“ Propaganda und lassen gleichzeitig solche Furcht davor erkennen!

Der Sowjetunion ist ihr internationaler Ruf natürlich nicht gleichgültig. Ebenso wenig wie das, was man in der Welt von ihrer Politik und ihren Zielen denkt und ob man sie richtig versteht. Doch nicht, um „Propagandapunkte“ zu sammeln, werden konstruktive Vor-

schläge gemacht, nicht, um sich erneut vor der öffentlichen Meinung zu schmücken. Die UdSSR sucht keine Propagandavorteile oder Lorbeeren, sondern reale Abkommen, konkrete Übereinkünfte, die zur Zügelung des Wettrüstens, zur Beseitigung der Kriegsgefahr führen würden.

Nach Meinung des „Washington Post“-Kommentators Joseph Kraft bietet die neue sowjetische Initiative der US-Administration eine „goldene Möglichkeit für eine gute Abmachung mit Moskau im Bereich der Rüstungskontrolle“. Wie aber verhält sich das amtliche Washington?

„Das amerikanische Volk will seine Flugzeuge fliegen, seine Schiffe schwimmen und seine Hubschrauber in der Luft lassen“, erklärte Ronald Reagan. Kein Zweifel, das amerikanische Volk will wie das sowjetische und jedes andere Volk, daß seine nationale Sicherheit zuverlässig garantiert ist. Doch die Amerikaner haben, wie das Washington interpretieren möchte, ihrer Administration keineswegs ein Mandat zur rückhaltlosen Militarisierung, zur Superausrüstung gegeben, um so weniger zur Vorbereitung eines „begrenzten“ Kernkriegs, zur Schaffung eines Potentials für den „Erstschlag“. Man kann ruhig behaupten: Das amerikanische Volk will, daß seine Politiker denken. Nachdenken darüber, wie man mit der anderen mächtigen Kernmacht auskommen, wie eine Konfrontation vermeiden kann, die nur auf das eine hinauslaufen wird — auf eine globale Apokalypse.

Das von dem Alldruck der „sowjetischen militärischen Bedrohung“ erschreckte Amerika scheint zu Bewußtsein zu kommen. Gegenwärtig entwickelt sich die seit dem Indochina-Abenteuer umfangreichste nationale Kampagne gegen den militaristischen Kurs der Administration. Sie hat fast alle US-Staaten, darunter auch den Heimatstaat des Präsidenten, Kalifornien, erfaßt, und in einer ganzen Reihe von ihnen wurde der Appell zu einem Moratorium über Kernwaffen von den gesetzgebenden Versammlungen gebilligt. Die Opposition gegen das Hochschrauben des Wettrüstens wird auch auf dem Kapitol immer spürbarer. Auf Drängen der Öffentlichkeit brachten die Senatoren Kennedy und Hatfield im Kongreß einen Resolutionsentwurf ein, der die USA

und die UdSSR auffordert, ein Abkommen über das Einfrieren der Herstellung, der Tests und der Entwicklung von Kernwaffen zu schließen. Für dieses Papier haben sich bereits 140 Kongreßleute, mehr als 80 Organisationen sowie bekannte Persönlichkeiten wie die ehemaligen Botschafter in der UdSSR Harriman und Kennan, der frühere Direktor der Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung Warnke, der Präsident des Landeskirchenrats Armstrong und viele andere ausgesprochen.

Die neue Stimmung in Amerika, besonders angesichts des von den Falken geschürten chauvinistischen und militaristischen Taumels, wird von führenden Zeitungskommentatoren folgendermaßen charakterisiert.

James Reston: Zu Beginn dieses Winters rollte die Protestwoge gegen das nukleare Wettrüsten donnernd durch die Straßen der westeuropäischen Städte. Das Echo ist nun auch schon in den USA wie ein fernes Donnern vor einem Gewitter zu vernehmen.

Joseph Kraft: Zum erstenmal in der Landesgeschichte beginnt die Politik der Massenproteste ihre Rolle für die nationale Sicherheit des Landes zu spielen.

Carl Rowan: Die Amerikaner zeigen keinerlei Wunsch, sich auf einen Krieg vorzubereiten.

Die Frage des Einfrierens der Kernwaffen, der Begrenzung des Wettrüstens wird also, wie wir sehen, nicht nur in der UdSSR aufgeworfen. Auf ihre Lösung wird immer energischer auch in den USA selbst gedrängt. Die Reaktion des Weißen Hauses dagegen? Dort eröffnete man umgehend einen Zweifrontenkrieg: gegen die sowjetische Initiative und gegen einen bedeutenden Teil der Öffentlichkeit in den USA.

Kaum war dem amtlichen Washington der sowjetische Moratoriumsvorschlag zu Ohren gekommen, schon lehnte es ihn ab. Mit einer Eile, Voreingenommenheit und einem Übereifer, die bei der Bestimmung der Haltung zu einem so bedeutsamen Problem ausgemacht unangebracht sind. Das einseitige Moratorium der Sowjetunion wurde vom Präsidenten als Aktion charakterisiert, die angeblich „nicht weit genug geht“. Wenn der Kreml sich auf eine einseitige Abrüstung im Sinne der Reaganschen Pseudo-Null-Lösung einlassen würde, dann wäre der Herr des Weißen Hauses zufrieden...

Der Präsident, sein Außen- und sein Verteidigungsminister meinen, die Realisierung des sowjetischen Gedankens des Einfrierens sichere

der Sowjetunion „größere Vorteile“ und „würde die nationale Verteidigung der USA untergraben“. Finden sich aber in den USA viele solche Naivlinge, die daran glauben, daß die Resolution der US-Senatoren unter dem Diktat Moskaus geschrieben wurde und hinterhältige Ziele verfolgt?

Mit solchen „Argumenten“ wird die „goldene Möglichkeit“ einer Übereinkunft mit der UdSSR zurückgewiesen. Muß man sich darüber wundern, daß diese Haltung böses Blut in und außerhalb der USA macht? „Die Frage ist so ernst und kompliziert“, stellt die „New York Times“ nicht ohne Besorgnis fest, „daß ihr Wesen erläutert werden muß und sie nicht einfach mit hingeworfenen Bemerkungen abgetan werden darf. Zusätzlich zur Wirtschaftskrise wird diese Frage vermutlich zur vorrangigen in den Bündnisbeziehungen und in den Ost-West-Beziehungen bis zum Ablauf dieses Jahrzehnts, eventuell bis zum Ablauf des Jahrhunderts.“

Das ist es doch aber gerade, daß die jetzige Administration nicht die Eindämmung des Wettrüstens, sondern sein Anheizen als vorrangigen Zug ihrer Tätigkeit betrachtet. Aus ebendiesem Grund paßt der Gedanke des Einfrierens weder dem Weißen Haus noch dem State Department und dem Pentagon. Dort geht man von wenigstens drei ebenso primitiven wie verantwortungslosen und gefährlichen Vorstellungen aus:

daß die sinnlose Anhäufung von Kernwaffen, die Jagd nach einer imaginären militärischen Überlegenheit die nationale Sicherheit am besten garantieren und alle anderen Probleme lösen könnten;

daß ein Kernkrieg „begrenzt“ und sogar „gewonnen“ werden könnte; daß man mit einem Vorzeigen der nuklearen Muskeln die sozialistischen Länder einschüchtern und sie veranlassen könnte, ihr Verhalten auf dem Weltchauplatz zu ändern und die „Kommandorolle“ Amerikas in der Welt zu akzeptieren.

Eine solche Einstellung in den internationalen Angelegenheiten, in der Beziehung zur UdSSR und zu ihren sozialistischen Verbündeten hat nicht die geringsten Erfolgchancen und keinerlei Perspektiven. Washington kann doch auch kaum ernstlich damit rechnen, daß es gelinge, das Programm der Superrüstung mit dem Feigenblatt der deklarierten Bereitschaft des Weißen Hauses zu verhüllen, auf dem Verhandlungsweg zur Rüstungsreduzierung gelangen zu wollen.

Die Einstellung in den internationalen Angelegenheiten allein auf der Basis der „Verankerung der

amerikanischen Macht, falls notwendig sogar ohne Unterstützung seitens der Freunde und Verbündeten“, warnt die „Washington Post“, „droht zum Abbruch der Beziehungen mit der Sowjetunion, insbesondere im Bereich der Rüstungskontrolle, zu führen. Sie alarmiert die traditionellen Freunde der Vereinigten Staaten in der ganzen Welt. Diese Einstellung hat keine ausreichende Unterstützung in den USA, wo man keinen besonderen Enthusiasmus für Kriegsabenteuer zeigt, um so weniger ohne die Unterstützung der Freunde, Verbündeten und der eigenen Bevölkerung.“

Man sollte hier an noch eine Warnung erinnern, die bereits 1956 von Dwight D. Eisenhower ausgesprochen wurde. In Vorahnung eines für die Menschheit gefährlichen nuklearen Wettrüstens erklärte er, vielleicht habe man in den USA Verstand genug, um sich an den Verhandlungstisch zu setzen, in dem Bewußtsein, daß die Ära der Kernwaffen zu Ende geht und daß die menschliche Rasse ihr Handeln mit dieser Wahrheit in Einklang bringen oder umkommen muß. Leider hat uns nicht Ronald Reagan, der seine Amtsvorgänger doch so gerne zitiert, an das Vermächtnis eines ehemaligen US-Präsidenten erinnert!

„Objektiv gesprochen verheißt der Kurs auf ein weiteres Anheizen der internationalen Atmosphäre, auf ein Hochschrauben des Wettrüstens, auf eine Zerstörung der normalen Beziehungen zwischen den Staaten keinem Volk etwas Gutes. Darunter natürlich auch dem amerikanischen nicht. Dagegen kann er der ganzen Menschheit großes Unheil bringen. Deshalb sind wir fest überzeugt: Dieser Kurs kann bei den Völkern keine Unterstützung finden und hat keine Zukunft. Und je schneller das seine Urheber begreifen, desto besser für alle“, lauteten die Worte Leonid Breshnews.

Man möchte hoffen, daß das amtliche Washington 1982 die staatsmännische Weisheit aufbringt, das zu erkennen, was Dwight D. Eisenhower schon vor 25 Jahren erkannt hatte. Daß man Verstand genug besitzt, um rechtzeitig aufzuhören und die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben, bis zur herausfordernden und provokatorischen Stationierung von neuen US-Raketen an den Grenzen der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, und daß man die UdSSR nicht vor die Notwendigkeit stellt, entschiedene Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die dem Ausmaß der wachsenden Gefahr für ihre Sicherheit entsprächen.

SCHÖPFERTUM, FRIEDEN, SOLIDARITÄT

Rasch vergangen sind die fünf Tage des XVII. Kongresses der Sowjetgewerkschaften. Auf den Plenarsitzungen im Kongreßpalast des Kreml und in den Arbeitsgruppen ergriffen 165 Delegierte — Bestarbeiter und Kolchosbauern, Wissenschaftler und Kulturschaffende, Leiter von Wirtschaftsorganen und gesellschaftlichen Organisationen — das Wort. Die Diskussionsteilnehmer befaßten sich ausführlich mit dem Rechenschaftsbericht des WZSPS, den dessen Vorsitzender Stepan Schalajew hielt, und mit vielen neuen Fragen. Aus der Masse von Eindrücken stach die grundsätzliche Rede Leonid Breschnews hervor. Ohne Übertreibung läßt sich sagen, daß sie ein neuer Beitrag zur Leninschen Lehre von der Rolle der Gewerkschaften unter den Bedingungen des reifen Sozialismus war. Der sowjetische Staatsmann legte ein kämpferisches Programm der Gewerkschaften und des ganzen Volkes zur Verwirklichung der historischen Beschlüsse des XXVI. Parteitags der KPdSU vor. Seine Rede zielt auf die Realisierung der Grundaufgaben der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Buchstäblich jede These, jeder Gedanke waren von der Sorge um Wohl und Glück der sowjetischen Menschen durchdrungen. Für das Geschick der Menschheit kaum zu überschätzen ist auch die Bedeutung der neuen Friedensinitiativen Leonid Breschnews, der konkreten Vorschläge zur Eindämmung des Wettrüstens und zur Verhütung eines nuklearen Weltkriegs.

Beide Themen waren in der Rede Leonid Breschnews eng miteinander verknüpft. Ohne die Gewißheit, daß der nächste Tag ein Tag des Friedens ist, kann der Mensch nicht ruhig leben und arbeiten. Die Erhaltung und Festigung des Friedens ist die Aufgabe aller. Eine aktive Rolle dabei kommt der internationalen Arbeiterbewegung zu. Die organisierten Werktätigen können und müssen gemeinsam mit allen, denen der Frieden teuer ist, eine starke Schranke gegen Militarismus und Aggression errichten.

Die Sowjetunion und ihre Kommunistische Partei führen unausgesetzt den Kampf für das wichtigste Recht des Menschen, das Recht auf Leben. Anerkennung für die hohen Verdienste unseres Landes, der KPdSU und Leonid Breschnews persönlich bei der Erhaltung des Weltfriedens, der Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern, der Förderung des Kampfes der Arbeiterklasse um ihre Rechte war die Verleihung der Goldmedaille des WGB an den sowjetischen Staatsmann.

Auf Pressekonferenzen und in Gesprä-

chen mit uns äußerten die Kongreßteilnehmer, daß die Rede Leonid Breschnews eine klare Antwort auf die aktuellsten Probleme der Friedenserhaltung gegeben habe. Die neuen Friedensinitiativen der UdSSR, vorgetragen in einem Augenblick, da der US-Imperialismus eine offen militaristische, abenteuerverfüllte Politik betreibt und sich in die Angelegenheiten anderer Länder und Völker einmischt, entsprechen dem Willen aller arbeitenden Menschen, mobilisieren sie zu noch aktiverem Wirken gegen den Krieg. Der XVII. Kongreß der Sowjetgewerkschaften ist zu einer wahren Tribüne des Friedens geworden, lautet die einhellige Meinung der ausländischen Gäste.

Mit großer Begeisterung nahmen die Kongreßdelegierten den Appell an die Werktätigen und Gewerkschaften der Welt auf. Er enthält den dringenden Aufruf, mit der ganzen Macht der Arbeitersolidarität dem unheilvollen Wettrüsten den Weg zu verlegen und gemeinsame entschlossene Aktionen gegen die Kräfte der Aggression und des Militarismus zu unternehmen, die die Menschheit an den Rand einer nuklearen Weltkatastrophe zu bringen drohen.

Die Berufsverbände, die Hunderte Millionen Werktätige des Erdballs ver-

einen, dürfen sich nicht damit abfinden, daß das Wettrüsten gewaltige Ressourcen an Menschen und Material bindet. Diese Mittel für schöpferische Ziele einsetzen heißt einen Beitrag leisten für die Schaffung von Millionen Arbeitsplätzen, für die Liquidierung von Hunger, Armut, Krankheit und Analphabetentum, für die sozialökonomische Entwicklung der Länder, die sich vom kolonialen Joch befreit haben.

Die Sowjetgewerkschaften begrüßen den Gedanken des X. Weltgewerkschaftskongresses, den 1. September — Tag des Ausbruchs des zweiten Weltkriegs — zum Aktionstag der Gewerkschaften für Frieden zu erklären und ihn jährlich mit großen Antikriegsaktionen zu begehen.

Jede nationale Formation der Arbeiterklasse löst ihre spezifischen Aufgaben. So berichtete der Generalsekretär der CGT Frankreichs Warcholak auf dem Kongreß von den Möglichkeiten der Linkskräfte, nach ihrem Wahlsieg auf dem Weg des sozialen Fortschritts voranzuschreiten, antikapitalistische Reformen durchzuführen und neue demokra-

tische Errungenschaften zu erzielen. Der FDGB-Vorstandsvorsitzende Harry Tisch unterstrich die Bedeutung des sozialistischen Wettbewerbs in der DDR unter der Losung „Hohes Leistungswachstum durch steigende Arbeitsproduktivität, Effektivität und Qualität — alles für das Wohl des Volkes und den Frieden“. Der Koordinierungsssekretär des Exekutiv Ausschusses des Landessekretariats des Allgemeinen Bundes der portugiesischen Werktätigen — National-Intersyndical — da Silva hob die Aufgabe hervor, die Werktätigen zum Kampf gegen die Politik der Rechtsregierung, für deren Rücktritt zu mobilisieren, der die Voraussetzung zur Lösung der Probleme der portugiesischen Werktätigen ist. Das Mitglied des Arbeiterkomitees des Südafrikanischen Kongresses der Gewerkschaften Mkwana formuliert die Ziele der Arbeiterbewegung seines Landes als Kampf für die Befreiung von nationaler Unterdrückung und Klassenausbeutung. Die



Während des Kongresses. WGB-Generalsekretär I. Zakaria (Mitte) bei einem Treffen mit Journalisten
Foto: A. Motschalin

Werktätigen Afghanistans aber müssen mit der Waffe in der Hand die äußere Einmischung des Imperialismus abwehren, der einen unerklärten Krieg gegen das afghanische Volk entfesselt hat. Gleichzeitig mit der Verteidigung ihrer revolutionären Errungenschaften erbauen sie die neue gerechte Gesellschaft.

Bei aller Vielfalt der Bedingungen und der spezifischen Lage in den verschiedenen Ländern sind die Werktätigen durch die gewerkschaftliche Arbeitersolidarität verbunden. Während des Kongresses gab es dafür viele beredte Beweise.

„Wir wissen aus eigener Erfahrung, was Arbeitersolidarität bedeutet“, sagte der Sekretär des Gewerkschaftsbundes Palästinas al-Hindi. „Als wir nach einem Überfall der israelischen Militärclique auf ein palästinensisches Flüchtlingslager in Südlibanon um medizinische Soforthilfe beim WZSPS baten, landete buchstäblich 12 Stunden später auf dem Flughafen Damaskus eine sowjetische Maschine mit Medikamenten und Blutkonserven, und ein paar Stunden später

schon war die wertvolle Fracht nach Libanon befördert. Dank diesen Sofortmaßnahmen wurde das Leben von vielen Verwundeten gerettet."

Viele ausländische Kongreßgäste äußerten, sie betrachteten die Hilfe der Sowjetgewerkschaften als einen sehr wirksamen Ausdruck der weltweiten Kameradschaft der arbeitenden Menschen. Der Sekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Vietnams Nguyen Thuyet berichtete z. B., daß mit Unterstützung der Sowjetgewerkschaften in Hanoi ein Kulturpalast der Gewerkschaften entsteht und in der Sowjetunion vietnamesische Gewerkschaftskader ausgebildet werden. Der Generalsekretär der Nationalen Union der Werktätigen Angolas, Pascal Luvualu, betonte die Bedeutung der Erfahrungen der Sowjetgewerkschaften für die Arbeiterklasse Angolas, insbesondere bei der Organisation des sozialistischen Wettbewerbs, der Erholung und der Touristik.

Guayana ist ein kleines Land, und die Gewerkschaftsbewegung ist dort nicht so entwickelt wie in der Sowjetunion, sagte uns der Vorsitzende i. A. des Gewerkschaftskongresses Guayanas Walker, aber wir sind bemüht, die Erfahrungen der sowjetischen Gewerkschaften zu nutzen. An der Hochschule der Gewerkschaftsbewegung des WZSPS in Moskau studiert bereits die erste Gruppe junger Guayaner.

Der Vorsitzende des Zentralvorstands der afghanischen Gewerkschaften Purdeli hob hervor, die afghanischen Werktätigen schätzten sehr die brüderliche Hilfe der UdSSR. Die sowjetischen Gewerkschaften unterstützen uns z. B. bei der Beseitigung des Analphabetentums, versorgen uns mit Lehrmitteln, Büchern und Dokumentarfilmen, sagte er.

Der Sekretär der Sandinistischen Zentrale der Werktätigen, González García, äußerte auf einem Treffen mit Journalisten, Nicaragua durchlebe gegenwärtig einen kritischen Augenblick und sei einer direkten US-Invasion ausgesetzt. Er erklärte: „Wir haben uns auf diesem Kongreß an die fortschrittliche Gewerkschaftsbewegung der Welt gewandt, uns Unterstützung zu erweisen. Wir wissen, auf wen wir uns bei unserem Kampf stützen können, wir rechnen auf die Hilfe der internationalen Arbeiterklasse als der fortschrittlichsten Kraft der Gegenwart.“

In einer Resolution des Gewerkschaftsforums heißt es, daß die Sowjetgewerkschaften, geleitet vom Leninischen außenpolitischen Kurs der KPdSU, ständig Freundschaft und Solidarität mit den Werktätigen aller Länder festigen, aktiv gegen den Imperialismus, für Frieden und Sicherheit der Völker, für sozialen Fortschritt eintreten. Das ist die Generallinie der Sowjetgewerkschaften auf dem Weltkongreß.

A. STEPANOW

GROSSBRITANNIEN

Unser neuer ständiger Berichterstatter in Großbritannien, Igor TITOW, hat die Arbeit aufgenommen. Wir bringen seine erste Reportage.

BUDGET FÜR DIE BOSSE

Von unserem ständigen Berichterstatter
Igor TITOW

Großbritannien kann man heute mit einem Schiff vergleichen, das auf eine Sandbank aufgelaufen ist. Im Kesselraum brennt das Feuer (glücklicherweise reichen die Ölvorräte der Nordsee). Die Zahnräder des politischen Lebens drehen sich (die Parlamentsdebatten werden bisweilen so stürmisch, daß der Speaker immer wieder die Leidenenschaften abkühlen muß). Doch der Druck im Kessel ist offenbar nicht stark genug, um das Schiff wieder flottzumachen.

An dieses Bild muß ich jetzt unwillkürlich denken. Als ich im Herbst 1979 nach einigen Jahren journalistischer Tätigkeit Großbritannien verließ, war das Land mit Problemen ähnlich den heutigen konfrontiert. Doch damals waren viele Politiker, besonders konservativer Richtung, noch von den Versprechungen der gerade erst an die Macht gekommenen Toryregierung geblendet, das Land zum Wohlstand zu führen.

Jetzt schwinden die Illusionen. Die Arbeitslosigkeit hat sich verdoppelt und beträgt jetzt über drei Millionen — offiziellen Angaben zufolge. Nach Informationen des Gewerkschaftsdachverbandes TUC erreicht die Gesamtzahl der Arbeitslosen 4 Millionen, d. h. über 12% der erwerbsfähigen Bevölkerung. Ständig nimmt der Umfang der Industrieproduktion ab. Im Januar fiel er auf den niedrigsten Stand seit 1967. Die Sozialausgaben werden weiter reduziert. Ein großangelegter Ausverkauf der von der Labourregierung verstaatlichten Unternehmen, darunter so bedeutender wie der British Leyland, der British Airways, die reprivatisiert werden, ist im

Gange. Die Toryregierung behauptet weiterhin zur „Selbstrechtfertigung“, sie bekämpfe die Inflation, doch auch hier sind die Ergebnisse bescheiden: Sie bleibt nach wie vor auf einem hohen Stand — 12% im Jahresdurchschnitt.

All das verspricht natürlich nicht gerade eine herzliche Aufnahme des von Finanzminister Geoffrey Howe vorgelegten Haushalts. Die bürgerliche Presse versuchte, den Schlag zu dämpfen. Die suggerierte, zur Überwindung der Krise sei die Fortführung der Austeritätspolitik notwendig, die Privatfirmen bräuchten weitere Steuererleichterungen — natürlich um „die Produktion zu stimulieren“ und „die Beschäftigungslage zu verbessern“. Unklare Andeutungen bezüglich eines Anbruchs „besserer Zeiten“ auch für den Durchschnittssteuerzahler fielen, was sich als reinster Bluff herausstellte.

Jugendliche auf Londons Straßen mit der Forderung „Gebt uns eine Zukunft“. Gerade junge Leute unter 25 machen in Großbritannien die Hälfte der Arbeitslosen aus. 1981 konnte eine freiwillige Arbeitsvermittlungsorganisation für die Jugend nur 4 von je 10 Mittel- und Hochschulabsolventen helfen

Foto: TASS



SIE WISSEN, WAS SIE TUN

Gleich nach dem Beschluß, den Ankauf von Erdöl in Libyen einzustellen und keine Erdölausrüstungen an das Land zu verkaufen, entfaltete Washington eine üble antilibysche Kampagne. Geplant sind auch neue militärische Demonstrationen vor der Küste dieses Landes, ähnlich den Manövern der 6. US-Flotte, bei denen im vergangenen Herbst Kampfflugzeuge der USA libysche Maschinen angriffen.

Ihre Wut auf Tripolis will die jetzige US-Administration damit rechtfertigen, daß Libyen angeblich ein „international Ausgestoßener“ sei. In Washington übertreibt man einfach die eigene internationale Rolle, wenn man meint, man könne auf eigene Faust ein Land aus dem internationalen Leben ausstoßen. Man vergißt offenbar, daß es sich um ein souveränes Land, ein Mitglied der UNO und der OAU handelt.

Die wahre Ursache für die Feindseligkeit Washingtons gegen Libyen liegt darin, daß dieses Land eine unabhängige Politik betreibt, sein Territorium nicht zur Stationierung von US-Militärstützpunkten verkauft und Befreiungsbewegungen unterstützt.

Fast gleichzeitig mit der Verhängung des Erdölboykotts über Tripolis hoben die USA das Lieferverbot für „nichtmilitärische Güter“ an Armee und Polizei der rassistischen RSA auf. Die Berufung auf den „nichtmilitärischen“ Charakter dieser Güter ist nur Tarnung, denn sogar die US-Presse gibt zu, daß sie zu militärischen Zwecken eingesetzt werden können. Das aber bedeutet, daß den Rassisten nun die Arsenale der USA offenstehen.

Kaum hatte Washington seine neue Geste zugunsten der RSA-Rassisten verkündet, drangen deren Truppen erneut in Angola ein. In Luanda wird befürchtet, diese Invasion könne der Anfang einer noch breit angelegteren Aggression werden. Die Aktion Pretorias fällt wohl kaum zufällig mit der Mitteilung des Pentagons zusammen, die US-Marine werde vor der libyschen Küste Übungen abhalten. Am ehesten handelt es sich um den Versuch, die von Washington ausgeheckten Pläne zu verwirklichen, die progressiven Regierungen in Libyen und Angola aufs Korn zu nehmen. Wer solche Pläne aber schmiedet und sie auch noch realisieren will, wobei er zu Provokationen und Gewalt greift, macht sich doch wohl selbst zu einem „international Ausgestoßenen“.

J. BOTSCHKARJOW

„Dieser Haushalt wird ein Haushalt für die Industrie sein“, erklärte Howe im Parlament. Als waschechter Tory verstand der Finanzminister unter Industrie den Privatssektor und die Multis. Allerdings fügte Howe sogleich hinzu, der Haushalt solle auch neue Arbeitsplätze schaffen. Doch das klang nicht gerade überzeugend.

Der Haushalt hat viele Details und wenige neue strategische „Gedanken“ — so charakterisierte die „Financial Times“ den Vorschlag des Finanzministers. Howe weitete die Freigrenzen bei der Einkommensteuer etwas aus. Doch laut „Daily Mirror“ entspricht diese Maßnahme nicht dem Inflationsstand der beiden letzten Jahre. Die meisten Briten werden faktisch höhere Steuern als früher zahlen müssen. Das gab auch der Minister selbst zu.

Die Unternehmer hatten Geschenke von der Regierung erwartet. Sie täuschten sich nicht. Insbesondere werden ihre Beiträge zum nationalen Versicherungssystem gesenkt. Dafür werden ab April die Versicherungsbeiträge der Arbeitenden angehoben. Eine geringfügige Aufbesserung der Arbeitslosenunterstützung und der Renten ist vorgesehen. Deren Zunahme liegt gleichfalls unter der Inflationsrate. Zudem werden die Renten erst ab November verbessert. „Die Rentner werden am Rande der Verzweiflung sein“, erklärte George Dunn, Generalsekretär der Nationalen Rentnervereinigung.

„Der Hauptmangel des Haushalts ist das Fehlen des richtigen Verständnisses für die Ausmaße der Katastrophe des Landes“, betonte Labourführer Michael Foot. „Die Regierung vermag nicht, die Massenarmut zu sehen, die hinter den Arbeitslosenzahlen steht.“

Der „Morning Star“ nannte das neue Wirtschaftsprogramm der Torys ein „Budget für die Bosse“. Seiner Meinung nach beabsichtigt das Tory-Kabinett, die Politik fortzuführen, die Großbritannien an den Rand einer Katastrophe bringt.

Die Torys, die den Abbau der Sozialausgaben absegnen, geizen andererseits nicht, wenn es um die Forcierung der Rüstung geht. Kaum hatte die Haushaltsdebatte begonnen, da platzte eine Bombe im Unterhaus. Zwei Tage nach der weit-schweifigen Rede des Finanzministers, in der dieser von der Not-

wendigkeit strengster Sparsamkeit gesprochen hatte, erhob sich Verteidigungsminister John Nott von der Regierungsbank. Er gab den Kabinettsbeschluß bekannt, das Trident-2-Raketensystem in den USA zu kaufen. Wie der Minister sagte, kostet das System 7,5 Md. Pfund Sterling (in Preisen von 1980).

Wie auch bei dem Haushalt versuchte man die Öffentlichkeit entsprechend „vorbereiten“. Die „sowjetische Bedrohung“ nahm erneut einen führenden Platz in der bürgerlichen Presse ein. In Umlauf gesetzt wurden sogar Erfindungen von geheimnisvollen „russischen Plänen“, tödliche Lasersysteme auf dem Mond zu installieren, von mythischen Bombern und anderen „Geheimwaffen“, die auf Großbritannien gerichtet seien.

Regierungsmitglieder ihrerseits stellten den Trident-Kontrakt als harmlosen und gar nicht teuren Kauf hin. Peter Blaker, Staatsminister für die Streitkräfte, sagte z. B., die Prokopfausgaben für Trident 2 seien so viel wie „eine kleine Tafel Schokolade wöchentlich“. Gelinde gesagt, eine originelle Äußerung. Es ist zweifelhaft, ob der Computer des Verteidigungsministeriums bei diesen Berechnungen den rapiden Preisanstieg im Westen, die Inflation, die ständige Schwankung der Devisenkurse und anderes berücksichtigt hat, was die Kosten von Trident 2 unweigerlich in schwindelerregende Höhe treiben wird. Nach manchen Berechnungen wird Trident 2 jeden Briten, einschließlich Kinder, 178 Pfund Sterling kosten.

„Dieser Beschluß ist unter politischem, wirtschaftlichem und militärischem Aspekt unvernünftig“, schrieb der „Daily Mirror“. Scharf kritisiert wurde der Torybeschluß auch von Vertretern aller Oppositionsparteien im Parlament. John Silkin, Verteidigungsminister des Schattenkabinetts, erklärte, bei einem Wahlsieg von Labour werde dieses teure Abenteuer ein Ende haben.

Das Budget für die Bosse und daneben die neue Runde des Wett-rüstens fördern keineswegs die Beliebtheit der Toryregierung. Für die meisten Engländer scheint der Anbruch der versprochenen „besseren Zeiten“ in immer weitere Ferne zu rücken.

London

DIALOG UNTERBROCHEN: WARUM?

Von unserem Sonderberichterstatter
Leonid SHEGALOW

Nur noch wenige Tage blieben bis zum traditionellen indischen Frühlingsfest „Holi“, als die Hoffnungen der Inder auch auf eine politische Erwärmung in den Beziehungen zwischen Delhi und Islamabad stark erschüttert wurden.

Man knüpfte sie an die mögliche Fortsetzung des im Januar in der indischen Hauptstadt begonnenen Dialogs. Die Delegation Indiens bereitete sich schon zu einem Gegenbesuch in Islamabad vor, als Ende Februar der Vertreter Pakistans im UNO-Ausschuß für Menschenrechte auf einer Sitzung in Genf in schroff antiindischem Ton die Kaschmir-Frage aufwarf.

Ihr Wesen besteht kurz in folgendem. Seit 1947 behält Pakistan rechtswidrig einen Teil des indischen Staates Dschammu und Kaschmir und will von der Zugehörigkeit des ganzen Bundesstaates zu Indien nichts hören. Indien geht an diese Frage im Geiste des zwischen beiden Ländern 1972 in Simla geschlossenen Abkommens heran. Dieses sieht vor, daß die Kaschmir-Frage nur bilateral und keineswegs vor internationalen Foren zu erörtern sei. Der Schritt Pakistans ist also eindeutig rechtswidrig. Unter diesen Umständen mußte die indische Regierung erklären, daß die Verhandlungen, deren Zweck der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen beiden Nachbarstaaten ist, gegenwärtig nicht fortgesetzt werden könnten.

Man sollte meinen, daß es für Islamabad keinen Sinn hat, die Verhandlungen über einen solchen Pakt zu komplizieren, hatte es doch selbst diese Idee Ende v. J. vorgebracht. Aber in den politischen Kreisen Delhis fand man des Rätsels Lösung.

Schon als dort jedes Pro und Kontra erwogen und die Reaktion auf den pakistanischen Vorschlag überdacht wurde, war man sich darüber klar, daß er von dem Wunsch Islamabads diktiert sein konnte, Zeit für eine Neuaufrüstung gemäß der jüngsten Abmachung mit den USA für mehr als 3 Md. Dollar zu gewinnen und die Gegner dieser Abmachung im US-Kongreß zu „beschwichen“. Indien hatte ja einen Nichtangriffspakt schon 1949 angeboten und kam auf dieses Angebot

später wiederholt zurück. In Delhi schloß man auch nicht aus, daß der Schritt Pakistans von der US-Administration inspiriert wurde, die hoffte, dem Verhältnis Islamabad—Delhi einen Charakter zu verleihen, der es erleichtern würde, Pakistan als Umschlagsplatz für die amerikanische Eingreiftruppe zu benutzen.

Um solchen Plänen einen Riegel vorzuschieben und seinen Beziehungen zu Islamabad nicht den von Washington erhofften, sondern den im Abkommen von Simla fixierten Charakter zu geben, erklärte sich Indien bereit zu verhandeln. Seine konstruktive Position bei den Verhandlungen wirkte sich positiv auf die öffentliche Meinung in Pakistan, auf dessen Einwohner aus, die mit der „indischen Gefahr“ geschreckt werden. Wie Indira Gandhi im Gespräch mit dem in Delhi weilenden Präsidenten Griechenlands am 4. März feststellte, trat eine „wichtige Veränderung“ ein: Es kam zur Festigung der freundschaftlichen Gefühle der Pakistaner Indien gegenüber.

In der indischen Hauptstadt hebt man hervor, daß die dortige Verhandlungsrunde die Position jener Kräfte in der pakistanischen Gesellschaft festigte, die sich für gute Nachbarschaft mit Indien einsetzen und gegen die Einbeziehung ihres Landes in den Bannkreis der US-Politik auftreten.

Eine solche Stimmung drang offenbar auch in die Spitzenschichten der pakistanischen Führung und ließ die Geister scheiden. Was sollte Pakistan nun mit seinem eigenen „Vorschlag“ beginnen? Als Widerspiegelung der dort entstandenen Gegensätze wird z. B. der Rücktritt des pakistanischen Außenministers betrachtet. In Delhi hält man ihn nicht gerade für eine Taube, doch ist es auch nicht ausgeschlossen, daß Agha Shahi, wie die „Hindustan Times“ schrieb, „den Nichtangriffspakt und die Notwendigkeit einer Versöhnung mit Indien etwas ernster nahm, als Zia ul-Haq es sich dachte“.

Kurz, es ergab sich eine Situation, bei der alle weiteren Verhandlungen der indischen Konzeption des Nichtangriffspaktes entsprechen würden. Diese aber bedeutet, wie die „Amrita Bazar Patrika“ bezeugt, folgendes: ...Der Nichtangriffspakt wird

der Region nicht Frieden und Stabilität bringen, wenn Pakistan freiwilliges oder auch nur unfreiwilliges Instrument des Reaganschen Antisowjetismus bleibt.“

Eine solche Wendung verwirrte Islamabad und beunruhigte Washington. Dieses traf mehrere Maßnahmen, um die Wirkung der indischen Diplomatie auf die pakistanische Öffentlichkeit abzuschwächen, die Fortsetzung des Dialogs beider Nachbarstaaten zu erschweren und die Position Zia ul-Haqs in seinem eigenen Land zu festigen. In der US-Presse wurde die Veröffentlichung von „Angaben“ der CIA inspiriert, laut denen Indien drauf und dran sei, Pakistan einen „Präventivschlag“ zu versetzen. Zugleich gab das Pentagon seinen Beschluß bekannt, diesem Land über die 3-Md.-Abmachung hinaus noch 100 M-48-Panzer und 10 Hubschrauber zu verkaufen. Anstalten werden getroffen, um die Realisierung dieser Abmachung merklich zu beschleunigen.

Dies zur Vorgeschichte der Demarche Pakistans in Genf. In Islamabad gewinnen also Kräfte die Oberhand, die den Kurs ihres Landes mit der Teilnahme an der aggressiven US-Politik in Südasien in Verbindung bringen. Die Rolle Pakistans darin wurde genau in dem gegenwärtig nicht gerade an die große Glocke gehängten amerikanisch-pakistanischen Abkommen „über gegenseitige Sicherheit“ von 1959 festgelegt. Den Wortlaut dieses Abkommens veröffentlichte K. Subrahmanyam, Direktor des indischen Instituts für Verteidigungsstudien, vor kurzem in der Zeitschrift „Mainstream“.

Nach Ansicht K. Subrahmanyams bleibt das Abkommen auch heute gültig und sieht vor allem die „Zusammenarbeit“ der Signatäre bei der Vorbereitung gewisser „Verteidigungsmaßnahmen“ und die Teilnahme daran vor.

Diese vagen Formulierungen wurden in einem Geheimplan des Pentagon unter dem Codenamen Tripwire konkretisiert, über den die britische „Sunday Times“ am 13. Dezember 1981 berichtete. Der Plan sehe vor, „die US-Interessen im Mittleren Osten und am Persischen Golf zu schützen sowie US-Truppen in Pakistan, der Türkei, in Ägypten, Sudan, Somalia und Kenia, d. h. in einer Region, durch die die Verteidigungslinie der USA verlaufen wird, zu stationieren“.

Also: Stationierung von US-Truppen in Pakistan. Das ist ja schon ein Schritt weiter im Vergleich mit einem Umschlagsplatz.

In Indien versteht man, daß die Neuaufrüstung Pakistans durch die USA keine isolierte Erscheinung ist.

Die militärische und wirtschaftliche US-Hilfe in Höhe von 3 Md. Dollar muß Islamabad „strategisch kompensieren“, d. h. den USA die Möglichkeit geben, Pakistan weitgehend zur Destabilisierung der Lage in Südasien und zur Durchsetzung der eigenen Präsenz dort zu benutzen. Den pakistanischen Streitkräften wird eine durchaus konkrete Aufgabe gestellt. Darüber schreibt die Wochenschrift „Blitz“ (Bombay): „... Operationen der auf Trägerschiffen stationierten Eingreiftruppen werden nicht erfolgreich sein, wenn sie nicht aktiv durch die pakistanischen Streitkräfte abgesichert werden.“ Der pakistanische Militärklüngel darf also dem US-Gendarmen in der Golfregion Handlangerdienste erweisen. Die Zeitschrift nennt das Regime Zia ul-Haqs in diesem Zusammenhang einen „Korporal der Eingreiftruppen“.

Übrigens könnte es sein, daß sich die Funktionen des „Korporals“ nicht auf Golf beschränken.

Indien ist bemüht, seine Beziehungen zu Pakistan so zu gestalten, daß sie dessen Benutzung zur Destabilisierung der Lage in Südasien nicht erlauben. Anders gesagt geht es Indien darum, eine Einmischung Washingtons in die Angelegenheiten dieser Region auszuschließen. Die Wochenschrift „Current“ (Delhi) schrieb: „Indien und Pakistan können und werden gute Freunde und Nachbarn sein, wenn Washington von der Bühne entfernt wird.“

Das paßt den USA nicht, ebenso wie die Politik Indiens, das ein machtvoller stabilisierender Faktor in Asien ist. Deshalb schließt man in Delhi nicht aus, daß die gegenwärtige US-Administration den Versuch unternehmen könnte, das „widerpenstige“ Indien unter Zuhilfenahme des Regimes Zia ul-Haqs klein-zukriegen.

Hier ein mögliches Szenario dieses Vorhabens in der Darlegung der Zeitschrift „Democratic World“ (Delhi): Indien gehöre für die Washingtoner Strategen zu einer „grauen Zone“ der Staaten, die sich weigern, im Fahrwasser der US-Politik zu treiben. Da „könnte Pakistan geholfen werden“, damit es nicht nur für die erdölreiche Golfregion, sondern auch für Länder „sorgt“, die „Scherereien“ machen, wie z. B. Indien und Afghanistan.

Eine solche Variante sieht um so unheilvoller aus, als Washington den nuklearen Ambitionen Islamabads Vorschub leistet.

Um so wichtiger ist in diesem Zusammenhang die weitsichtige Politik Indiens, dessen Diplomatie die Umtriebe nicht nur gegen das eigene Land, sondern auch gegen den Frieden in ganz Asien zu durchkreuzen bemüht ist. *Delhi, im März*

NZ

STANDPUNKT

SIND'S DIE AUGEN...

Traurig, wenn die Spitzenpolitiker einer Weltmacht an politischer Kurzsichtigkeit leiden.

Die Gedankengänge der Washingtoner Kurzsichtigen laufen auf folgendes hinaus: Man müsse eine ganz klare Trennlinie zwischen der Welt des Sozialismus und der des Kapitalismus ziehen, müsse einen Vorhang zwischen ihnen herunterlassen. Auf der einen Seite — dort, wo der amerikanische Sheriff das Sagen hat — müsse man jegliche Revolutionen „verbieten“ und den Lauf der Geschichte anhalten.

Wenn aber jemand von den amerikanischen Verbündeten, Gott behüte, Ungehorsam zeigt, das Verbot der Kontakte mit der Welt des Sozialismus zu verletzen versucht und mit ihr die wirtschaftliche Zusammenarbeit fortführen will, ertönt sogleich der schroffe Befehl: Alle auf Washingtons Linien! Wenn es jedoch ein Volk wagen sollte, die Gesellschaftsordnung zu verändern, dann stehen der große Knüppel, die Kettenhunde des Imperialismus stets bereit: Keine Alternative zur Macht des Privateigentums. Washington nicht genehme Ereignisse an einem beliebigen Punkt der Erde werden als Umtriebe Moskaus deklariert. Völkerrechtsnormen? Die gibt es für den Sheriff nicht.

- Gegenüber der Welt des Sozialismus ist die starrsinnige Politik ebenfalls eindeutig: globale Konfrontation, immer größerer und von allen Seiten ausgehender politischer und wirtschaftlicher Druck auf die Sowjetunion, ein ruiniertes Wettrüsten. Nach den Plänen der US-Strategen müßte die UdSSR unter diesem Druck unweigerlich „zusammenbrechen“. Der republikanische Elefant, der den Kreuzzug gegen den Kommunismus verkündet hat, betrachtet seine Tänze im Porzellanladen als große Politik: Er zerstört selbst bereits erreichte Abkommen und unterzeichnete Verträge, zerbricht den regulierten Mechanismus der Ost-West-Verbindungen. Eben wegen der Haltung der USA und ihrer NATO-Partner gelang es auf der jetzigen Etappe des Madrider Treffens nicht, gewichtige politische Ergebnisse zu erzielen. Durch Schuld der USA stagnieren die Wiener und die Genfer Verhandlungen, wurden der SALT-Prozeß und andere für den Weltfrieden höchst bedeutsame Verhandlungen vereitelt. Washingtons abenteuerlicher Kurs zur weiteren Verschärfung der internationalen Spannungen und zur Forcierung des Wett-rüstens bringt die Welt an den Rand einer Katastrophe.

Eine solche Weltsicht bringt ein Phänomen hervor, das nur in der Politik, nicht aber in der Medizin möglich ist: Die Kurzsichtigkeit führt zum vollständigen Verlust des Realitätssinns, des Verstandes. Diese Krankheit des US-Imperialismus ist unheilbar — mal klingt sie ab, dann verschärft sie sich wieder. Der jetzige Rückfall in die alte Krankheit erinnert an die Ereignisse von vor 35 Jahren. Im März 1947 wurde die „Truman-Doktrin“, ein imperialistisches Programm zur Unterstützung reaktionärer Kräfte, verkündet und im Mai vom Kongreß gebilligt. Sie proklamierte einen offenen Feldzug gegen die UdSSR. Die Politik des „Roll Back“ war von einer jähen Forcierung des US-Militärpotentials begleitet, und die Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR wurden fast völlig abgebrochen. Die Koexistenz der beiden Systeme wurde „aufgehoben“, das Weiße Haus ging daran, die Welt auf amerikanische Manier umzugestalten.

Jetzt hat man am Potomac die antikommunistischen Standarten aus der Zeit des kalten Krieges wieder entrollt. Die Methoden der 40er Jahre wurden fast mechanisch auf die 80er übertragen. Die USA versuchen, nicht nur die UdSSR, sondern auch die eigenen Verbündeten „unter Druck zu setzen“. Das Weiße Haus ignoriert die Interessen der Westeuropäer, nötigt sie, auf den amerikanischen Kurs einzuschwenken und sich den „Wirtschaftssanktionen“ gegen den Sozialismus anzuschließen. Wie zu Zeiten Trumans suggeriert man ihnen, es gebe nur Weiß und Schwarz, eine Neutralität im antikommunistischen Kampf sei „amoralisch“. Statt dessen ist es ja viel „moralischer“, die Wirtschaft der Verbündeten zu schädigen ebenso wie ihnen statt des sibirischen Erdgases Giftgas made in USA aufzuzwingen. Die neuen Anhänger des kalten Krieges, sagte Leonid Breschnew in seiner Rede auf dem XVII. Gewerkschaftskongreß, versuchen „normale Kontakte und internationalen Handel durch Sanktionen und Blockade, Kontakte und Verhandlungen, durch ständige Drohung mit militärischer Gewalt bis hin zur Drohung mit dem Einsatz atomarer Waffen zu ersetzen“.

Die erbärmliche Doktrin aus den Zeiten der „kranken Gesellschaft“ Trumans wird von Reagan und seiner Mannschaft als letzter Schrei des politischen Denkens serviert. In den USA läßt sich das leicht machen: Meinungsumfragen zufolge kennen die meisten Amerikaner gar nicht die „Truman-Doktrin“. Die Machthaber in den USA kennen sie sicher aus dem Effeff. Doch dann sollten sie auch nicht vergessen, wie kläglich diese Doktrin gescheitert ist.

Michail TSCHERNOUSSOW

OPEC-ENTSCHEIDUNG

Ruben ANDREASSIAN

Auf ihrer im März nach Wien einberufenen außertourlichen Konferenz faßten die Mitglieder der Organisation der Erdölexportländer (OPEC) den Beschluß, den Gesamtumfang der Ölförderung im Jahresdurchschnitt von 1025 auf 875 Mio t zu senken und den gegenwärtigen Preis für das arabische Leichtöl (Weltetalon) von 34 Dollar je Barrel bzw. 250 Dollar je Tonne zu erhalten. Die OPEC zieht es also vor, die Gewinnung einzuschränken, um die Überschüsse auf dem kapitalistischen Markt zu beseitigen, nur um die Ölpreise weiterhin diktieren zu können. Der Beschluß der Wiener Konferenz ist auf die jüngste Situation auf dem internationalen Erdölmarkt zurückzuführen.

In der kapitalistischen Welt, in der das zweite Jahr die Wirtschaftskrise andauert, ist der Erdölverbrauch zurückgegangen. Das Bruttoinlandsprodukt der führenden kapitalistischen Staaten nahm 1981 ebenso wie im Vorjahr um nur 1,2% zu, in Westeuropa ging es sogar um 0,5% zurück. Seit Ende v. J. vertieft sich die Krise in den USA.

Zu der durch die Krise verursachten Einschränkung des Ölverbrauchs kamen Maßnahmen zur Energieeinsparung. Das war die Reaktion der Erdölimportländer auf den sprunghaften Anstieg der Erdölpreise 1973/74 und 1979/80. In den Kraftwerken wurden Masutöfen auf Naturgas umgestellt. Neue Kleinwagen verbrauchen jetzt viel weniger Benzin. Die höhere Besteuerung des zu hohen Stromverbrauchs im Haushalt und Steuervergünstigungen beim sparsamen Umgang mit Brennstoffen bewirkten eine massierte Einführung von falsch eingestellten Temperaturreglern, die in den Räumen im Winter eine niedrigere und im Sommer eine höhere Temperatur als sonst unterhalten. Die Lichtwerbung wird eingeschränkt. Alte, energieaufwendige technologische Baugruppen und ganze Betriebe werden durch neue, wirtschaftlichere ersetzt. Im Ergebnis hat sich die Zahl der je Dollar des Zuwachses des Bruttoinlandsproduktes aufgewendeten SKE-Kilogramme beträchtlich verringert (1974 bis 1980 in der Gruppe der kapitalistischen Industrieländer um 7%, beim Erdöl sogar um 11%).

Die kapitalistischen Industrieländer, die der Internationalen Energie-

agentur, einer unter US-Druck 1974 gegründeten neokolonialistischen „Anti-OPEC“, verfolgen eine zielgerichtete Politik auch bei der Anlegung von Erdölvorräten. Die IEA-Staaten brachten es zuerst zu sogenannten Normativbeständen, die für den 3monatigen Verbrauch bestimmt sind, und ab Sommer 1980 legen sie Übernormativbestände an. Diese reichen jetzt für 120–140 Tage. In der zweiten Hälfte 1981 wurde dieses Erdöl aktiv verbraucht, die Ankäufe gingen entsprechend zurück.

Durch diese Praktiken will der Westen die OPEC zu einer Senkung der Erdölpreise zwingen. Im weiteren Sinne geht es ihm darum, den Einfluß des antiimperialistischen Erdölkartells auf den Markt zu schwächen, sich die frühere Kontrolle über diesen Markt zurückzuholen und zugleich dem Wunsch aller Entwicklungsländer, die neue internationale Wirtschaftsordnung herbeizuführen, einen Dämpfer aufzusetzen.

Unter der Einwirkung aller genannten Faktoren fiel der Erdölverbrauch und folglich auch -import in der kapitalistischen Welt in den letzten zwei Jahren um rund 7% im Jahr. Deshalb mußte die Erdölgewinnung in der Welt eingeschränkt werden; von 1979 bis 1981 verringerte sie sich um 14%, in den OPEC-Ländern sogar um ein Drittel. Der Anteil der OPEC an der gesamten Ölgewinnung der kapitalistischen Welt sank in den zwei Jahren von 64 auf 55%. Trotzdem konnten es die OPEC-Länder nicht verhindern, daß der internationale Erdölmarkt nicht Verkäufers-, sondern Käufermarkt wurde.

Ebenso wie die gesamte kapitalistische Wirtschaft wird der Erdölmarkt von starken Schwankungen erschüttert. Aber für diese jüngste Veränderung im Charakter des Ölmarktes war die gezielte Politik Saudi-Arabiens (40% der Erdölgewinnung und -ausfuhr der OPEC) sehr wichtig. Einem Appell Washingtons folgend, kompensierte Saudi-Arabien restlos den Ausfall der Ölgewinnung in Iran und Irak, die in einen militärischen Konflikt verwickelt sind, und überschwemmte den Weltmarkt sogar mit seinem flüssigen Treibstoff, obwohl das den OPEC-Interessen eindeutig zuwiderlief. Ende 1981 schränkte Saudi-Ara-

bien seine Gewinnung doch etwas ein, aber erst nachdem ihm die anderen OPEC-Länder versprochen hatten, den Erdölpreis bis Ende 1982 auf dem heutigen Stand einzufrieren.

Es erwies sich als schwierig, ihn in der entstandenen Konjunktur aufrechtzuerhalten. Im Februar fieberte der Markt vor chaotischen Verkäufen des Erdöls zu immer niedrigeren Preisen. Zuerst senkte Iran den Preis ein wenig, dann ging Großbritannien dazu über, sein Erdöl von ungefähr gleicher Qualität wie das nigerianische um 45 Dollar je Tonne billiger als Nigeria zu verkaufen. Ähnlich verfuhr Mexiko. Auch die Preise für Erdölprodukte gingen nach unten. Überdies machte die USA-Wirtschaft eine zweite Rezession durch.

In dieser Situation befürchteten die Erdölkonzerne eine weitere Verbilligung des Erdöls und schlugen deshalb (und um es der OPEC heimzuzahlen) ihre Vorräte rasch los, darunter auf dem Promptmarkt in Rotterdam, wo die Geschäfte direkt im Erdölhafen abgewickelt werden. Marcello Colitti, Vizepräsident der italienischen staatlichen Erdölgesellschaft AGIP, teilte Anfang März mit, daß die US-Firmen, die im vorigen Jahr (vor der Preiserhöhung) große Mengen von Erdöl aus Saudi-Arabien aufkauften, energisch ihre „schwimmenden Reserven“, die Tanker, abstoßen. Das Gesamtvolumen der Reserven in den 150–200 Tankern erreichte 50 Mio t. Wie Colitti sagte, „ist das Gros dieses Erdöls jetzt schon verkauft worden“. Im Ergebnis wurde der Preis für das arabische Leichtöl in Rotterdam von 34 auf 29 Dollar je Barrel (1 Barrel = 159 Liter) herabgedrückt. Die Senkung der Preise durch mehrere Ölexportländer ließ den Westen einen Erleichterungsseufzer ausstoßen. Besonders erfreut waren die westeuropäischen Staaten und Japan. Sie mußten nämlich im vorigen Jahr für das Rohöl 10–20% mehr ausgeben als die USA. Das erklärte sich mit der künstlichen Erhöhung des Dollarkurses im Verhältnis zu ihren Währungen, und bei den Erdölgeschäften wird gerade in Dollars verrechnet.

Erst vor kurzem herrschten im Westen panische Stimmungen, der OPEC wurde vorgeworfen, sie könne mit ihrem Kurs auf Erhöhung der Erdölpreise die „freie Welt“ unterminieren. Heute aber gibt man der

Hoffnung Ausdruck, die OPEC werde bald und unweigerlich zusammenbrechen, das Erdöl seine entscheidende Rolle für die Weltwirtschaft verlieren und der Westen keine Energiekrisen mehr erleben. Man geht davon aus, daß der Erd-

denere Aussichten haben als früher. Doch muß man in Betracht ziehen, daß dem Westen nicht übermäßig viel an einer beträchtlichen Senkung der Erdölpreise liegt. Der Grund? Die heute erzielten Preise machen die Gewinnung in den USA sowie in

den britischen und norwegischen Erdölrevieren in der Nordsee rentabel und stimulieren die Suche nach neuen Energieträgern. All das zusammen muß mit Notwendigkeit die Abhängigkeit des Westens von den Lieferungen dieser äußerst wichtigen strategischen Ware aus der Zone des antiimperialistischen Kampfes schwächen.

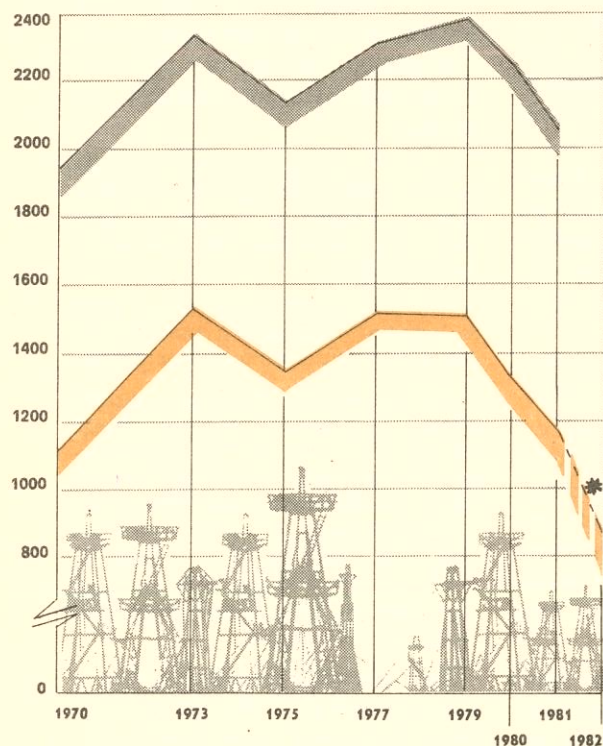
Folgendes fällt noch ins Gewicht. Die großen Einkünfte der OPEC-Länder haben sie in einen wachsenden und recht aufnahmefähigen Markt für viele transnationale Konzerne verwandelt. Die Petrodollars aus den OPEC-Ländern ermöglichen es dem Westen, seine eigene Wirtschaftsentwicklung zu finanzieren und die Entwicklungswelt verstärkt zu unterwandern. Die Prognoseautoren im Westen unterschätzen aber die Möglichkeit, daß sich ein Erdölmangel erneut aus politischen Gründen ergeben könnte. Dieser Fall kann z. B. eintreten, wenn die durch das aggressive Handeln Israels und dessen Begünstigung durch die USA empörten Araber erneut beschließen, das Erdölembargo einzuführen, oder wenn in der Golfregion — als Ergebnis der Tätigkeit dortiger Kräfte oder der in der Nähe stationierten US-Truppen — das militärpolitische Gleichgewicht wieder gestört wird. Außerdem darf man beim Prognoseaufstellen nicht vergessen, daß die OPEC die reale Möglichkeit hat, ihre Stellung als Hauptlieferant des Erdöls auf den kapitalistischen Markt zu nutzen, um durch

Abbau der Gewinnung eine für sich günstige Konjunktur herbeizuführen.

In der Tat machte die Gewinnung im Februar in Kuwait 20% der von 1979, in Libyen 40%, in Nigeria fast 50% und in Algerien 50% aus. Dabei betrugen die Erdölvorräte Anfang 1982 bei den IEA-Ländern 441 Mio t, der Warenüberschuß auf dem Markt aber erreichte, auf Jahr umgerechnet, 150 Mio t. Unter diesen Umständen verlangten alle OPEC-Länder von Saudi-Arabien, die Ölgewinnung stark zu vermindern. Dessen Erdölminister Yamani sprach sich Anfang März entschlossen für die bestehenden Preise aus, die auf Beharren Er-Riads festgelegt worden waren, und gab bekannt, daß Saudi-Arabien seine Ölgewinnung um jahresdurchschnittlich 50 Mio t kürzt. Ein paar Tage später erklärten Vertreter mehrerer OPEC-Länder auf ihrer Beratung in Doha, der Hauptstadt von Katar, sie würden die Gewinnung um 75 Mio t einschränken. Nach allgemeiner Meinung aber genügt das nicht, um die Konjunktur zu verändern. Eben dadurch erklärt sich der Beschluß der Konferenz in Wien, die Ölgewinnung noch mehr zu drosseln. Überdies erklärte Er-Riad gleich danach, die Gewinnung um weitere 25 Mio t verringern zu wollen.

Die Konferenz in Wien tagte in der neuen weltpolitischen Situation. Der US-Imperialismus heizt die internationalen Spannungen an und zeigt sich immer aggressiver gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen. Um das antiimperialistische Regime in Libyen zu stürzen, erklärten die USA diesem arabischen Land einen Boykott. In der arabischen Welt wurde das mit Recht als eine freche Herausforderung empfunden, als Versuch Washingtons, anderen Ländern und Völkern zu diktieren. Deshalb setzen sich die antiimperialistischen Kräfte dafür ein, die legitimen Interessen aller Entwicklungsländer, darunter der OPEC-Staaten, zu verteidigen. Die Ergebnisse der Konferenz von Wien zeugen beredt davon, daß dies nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist.

**ERDÖLGEWINNUNG IN DER
KAPITALISTISCHEN WELT**
(Mio t)



■ Kapitalistische Welt insgesamt

■ OPEC-Länder

* Schätzung im Zusammenhang mit den Beschlüssen der Wiener Konferenz.

ölverbrauch lediglich in den Entwicklungsländern zunehmen wird, während die kapitalistischen Industrieländer nur eine geringfügige Erhöhung dieses Verbrauchs aufweisen werden. Voraussagen werden laut, die Ölpreise würden sich nicht mehr erhöhen, oder doch nur so unbedeutend, daß dies vom Inflations-tempo wettgemacht werden müsse.

Gewiß, der Rückgang der Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes und die Wirksamkeit der Politik zur Energieeinsparung tragen dazu bei, daß die Erdölgewinnung und die Preisbewegung heute beschei-

denere Aussichten haben als früher. Doch muß man in Betracht ziehen, daß dem Westen nicht übermäßig viel an einer beträchtlichen Senkung der Erdölpreise liegt. Der Grund? Die heute erzielten Preise machen die Gewinnung in den USA sowie in den britischen und norwegischen Erdölrevieren in der Nordsee rentabel und stimulieren die Suche nach neuen Energieträgern. All das zusammen muß mit Notwendigkeit die Abhängigkeit des Westens von den Lieferungen dieser äußerst wichtigen strategischen Ware aus der Zone des antiimperialistischen Kampfes schwächen.

TROTZ GETROFFENER VEREINBARUNGEN

Am 8. März begann in New York die 11. Session der Dritten UNO-Seerechtskonferenz, an der Vertreter von 157 Ländern teilnehmen. Sie soll bis zum 30. April dauern.

Die langjährige Arbeit der vorangegangenen Sessionen führte zur Aufstellung eines Konventionsentwurfs, der eine völkerrechtliche Grundlage für die Lösung komplizierter Probleme des Weltmeers bildete: der Fragen der Schifffahrt, der Fischerei und der Förderung von Bodenschätzen des Meeresgrunds. Dabei konnten scharfe Differenzen in vielen Fragen beseitigt werden, was eine Vereinbarung zwischen den sozialistischen, den Entwicklungs- und den kapitalistischen Industrieländern im Interesse des Weltfriedens, der Zusammenarbeit und des Volkswohls ermöglichte. Der Konventionsentwurf ist ein umfassender Kodex von Normen und Grundsätzen des modernen Seerechts, der mehr als 500 Artikel und Bestimmungen enthält.

Als jedoch die Reagan-Administration ins Weiße Haus Einzug hielt, bestanden die USA unter dem

Druck von Bergbau- und Stahlmagnaten auf einer Revidierung des vereinbarten Entwurfs. Es hieß, die früheren Administrationen konzentrierten sich in Seerechtsfragen lediglich auf die Erfordernisse der Kriegs- und der Handelsmarine und gewährleisteten den USA nicht den einwandfreien Zutritt zu strategisch wichtigen Mineralien des Weltmeeresgrundes.

Die US-Bergbaukonzerne finden jedoch, daß der Konventionsentwurf ihre Interessen im internationalen Organ nicht gewährleistet, das den Zutritt zu den Ressourcen des Meeresgrundes zu regeln hat.

Die in den USA in letzter Zeit entstandenen 4 internationalen Konsortien — die Gruppe Kennecott, die Ocean Mining Associates, die Ocean Management Inc. und die Ocean Minerals Co. — setzen sich aktiv dagegen ein, daß die USA den Konventionsentwurf signieren. Sie konnten die Reagan-Administration für sich gewinnen.

Ende Januar d. J. erklärte Reagan unumwunden, einige wichtige Elemente des Entwurfs, „die das Re-

gime der Förderung von Bodenschätzen am Meeresgrund betreffen, seien für die USA inakzeptabel“. Er gab bekannt, die USA würden die Verhandlungen zu Seerechtsproblemen fortsetzen, stellte aber im Grunde folgende Forderungen:

- die Befugnisse der internationalen Behörde, die den Zutritt zu den Ressourcen des Meeresgrundes regelt, zu revidieren;

- das Regime der Gewinnung von Bodenschätzen am Meeresgrund vom finanziellen Beitrag der Konventionsteilnehmerländer abhängig zu machen;

- der Inhalt der Konvention müsse den politischen und wirtschaftlichen Interessen der USA entsprechen und durch den Kongreß ratifiziert werden;

- die Seerechtskonvention dürfe in keinem Widerspruch zum Prinzip des freien Unternehmertums stehen.

Die japanische Zeitung „Asahi“ schrieb zu diesem Ultimatum: „Wenn die USA stur auf der Annahme dieser Bedingungen bestehen werden, kann die bevorstehende Session der UNO-Konferenz nicht nur erfolglos ausgehen, sondern auch scheitern.“

Die westliche Presse schreibt jetzt viel über die Möglichkeit eines Seerechts-Minivertrages.

Die möglichen Vertragspartner — gemeint sind die USA, England, die BRD, Frankreich und Japan — ha-

MITTELAMERIKA

VOR GERICHT DER ÖFFENTLICHKEIT

Immer neue Meldungen kommen aus Mittelamerika über Terror und Völkermord. Diese Verbrechen gehen in erster Linie auf die Aggressionspolitik der USA zurück, der kürzlich erst vier holländische Journalisten zum Opfer fielen, die von den Junta-Soldaten in El Salvador umgebracht wurden. Die Drohungen aus Washington veranlaßten die Regierung Nikaraguas, den Ausnahmezustand zu verhängen, um mit den Terrorakten der in den USA gedrückten Somoza-Banden Schluß zu machen und die Intervention von honduranischem Territorium, wo sich bereits 100 US-Militärberater befinden, zu verhindern.

Anfang März fand in Nikaraguas Hauptstadt Managua eine Sitzung des Mittelamerikanischen antiimperialistischen Tribunals statt. Es analysierte die Lage in Mittelamerika und forderte die Völker der Region auf, ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen und die Aggressionspläne Washingtons zu vereiteln.

Das Mittelamerikanische Tribunal besteht aus namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Schriftstellern, Journalisten, Kunst- und Kulturschaffenden

den Lateinamerikas. Es wurde im September vorigen Jahres gegründet und will die Völker wahrheitsgetreu über die gefährliche Politik Washingtons und seiner Verbündeten in Mittelamerika, über deren subversive Aktionen gegen Länder mit unabhängigem Entwicklungsweg informieren sowie der nationalen Befreiungsbewegung Unterstützung leisten und die Sache des Friedens fördern.

Auf einer Sitzung des Tribunals machte der ehemalige CIA-Mitarbeiter

Richard Martínez, wie die nikaraguansische Zeitung „Barricada“ meldete, Aussagen über subversive Tätigkeit der CIA in Lateinamerika. Martínez stammt aus einer im US-Staat New-Mexiko lebenden lateinamerikanischen Familie und wollte unbedingt Karriere machen. So geriet er in den Spionagedienst.

Mehrere Jahre war Martínez Mitarbeiter des amerikanischen Instituts für Entwicklung der freien Gewerkschaften. Nach einer Sonderausbildung entsandte ihn die CIA nach Brasilien, wo er seit 1962 unmittelbar an Vorbereitungen zum Sturz der Regierung Präsident Joao Goularts teilnahm. Martínez war mit der Vorbereitung von Subversionsakten in den brasilianischen Gewerkschaften beauftragt.

Die US-Monopole und die CIA, berichtete Martínez, zeigen großes Interesse an der Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika, die sie spalten und neutralisieren wollen. Eine intensiv angewendete Methode ist auch das Einschleusen von Agenten in die Gewerk-

ben bereits nationale Gesetze über Erkundung und Förderung von Mineralressourcen des Meeresgrundes außerhalb der nationalen Hoheitsgewässer der Küstenstaaten verabschiedet, die in Kraft getreten sind und bis 1988 gelten sollen, bis, wie vermutet wird, die Seerechtskonvention in Kraft tritt.

Das sind im Grunde Versuche, im Interesse der westlichen Monopole und zum Schaden der Entwicklungsländer große Gebiete des Weltmeeres unter sich zu verteilen und anzueignen. Gewisse politische Kreise der führenden kapitalistischen Länder hoffen, daß sie die anderen Teilnehmer der 11. Session der UNO-Seerechtskonferenz durch Druckausübung und Erpressung dahin bringen werden, ihnen wesentliche Zugeständnisse zu machen.

Die meisten Teilnehmer der Konferenz verurteilen jedoch diese Quertreibereien und setzen sich tatkräftig für eine möglichst rasche Regelung der Probleme des Weltmeeres ein. Sogar bekannte Politiker, Senatoren und Geschäftsleute der USA äußern ihre Besorgnis darüber, daß der Schifffahrt und den Flügen von Militär- und Zivilflugzeugen nicht die gebührende Aufmerksamkeit zuteil wird. Der ehemalige stellvertretende Chef der

Verwaltung des State Department für Koordinierung der Probleme der Seerechtskonferenz (1977-1978), Ronald Katz, meint, daß die Bestimmungen des Seerechtskonventionsentwurfes über die Gewinnung von Bodenschätzen am Meeresgrund die Interessen der amerikanischen Seite in keiner Weise beeinträchtigen.

Die Ablehnung der erzielten Vereinbarungen durch die USA und deren Versuche, den Konventionsentwurf zu revidieren, der infolge einer großen komplizierten Arbeit zustande kam, bewogen die „77er Gruppe“, der mehr als 100 Entwicklungsländer angehören, eine diesbezügliche Erklärung mit der Verurteilung der Reagan-Administration zu machen.

Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder verurteilten ebenfalls entschieden die besagte Linie der USA. Als sowjetischer Delegationschef betonte der stellvertretende UdSSR-Außenminister Kosyrew: „Wir sind fest davon überzeugt, daß Versuche, die Konferenz in eine Diskussion über Fragen zu verwickeln, zu denen die Verhandlungen völlig abgeschlossen und Kompromißlösungen erzielt sind, sie in eine Sackgasse führen und damit die Annahme der Konvention verhindern würden. Das wäre nur vorteilhaft für jenes Land oder jene Länder, die die Annahme der Konvention behindern und sich den Weg zu den Ressourcen in der internationalen Region des Meeresgrundes öffnen wollen“.

I. SIWZEW

schaffen, die Arbeiteraktivisten ausfindig machen und eingehende Erkundigungen über die Pläne der Organisationen der Werktätigen in jedem lateinamerikanischen Land einholen sollen. Gewerkschaftsdiversanten werden in Spionagezentren im Geiste des „freien Syndikalismus“ und des Sozialchristentums geschult. Vor allem aber erlernen sie die Kunst, den „kommunistischen Einfluß“ in der Arbeiterbewegung zu bekämpfen.

Martínez hob hervor, die CIA habe gleich nach dem Sieg der Sandinistischen Revolution 1979 ihre erfahrensten Agenten mit dem Auftrag nach Nicaragua entsandt, in den Gewerkschaften subversiv aktiv zu werden.

Aufsehen erregten Martínez' Aussagen über enge Kontakte des US-Geheimdienstes zur AFL/CIO.

Die CIA-Aktivitäten standen im Mittelpunkt der Verhandlungen des Tribunals, denn die USA greifen in letzter Zeit immer häufiger zu verschiedenartigen Provokationen, um die nationale

„NEUE ZEIT“ 13.82

Befreiungsbewegung in Mittelamerika und in der Karibik zu unterdrücken. Die Auslandspresse schrieb, die Reagan-Administration habe zur Aktivierung des unterirdischen Krieges das Personal der CIA-Ableger in der Region verstärkt und plane neue Geheimoperationen gegen Kuba und Nikaragua. Die USA werden in erster Linie Ländern helfen, die ihnen vorbehaltlose Unterstützung gewähren.

Der Präsident des Tribunals, der ehemalige Außenminister Guatemalas Guillermo Toriello, erklärte: „Die Völker Lateinamerikas, die jahrhundertlang zuerst von spanischen Tyrannen, dann vom Imperialismus unterdrückt und ausgebeutet werden, haben ihren Kampfesmut und ihre Freiheitsliebe nie eingebüßt. Auch heute sind sie bereit, jede Gefahr abzuwehren.“ Das Mittelamerikanische Tribunal leistet seinen Beitrag zur Befreiung der lateinamerikanischen Länder von ihren Kolonisatoren.

M. SBOITSCHAKOW

NZ

KOMMENTAR

OKKUPANTEN

Zum erstenmal seit der 15jährigen Besetzung des Westjordanufers haben die israelischen Behörden den Gemeinderat einer arabischen Großstadt aufgelöst und durch eine Militärkommandantur ersetzt. El-Bira wurde vollständig von israelischen Truppen abgeriegelt, jede Verbindung, auch die telefonische, abgebrochen. Diese beispiellose Entscheidung Tel Avivs folgte der Weigerung der Behörden von El-Bira, die „zivile Besatzungsverwaltung“ anzuerkennen, die der Aggressor auf den okkupierten Territorien etablieren will.

Die Bevölkerung des Westufers, das Exekutivkomitee der PLO sowie arabische und ausländische Beobachter beurteilen das israelische Vorgehen als neuen Schritt zur vollständigen Annexion der 1967 okkupierten Gebiete. Die Besatzungsbehörden bereiten sie zunächst faktisch vor, und wenn nach ihrer Meinung der günstige Moment gekommen ist, wird sie juristisch verankert. So war es mit dem Ostteil Jerusalems und den Golan-Höhen.

Die Palästina-Araber am Westufer haben nur die Wahl: entweder die „Verwaltungsautonomie“ nach Camp David-Schema anzunehmen, sich also völlig den Okkupanten zu unterwerfen, oder die Heimat zu verlassen. Dazu will man sie mit den schlimmsten Repressalien veranlassen, angefangen beim Abriß von Häusern und der Auflösung von Kundgebungen bis zur Ermordung friedlicher Bürger.

Jeder weiß, daß der Aggressor die Unterstützung der US-Administration besitzt, die alle konkreten Maßnahmen auf UNO-Ebene, die Tel Aviv zügeln und isolieren sollen, blockiert. Man hofft auch auf die mangelnde Geschlossenheit der Araber.

Doch die zionistischen Machthaber stoßen auf entschiedenen Widerstand. Der Generalsstreik auf den Golan-Höhen geht weiter, Ausstände, Kundgebungen und Protestmärsche erfaßten Ende März das gesamte Westjordanufer. Jordanien und Syrien verlangten die sofortige Einberufung des UNO-Sicherheitsrats.

Die Vereinten Nationen sind verpflichtet, die Palästinenser voll und ganz zu unterstützen und Tel Avivs neuen Akt der Völkervertreibung zu verhindern, der die ohnehin explosive Lage im Nahen Osten noch zu verschärfen droht.

W. SCHELEPIN

PARIS-MATCH UND PERSHINGS

„Pershings sind das einzige, was die Russen aufhalten kann.“ So lautet das Leitmotiv eines umfangreichen und gut illustrierten Beitrags des französischen Wochenblatts „Paris-Match“ (s. Foto). Es geht um das hochaktuelle Thema: Kommt ein Krieg?

Der erste Verfasser ist, dem Bild nach zu urteilen, eine sympathische junge Frau. Marie-France



Garaud war Beraterin von George Pompidou und Jacques Chirac und kandidierte bei den letzten Präsidentschaftswahlen in Frankreich. Allerdings erfolglos. Die Ansichten dieser Dame widersprechen entschieden ihrem angenehmen Äußeren. Die Russen sind für sie ausgemachte Teufel. Sie haben von den westlichen abweichende Regeln einge-

führt und wollen — was das Schlimmste ist — nichts daran ändern. Von ihnen ist also alles zu erwarten. Konsequenz: Der Westen braucht Härte, Entschlossenheit und Pershings.

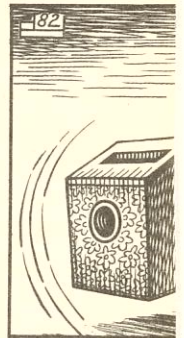
General Gallois, ein anderer Autor, war unter den ersten, der zu einer französischen Kernstreitmacht riet. Nach seiner Ansicht beginnt und endet ein künftiger Krieg in sechs Minuten. Doch unter dem jetzigen Kräfteverhältnis, warnt er, könne die Sowjetunion auch ohne Krieg, allein mit der Drohung, ihre SS 20 einzusetzen, ihre Ziele erreichen. Welche? Die Errichtung „ihrer höriger Regimes“ in Westeuropa.

Vergessen wurde auch Zbigniew Brzezinski nicht, Carters Sicherheitsberater. Zbig hofft auf den Zerfall der sozialistischen Gemeinschaft. Und als „gerechteste Beziehungen“ bezeichnet er jene, die Washington zu den Ländern Lateinamerikas unterhält. Er ist verärgert über die europäischen NATO-Verbündeten, die, sieht mal an, eine „neutrale Haltung“ gegenüber der UdSSR und

den anderen sozialistischen Ländern einnehmen.

Wozu mußte das französische Blatt einen Kniefall vorm Pentagon machen? Die Leute, die sich im Falle eines Krieges in Übersee in Abwartestellung begeben möchten, verbergen doch nicht, daß sie die Westeuropäer, darunter auch die Franzosen, zu Geiseln ihrer Nuklearpläne und Westeuropa zum Blitzableiter für einen nuklearen Gegenschlag machen wollen.

W. ARSENJEV



El Salvador: Zur

ER WUSSTE ZU VIEL

„Längst verkauft“ sagen die Bonner Zeitungshändler auf die Frage, ob man das Märzheft von „Konkret“ bekommen könne. Kein Wunder: Das Heft enthält einen Beitrag unter dem Titel „Operation Eva — ein BND-Agent enthüllt Geheimdienstskandale“.

Man erfährt, der Bundesnachrichtendienst habe sich (entgegen seiner Aufgabe) mit politischen Forderungen im Inland befaßt und seine Nase auch in Dinge des US-Partners gesteckt. Unter dem Code „Operation Eva“ wurde z. B. dem US-Präsidenten Nixon nachgeschnüffelt.

Die Münchner te seinerzeit ihr Vietnam aus und Vatikan. Die Zög Superspion Genierten dem Wie und dem SPD-Po nach, der mit c Ländern über d der Beziehungen Gipfel der Bt war die „Aktion Das war 1968. bereits über die heit des damalig Kiesinger. Der B

EINS PLUS DREI

US-Außenminister Haig ließ sich auf einer Pressekonferenz am 17. März in New York über die Rolle der UNO in der Welt aus und erklärte, sie müsse sich besonders mit Polen und Afghanistan befassen. In diesem Fall würden die USA, wie er sagte, dazu beitragen, die UNO zu einem effektiveren Instrument bei der Durchsetzung der Prinzipien der UNO-Charta zu machen. Doch Haigs Empfehlungen laufen ja gerade der Charta zuwider.

Der Ex-General vertiefte sich in Überlegungen hinsichtlich der „sowjetischen Einmischung“ in verschiedenen Weltteilen,

aber ihm wurde von Journalistenfragen über El Salvador die Laune verdorben. Und Leute mit schlechter Laune reden häufig seltsame Dinge. In El Salvador ist, laut Haig, „die Nation bemüht, ihre Revolution auf demokratischer Grundlage zu festigen“, woran sie von der UdSSR, von Kuba und Nikaragua, überhaupt von allen gehindert wird. Nur nicht von den USA. Und ansonsten, sagte der Außenminister, „sehe ich keinerlei Rolle, die die UNO in der gegebenen Situation in dieser Hemisphäre spielen könnte.“ Anders ausgedrückt, Haig hat mit leichter Hand die

ganze westliche Hemisphäre von der UNO abgeschnitten.

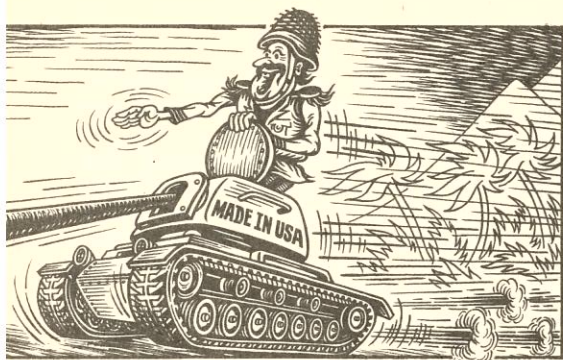
Gleichen Tags beschuldigten in der „New York Times“ die einstigen demokratischen Außenminister Rusk, Muskies und Vance, die einer Sondergruppe für die US-Politik in der UNO angehören, die Organisation der „Verstärkung der internationalen Spannungen“. Die Einstigen fielen über die Entwicklungsländer her wegen ihrer „äußerst unobjektiven Resolutionen, die Rassismus und Zionismus auf die gleiche Stufe stellen“, wegen „der seltsamen Unlust“ das Camp-David-Abkommen zu billigen und wegen

der „Ausfälle gegen Israel“. Sie boten den Ländern Schwarzafrikas ein „Gentleman's Agreement“ an: Die USA werden sie im Kampf gegen die Apartheid „unterstützen“, wenn sie dabei den Zionismus unerwähnt lassen. Die Haltung der UNO-Gruppe ist verständlich, wenn man bedenkt, daß sie von dem Ehrenvorsitzenden des Jüdischen Komitees Abram geleitet wird.

Den Zorn der Gruppe löste auch die Tätigkeit der UNESCO zur Herstellung einer „neuen Weltinformationsordnung“ aus.

Deshalb Kürzung Beiträge prüfen oder sation se wenn sie weise nic sie also shingtons geht.

An ein vier US-drei ehe jetziger — zur UNO. erwähnte gar die Organisat Charta. zufällig.



gebeten

Zeichnung: W. Tschakiridis

apparat lief auf Hochtouren, um die politische Weste des Regierungschefs reinzuwaschen. Im Nationalarchiv Washingtons jedoch fanden sich Dokumente, in denen der Name Kiesinger zusammen mit dem Namen des Nazi-Henkers Eichmann figurierter. Ein ungeheurer Skandal hätte daraus werden können.

Die BND-Chefs unterrichteten den parlamentarischen Staatssekretär Freiherr von und zu Gutfenberg, der schon länger mit dem Amt Gehlen zusammenarbeitete. Der Freiherr schaltete „Freunde“ aus der CIA ein, und die Kiesinger Papiere verschwanden.

Das alles erzählte Hans Langemann, von 1957 bis 1970 BND-Bediensfester. Was ihn veranlaßte, den Mund aufzumachen — Ehrgeiz oder ein dickes Honorar —, läßt sich schwer sagen. Gegen ihn läuft eine Untersuchung wegen Verdachts auf Staatsverrat. Natürlich empört die Gesetzeshüter in der BRD nicht die „Operation Eva“, sondern deren Veröffentlichung. Langemann jedenfalls wird jetzt ganz schön fertig gemacht.

Vor ziemlich kurzer Zeit noch leitete er im Bayrischen Innenministerium die Abteilung des Bundesamts für Verfassungsschutz. Viele rätseln jetzt herum, wie es ihm gelang, sich aus einem Erpressungsexperten zu einem großen Hai hochzuarbeiten. Gerüchten zufolge soll ein Gönner in der Bayrischen Hierarchie beim Karrieremachen geholfen haben, um ihn zum Schweigen zu bringen. Langemann hielt jedoch nicht durch. Und hat nun dafür zu bezahlen. Jetzt wird ihm der Mund auf andere Weise gestopft.

„Das Ganze erinnert an sizilianische Zustände“, schreibt „Die Tat“ (Frankfurt/Main). „Nur der Name des ‚Paten‘ ist noch unbekannt. Vielleicht kann ihn uns Langemann nennen.“

K. KARAGESIAN
Eigenbericht

Bonn

JEDES MITTEL RECHT

Franz Josef Strauß macht gerne Übersee-Reisen, denn in den USA findet der bajuwarische Haudegen stets volles Verständnis für sein außenpolitisches Kredo und sonnt sich in Beifall.

So auch diesmal. An den Ufern des Potomac verkündete der CSU-Chef seine rückhaltlose Unterstützung für die Politik Reagans, „weil wir glauben, daß sie deutschen Interessen entspricht“. Weiter versicherte er, die CDU/CSU kenne keine Differenzen zur Haltung der US-Administration. Friede, Freude, Eierkuchen herrschten auch hinsichtlich der Meinung zu den neuen sowjetischen Friedensinitiativen, die Washington rundheraus zurückweist. Nach Ansicht von FJS und anderen bundesdeutschen Oppositionsführern sind sie eine „Falle“ für Westeuropa, ein erneuter Versuch der Sowjetunion, die Verhandlungspartner auszutricksen.

Bei seiner Begegnung mit Politikern des Weißen Hauses beschimpfte Strauß die Bonner Regierungskoalition und beschuldigte sie der „Schwäche“ und übermäßiger „Vorsicht“. Sie sei an den in letzter Zeit verschlechterten Beziehungen zwischen der BRD und den USA schuld. Ja, wenn er Kanzler wäre, er hätte nie das Gas-Rohre-Abkommen unterzeichnet. Und es gäbe keine „Ungereimtheiten“ zwischen Bonn und Washington... Das Weiße Haus hält auch gar nicht damit hinter dem Berg, daß der CSU-Vorsitzende doch gut für die Rolle des Bonner Regierungschefs passe. Nicht umsonst beurteilten viele Kommentatoren die Begegnung des US-Präsidenten mit dem Bayern als Zeichen der Unzufriedenheit Washingtons mit der Politik der SPD/FDP. Strauß ließ es sich natürlich auch nicht nehmen, der Sowjetunion wieder eins auszuwischen und gleichzeitig dem US-Präsidenten seine Sympathien zu versichern. Der bayrische Politiker äußerte sich so rücksichtslos, daß der SPD-Vorsitzende Brandt sein Verhalten als nicht nur beschämend, sondern auch unwürdig bezeichnete.

Strauß dagegen ist überzeugt, daß zur Erreichung eines Ziels jedes Mittel recht ist. Das Ziel heißt: Macht in Bonn. In den Mitteln war er noch nie wählerisch.

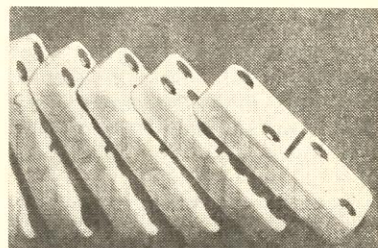
D. POGORSHELSKI

WERBUNG UND BOMBEN

„Großbritannien und der gesamte Westen hängen von Südafrika beim Import von Chrom, Mangan, Vanadium und Platin ab, die die Verteidigungsindustrie so dringend braucht... Die Feinde der RSA sind überzeugt, daß sie mit der Destabilisierung unseres Landes den Westen ruinieren.“

So verschreckt den britischen Spießbürger eine Werbung der RSA-Regierung im „Observer“. Die Rassisten ängstigt die Aussicht auf völlige internationale Isolierung. Deshalb scheuen sie keine Mittel für Propaganda, um die Westeuropäer davon zu überzeugen, daß die RSA das „letzte Bollwerk im Kampf gegen das kommunistische Vordringen in Afrika“ ist.

Warum britische Zeitungen ihre Seiten Rassisten anbieten, braucht man nicht erst zu fragen. Die Politik des Kabinetts Thatcher gegenüber der RSA ist für niemanden ein Geheimnis. Preto-



WILL BRITAIN FALL FOR THE LINE THAT INSTABILITY IN SOUTH AFRICA WOULDN'T AFFECT THE WEST?

South Africa is fully committed to a policy of stability, private enterprise and prosperity for all.

Naturally, it doesn't suit the plans of many Marxists. They know that Britain and the West are heavily dependent on South Africa for important minerals like chromium, manganese, vanadium and platinum. They know these

materials are essential for making computers, machine tools, jet engine components, TV's, drilling bits and defensive armaments. And they know there are no major alternative sources outside the communist bloc. South African enemies are confident that by creating instability in the Republic, they can cause disruption in the West.

South Africa

rias Agenten fühlen sich auf den britischen Inseln unbehelligt. Ein Beweis dafür ist die auf ihr Konto kommende Bombenexplosion in der Vertretung des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrika in London. Die Begleitmusik zu dem „Observer“-Inserat war also recht laut.

M. SARIPOW

GLOBALDIVERSION

Dmitri WOLSKI

Das politische Management der USA und der NATO hat ein raffiniertes Instrumentarium ausgeheckt, um die Entwicklungsländer von den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, insbesondere von der Sowjetunion, zu isolieren. Dabei begreift man dort gut, daß es in offenem ideologischem Kampf, in ehrlichem politischem Wettbewerb nicht gelingt, die Gemeinsamkeiten dieser durch die gemeinsamen grundsätzlichen Interessen verbundenen Kräfte zu zerstören. Daher die gewissenlosen Methoden des psychologischen Krieges, darunter die Tag für Tag wiederholten Propagandaklischees, wie die Behauptung vom „sowjetischen Expansionismus in der dritten Welt“.

Psychologische Offensive

Natürlich bleibt bei diesem systematischen Trommeln etwas hängen. Allerdings ergibt sich in jüngster Zeit immer häufiger ein Gegeneffekt. Die Aufdringlichkeit, mit der diese Klischees wiederholt werden, läßt selbst jene Schichten in den Entwicklungsländern aufhorchen, die möglicherweise infolge ihrer Klassenemotionalen und ihrer politischen Voreingenommenheit daran glauben könnten. Auf diese Schichten, genauer auf die nationale Bourgeoisie und die Bürokratie, die Geschmack an der Macht gefunden hat, und auf einen Teil der Intelligenz zielen die Organisatoren der immer neuen psychologischen Offensiven.

Manchmal auch werden ihre Bemühungen zur Farce, zum Skandal. Noch immer begrinsen amerikanische Journalisten die sauren Mienen der Mitarbeiter des State Department, die einen jungen Nikaraguaner auf einer Pressekonferenz präsentierten, der dann aus heiterem Himmel ihre Story von der „Mittäterschaft“ der Sandinisten am Aufstand in El Salvador entlarvte. Dennoch bestehen auf dieser „Mittäterschaft“ — und zwar nicht nur Nikaraguas, sondern auch Kubas und endlich der UdSSR — recht einflußreiche Personen, die sich keineswegs der zwiespältigen Situation schämen, in die sie sich selber bringen.

Mehrere Monate schon wird auch die Legende verbreitet, die Sowjetunion setze in Afghanistan und Kampuchea chemische Waffen ein.

Sie bringt ihre Urheber in eine schiefe Lage, denn sie können diese Legende durch nichts beweisen. Ebenso wenig übrigens wie auch die andere Scheinsensation über die Unterstützung des „internationalen Terrorismus“ durch Moskau.

Hier verläßt man sich auf eine Art „Präsumptivschuld“. Man beweist mal, daß wir lügen! Soll Moskau nur beweisen, das es nichts mit einem „berühmten Kongreß“ von Terroristen in Südlibanon zu tun hatte, den „Mitarbeiter des israelischen Geheimdienstes und ein Augenzeuge“ auftraten. Will man dem US-Journalisten Jack Anderson, der sich auf solche anonymen „Augenzeugen“ beruft, glauben, dann beschäftigt sich eben die Sowjetunion mit dem „Terror-export“ in die jungen Staaten.

Aber was heißt hier Anderson, dem man ohnehin nicht an den Kragen kann, wenn sich der US-Außenminister selbst nicht vor solchen Tricks scheut. Ihn nehmen sich die Berater und die Vizeberater und die Berater der Vizeberater zum Vorbild. So Chester Crocker, der sich im State Department mit afrikanischen Angelegenheiten befaßt und sich gar nicht beruhigen kann, daß die Sowjetunion die „Instabilität“ auf dem von ihm betreuten Kontinent unterstützt. Womit und wozu? Auf diese Fragen folgt nur ein vielsagendes Schweigen.

Vertreter des militärischen NATO-Oberkommandos wenden einen anderen Dreh an. Sie jonglieren recht geschickt mit professionellen Kategorien, offenbar in der Hoffnung Uneingeweihte zu hypnotisieren. Der italienische Admiral Angelo Monassi verbreitete sich, als er den Posten des Oberkommandierenden der NATO-Marine in Südeuropa verließ, ziemlich ausführlich zum Thema „quantitative und qualitative“ Charakteristik der sowjetischen Seestreitkräfte und verstieg sich sofort dazu, unsere Flotte als Bedrohung für die Entwicklungsländer hinzustellen. „Die Sowjetunion“, versicherte der Admiral, „hat mehrmals versucht, sich in die delikaten Beziehungen der verschiedenen Staaten am Mittelmeer und in der ganzen Region, aber auch am Persischen Golf, am Roten Meer und an den afrikanischen Küsten einzumischen.“ Nicht mehr und nicht weniger, obwohl erneut ohne

jede Konkretisierung, denn Fakten kann der Admiral nicht einmal aus dem Weltmeer schöpfen.

Worin liegt der verborgene Sinn dieser wahrhaft globalen Offensive auf die Geisteshaltung der regierenden Kreise der Entwicklungsländer? Nur darin, die sozialistischen Länder und ihre Politik zu diskreditieren? Im gegebenen Fall will man nicht nur die sozialistischen Länder diskreditieren, sondern auch die fortschrittlich orientierten Entwicklungsstaaten. Die Sache wird so hingestellt, als würden die sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen diesen Ländern von außen, entweder direkt von der Sowjetunion oder beispielsweise von Kuba aufgezwungen. Auch die Modelle der politischen Ordnung würden von dort her „importiert“. Mehr noch: Jede Befreiungsbewegung, sei es der Kampf der Namibier gegen die rassistische Okkupation oder der Patrioten in El Salvador gegen die Junta, wird als von den sozialistischen Ländern inspiriert dargebracht und besitze deshalb keinerlei nationale Wurzeln. Kurz „Terror-export“, und damit Schluß.

Wohin wollen Bankherren

Natürlich braucht man Argumente, die nicht nur ans Gefühl, sondern auch an den Verstand gehen. Und da beginnt man den Führern der Befreiungsorganisationen und der fortschrittlich orientierten Staaten einzureden, es liege in ihrem eigenen Interesse, die „Orientierung zu ändern“. Einige von ihnen wollen das sogar selbst, wie der ehemalige Vorstand der Chase Manhattan Bank David Rockefeller behauptet, der kürzlich einige afrikanische Länder bereiste. Sollen sie nur „marxistische Losungen und Terminologie gebrauchen“. Mehr aber nicht. In der Praxis muß man sie davon überzeugen, sich nicht auf die „Unterstützung der Sowjetunion“, sondern auf „Verständnis und Hilfe“ der USA zu verlassen.

Überlassen wir es dem Gewissen der Rockefeller, das „Verständnis“ der US-amerikanischen Bankleute zu avisieren. Die Hinweise auf die Ansichten afrikanischer Staatsmänner aber gestatten wir uns einfach nicht zu glauben. Denn es lassen sich Dutzende Erklärungen namhafter afrikanischer und asiatischer Persönlichkeiten anführen

die beweisen, wie hoch sie die Zusammenarbeit mit der UdSSR, darunter im wirtschaftlichen Bereich, bewerten. Das geschieht nicht aus Höflichkeit, ebensowenig wie diese Zusammenarbeit Resultat „begrenzter Auswahl“ ist, wie der US-Bankier behauptet. Niemand hat Indiens Wahl beeinflusst, als es die Kontakte zur UdSSR entwickelte, die es ihm gestatteten, Schlüsselzweige der Wirtschaft wie Hüttenwesen und Maschinenbau hochzubringen und als erstes Entwicklungsland mit der Erschließung des Kosmos zu beginnen, wobei es vielen kapitalistischen Industriestaaten voraus ist. Nur eines hat Indiens Wahl begrenzt: die rauhe Wirklichkeit, genauer die Beziehungen zwischen dem industrialisierten Westen und seinen einstigen Kolonien, die er auf keinen Fall in den Eliteklub einsteigen lassen will.

Doch nicht um Hüttenwesen und noch weniger um Kosmosforschungen ging es in Äthiopien unter dem Kaiser. Dort sind 1972–1973 Zehntausende, ja sogar Hunderttausende Menschen verhungert. Hailé Selassié und seine westlichen Partner sahen sich das mit wahrhaft kaiserlicher Ignoranz an. Und erst, nachdem Äthiopien den Weg der progressiven Politik und der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern beschritten hatte, konnte es dieses Problem aller Probleme lösen. Und zwar in wenigen Jahren. Natürlich gibt es dort wie auch in anderen Staaten sozialistischer Orientierung nicht wenige Schwierigkeiten. Niemand aber verhungert mehr wie in früheren Zeiten!

Doch das Gespenst des Hungers geht noch in vielen afro-asiatischen Ländern um. Vor allem in jenen, denen gerade eine Orientierung aufgedrängt wurde, die mit dem freien Unternehmertum einhergeht, das der dritten Welt von der Reagan-Administration und den internationalen Banken so angepriesen wird. Der Kapitalismus in den Entwicklungsländern führt unausbleiblich zu ihrer verstärkten Abhängigkeit von den westlichen Industriestaaten, zur Verewigung der neokolonialistischen Ausbeutung und schließlich zu einer gefährlichen sozialen Polarisierung.

Der in den USA kürzlich erschienene „Global 2000 Report to the President“ gibt folgende Prognose: Im Jahre 2000 wird die Weltnahrungsmittelproduktion um 90% steigen, während die Weltbevölkerung um 50% zunimmt. Der größte Teil der Zuwachsrates in der Nahrungsmittelproduktion aber entfällt auf jene Länder, deren Bürger sich ohnehin gut ernähren. In den

„unterentwickelten Ländern“ Südasiens, des Nahen Ostens und Afrikas jedoch erhöht sich der Prokopfverbrauch kaum oder „kann gegenüber dem jetzigen unzulänglichen Stand sogar noch sinken“. Einigen dieser Regionen droht „ein katastrophaler“ Rückgang im Prokopfverbrauch an Lebensmitteln.

Das heißt, daß nicht mehr „nur“ 570 Millionen Menschen wie jetzt hungern werden, sondern sehr viel mehr, und das Leben in den kapitalistischen Megapolis-Städten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, in die die ruinierten Dörfer unausbleiblich immer neue Millionen ehemaliger Bauern spucken, die Existenzmittel finden wollen, läßt sich nur schwer vorstellen. Was erwartet sie dort? „Das raschere Wachstum der Städte in den unterentwickelten Ländern“, erläutert unberührt die Londoner „Financial Times“ den Inhalt des Reports, „vollzieht sich auf Kosten der unkontrollierten Slums und Kistensiedlungen, wo Sanitäranlagen nur zu einem Minimum oder überhaupt nicht vorhanden sind. Um den wachsenden Bedürfnissen nachzukommen, müßten diese Länder den Umfang ihrer städtischen Dienstleistungen innerhalb von zwei Jahrzehnten verdreifachen. Aber die Chancen dafür stehen nicht zum Besten.“

Nicht umsonst gelangt sogar die „Financial Times“, an deren Treue zur Marktwirtschaft wohl nicht zu zweifeln ist, bei der Analyse des Reports zu der Schlußfolgerung: „Die Hauptsache ist, daß die Kräfte des Markts nicht die dort geschilderten Probleme lösen können.“

Fügen wir hinzu: Probleme, die eben von jenen „Kräften des Markts“ und in erster Linie von den US-Multis geschaffen werden. Indira Gandhi sagte vor kurzem, die neokolonialistische Politik des Westens führe zur Bereicherung von ein paar Leuten in einem Teil der Welt auf Kosten des Leids von Millionen anderer.

Strategisches Imperativ

Deshalb eben wollen die Imperialisten diese Völker von der Sowjetunion und von der sozialistischen Gemeinschaft isolieren, um ihnen die Stütze im, sagen wir es deutlich, Existenzkampf zu nehmen. Und nicht nur in ökonomischer Hinsicht. Betheiligen sich etwa an den auf die Entwicklungsländer gezielten antisowjetischen Kampagnen die Vertreter der militärischen Oberkommandos der USA und der NATO zufällig besonders aktiv? Sie betrachten nicht nur Europa, sondern auch den Nahen, den Mittleren und den Fernen Osten als potentielle

Kriegsschauplätze im von ihnen vorbereiteten Weltkrieg. Das gilt für die Zukunft. Heute aber?

Der bundesdeutsche Publizist Karl Bredthauer schreibt: „So wie jetzt in Sachen Polen ... haben die USA bisher schon verschiedentlich versucht, die NATO oder, wo dies nicht möglich erscheint, geeignete NATO-Staaten wie die alten Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien ... für ihre Politik der Intervention oder Interventionsvorbereitung und der Kriseneskalation in der dritten Welt zu vereinnahmen. Man denke an den Aufmarsch im Nahen und vor allem im Mittleren Osten, an gemeinsame Seemanöver im Indischen Ozean unter Beteiligung der Bundesmarine, an die immer wieder erneuten Anläufe für eine irgendwie geartete Südatlantikpakt-Konstruktion, in der die Westeuropäer sich in der Umgebung solcher Bollwerke der Freiheit und der Demokratie wie Südafrika ... wiederfinden.“

Die Entwicklung der Dinge gestattet eine Fortsetzung dieser Aufzählung: Erst Anfang März entsandten einige westeuropäische Staaten ihre Kriegsschiffe zu NATO-Manövern vor den Küsten Mittelamerikas, wo Washington offenbar eine Intervention vorhat, die es von vornherein mit dem alten Märchen von der „Rolle Moskaus“ rechtfertigen will. „Die Reagan-Administration betrachtet die Lage in El Salvador als globales Problem, dessen Ursachen in Moskau zu suchen sind und das im Rahmen einer Globalstrategie gelöst werden muß“, schrieb die „Washington Post“ am 16. März.

So ist das also! Die Versuche, die Länder des Sozialismus zu diskreditieren, werden außerdem noch unternommen, um die Verbündeten Washingtons, darunter die westeuropäischen NATO-Staaten, tiefer in die abenteuerliche Globalstrategie der USA zu verstricken.

Was die Entwicklungsländer selbst angeht, so ist anzunehmen, daß jeder denkende Mensch den „strategischen Imperativ“ erkennt, der ihnen vom Imperialismus gestellt wird: entweder Funktion als Vorposten und Kanonenfutterlieferant oder die Rolle der Zielscheibe für die NATO-Flotten und die US-Eingreiftruppen. Das haben jene im Auge, die versuchen, die jungen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft gegenüberzustellen. Vom wirksamen Widerstand gegen diese Versuche hängen heute wesentlich das Geschick der befreiten Völker, ihre Zukunft und ihre Existenz ab, jedenfalls die friedliche und unabhängige Zukunft, die menschenwürdige Existenz. ■

REFORM ODER SÄUBERUNG?

Viktor WASSILJEW

Erst vor kurzem erklärte die chinesische Führung, den politischen Massenkampagnen, die unter Mao Zedong das Land ununterbrochen erschütterten, sei ein Ende gesetzt worden. Nun kommen aber aus Peking Nachrichten, daß dort eine neue Kampagne entfaltet wird, diesmal gegen den zahlenmäßig weltgrößten Verwaltungsapparat.

Die im März abgehaltene Tagung des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses faßte den Beschluß über eine Reform der Staatsorgane, der „die Verstärkung der Zentralisierung, den Zusammenschluß der Leitung und die Erhöhung der Wirksamkeit“ des Verwaltungsapparates vorsieht. Mehrere Ministerien und Verwaltungen werden aufgelöst, zahlreiche Umbesetzungen auf verschiedenen Ebenen vorgenommen. Schon vor der Tagung sagte Deng Xiaoping zu den Aufgaben der neuen politischen Kampagne, er betrachte die Umgestaltung des Verwaltungsapparates als eine „Revolution“, und zwar „selbstverständlich als eine Revolution im Verwaltungssystem und nicht eine Revolution gegen einzelne Personen“.

Negative Momente im Funktionieren des Verwaltungsapparates in China sind in der Tat ein großes Übel. Nach Eingeständnis des theoretischen Organs der KP, der Zeitschrift „Hungqi“, ist der Bürokratismus überall in den Partei- und Staatsorganen verbreitet. Der unverhältnismäßig große Partei- und Staatsapparat bedeutet eine schwere finanzielle Last für das Volk. Bisher war es in China nicht üblich, daß hohe Funktionäre in Rente gingen. Viele von denen, die mehr oder minder hohe Posten erhielten, bekleideten sie lebenslang. Eine Ausnahme bildete nur, wer zu den „Feinden“ Maos gerechnet wurde. Während der „Kulturrevolution“ waren Millionen Staats- und Parteifunktionäre grausamen Repressalien ausgesetzt. Die einen gingen zugrunde, andere gerieten ins Gefängnis oder in spezielle Umerziehungslager. An ihre Stelle kamen Aktivisten der „Kulturrevolution“. Da sie aber keine Erfahrungen hatten, mußten die Stellenpläne erweitert werden.

Nach Mao Zedongs Tod wurden viele Opfer der „Kulturrevolution“ rehabilitiert und durften auf ihre alten Posten zurückkehren. So wur-

de das Verwaltungspersonal noch zahlreicher.

Unter den Verwaltungsangestellten griffen Bestechlichkeit, Schiebereien, das Streben nach Bereicherung auf Kosten der Gesellschaft um sich. Einige Partei- und Staatsfunktionäre gehen, wie die chinesische Presse meldet, „von Handlungen, die zu einem fehlerhaften Arbeitsstil gehören, allmählich zur Verletzung von Gesetzen und zu verbrecherischem Tun über: zur Unterstützung, Verschubleistung und Begünstigung von Korruption und Veruntreuung von Staatsmitteln und zu direkter Beteiligung daran, zu Spekulationen und Machenschaften, zu Schmuggel und Wiederverkauf, zur Steuerhinterziehung usw.“.

Nichtsdestoweniger spricht alles dafür, daß die neue politische Kampagne keineswegs nur auf den Abbau des aufgeblähten Verwaltungsapparates und den Kampf gegen den Bürokratismus abzielt. Unter dem Vorwand eines Umbaus des Partei- und Staatsapparates erfolgt, nach allem zu urteilen, eine neue Säuberung, die in ihren Ausmaßen alle unter Mao praktizierten Kampagnen übertreffen kann. Es geht nicht nur um Mängel des Verwaltungssystems, auf die Deng Xiaoping hinwies, sondern auch um das Schicksal von „Personen“.

Die über den Pekinger Background gewöhnlich gut informierte Hongkonger Zeitung „Dagong bao“ teilte mit, daß allein im System des Staatsrates Chinas rd. 200 000 Angestellte — d. h. ein Drittel der Gesamtzahl — einer Säuberung ausgesetzt werden sollen. Sollte dieses Verhältnis für den ganzen Partei- und Staatsapparat gelten, so können Millionen Menschen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Deng Xiaoping spricht schon seit langem von der Notwendigkeit, die Kader zu „durchforsten“. Im Kampf um die Macht hat Deng den Widerstand seiner Gegner vorläufig nicht gänzlich brechen können. Im vorigen Jahr erreichte er die Absetzung Hua Guofengs als Vorsitzender des ZK der KP Chinas und des Militärrates des ZK. Die als Anhänger seines Kurses geltenden Hu Yaobang und Zhao Ziyang erhielten die Posten des Vorsitzenden des ZK der KP Chinas bzw. des Vorsitzenden des Staatsrates der VR China. Deng selbst wurde zum Vorsitzen-

den des Militärrates des ZK der KP; dieser in der Pekinger Hierarchie einflußreiche Posten ermöglicht Kontrolle über die Armee. Doch hat das die Differenzen in den höchsten Gliederungen der Macht nicht aufgehoben.

Gegen Dengs Kurs treten aus verschiedenen Gründen die von der „Kulturrevolution“ hochgehieften Funktionäre und die Veteranen der Partei und der Armee auf. Die ersten gruppieren sich weiterhin um Hua Guofeng, der infolge eines Kompromisses im Politbüro geblieben und heute Stellvertreter des Vorsitzenden des ZK der KP ist. Diese Leute halten noch recht starke Positionen in den unteren und mittleren Gliederungen des Partei- und Staatsapparates und sind auch in den zentralen Organen recht gut vertreten. Als geistiger Führer der Veteranen gilt Ex-Marschall Ye Jianying, den hohe Militärs und einige Parteifunktionäre unterstützen. Schließlich sind mit Dengs rechtsnationalistischem Kurs Menschen unzufrieden, die den auf den sozialistischen Aufbau orientierenden Beschlüssen des VIII. Parteitagess der KPCh treu sind.

Die Tagung des Nationalen Volkskongresses und das 6. ZK-Plenum der KP (beide 1981 abgehalten) zeigten, daß in der chinesischen Führung noch immer um viele Fragen gekämpft wird. Auf der erwähnten Tagung konnte nicht einmal der Plan für die Entwicklung der Volkswirtschaft 1982 angenommen werden. Die Differenzen betreffen Fragen wie die Prioritäten in der Volkswirtschaft, die zulässigen Freiheiten für individuelle Kleinwirtschaften in Stadt und Land, die vertretbare wirtschaftliche Verschuldung gegenüber den USA, Japan und anderen imperialistischen Ländern sowie das Paktieren Chinas mit den USA, das keine großen wirtschaftlichen Vorteile gebracht, dafür aber die Lösung der Taiwan-Frage nicht gerade erleichtert hat.

Der ideologische Zerfall in der KP wurde durch den auf ihrem 6. ZK-Plenum gefaßten „Beschuß über einige Fragen der Geschichte der KPCh nach der Gründung der VR China“ verstärkt. Darin werden Mao Zedongs Fehler anerkannt, zugleich aber seine Ideen als „die größte geistige Schatzkammer“ glorifiziert. Das fand bei den Funktionären unterschiedliche Aufnahme. Die einen meinen, man dürfe Mao nicht rechtfertigen, wenn man sich an das Prinzip „Praxis als Kriterium der Wahrheit“ halte. Andere wenden sich auch gegen die geringste Kritik an Mao, weil sie glauben, sie könnte seine Ideen „entwurzeln“.

In „Hungqi“ lesen wir: „Man kann noch immer nicht sagen, daß von unten bis oben alle Fragen, die die Aufrechterhaltung der politischen Einheit mit dem Zentralkomitee betreffen, gelöst wären.“ Wie Peking führende Politiker zugeben, treiben manche Funktionäre in einigen Ämtern und Gebieten Chinas „Doppelzüngerei bei der Verwirklichung von Linie, Kurs und Politik des ZK und führen beharrlich nicht die Politik durch, die durchgeführt werden muß“. Einem Teil der Funktionäre wird vorgeworfen, daß sie sich dem Kurs auf Rehabilitierung der Opfer der „Kulturrevolution“ infolge von „ungerechten, verlogenen und falschen Prozessen“ widersetzen. Andere werden einer „falschen Ideologie der bürgerlichen Liberalisierung“ beschuldigt, die die führende Rolle der KP negiere.

Unter den vielen Millionen von Funktionären und Mitgliedern der KP gebe es, stellt die chinesische Presse mit Bedauern fest, „noch relativ wenig Menschen“, die glauben, daß China dabei sei, „von Unruhen zur Ruhe, von Armut zum Wohlergehen“ überzugehen. Es wird sogar zugegeben, daß einige Menschen „gegen die großen Veränderungen auftreten“, die sich in den letzten Jahren in China vollzogen. Dazu die „Renmin ribao“: „Sie wollen die Entwicklung zum Krebsgang zwingen sowie das gegenwärtige System und die Führung stürzen.“

Laut Mitteilungen der Hongkonger Zeitungen erklärte Deng Xiaoping auf einer Beratung Ende 1981: „Ge-

genwärtig unterstützen einige in der KPCh Hua Guofeng und versuchen, Hu Yaobang und mich zu stürzen. Solche Aktivitäten dürfen nicht unbeachtet bleiben. Dahinter steckt die Kompliziertheit des heutigen Kampfes, weshalb wir diese Entwicklung wachsam verfolgen müssen.“

Nach Ansicht politischer Kommentatoren haben Deng und seine Anhänger mit einer neuen Massensäuberung im Partei- und Staatsapparat begonnen, um die volle Anerkennung ihres innen- und außenpolitischen Kurses durchzusetzen. Die Aktion wurde recht eigenartig eingeleitet. Mitte Januar verschwand Deng überraschend für einen ganzen Monat aus der Hauptstadt. In Peking wurde bekanntgegeben, er sei aus eigenem Antrieb „zur zweiten Linie“ gegangen, um Jüngeren die Bahn zu ebnen. Damit wird auch erklärt, warum er auf dem 6. ZK-Plenum der KPCh den Posten des ZK-Vorsitzenden ablehnte. Der Übergang zur „zweiten Linie“ soll Deng, will man den amtlichen Erläuterungen glauben, „mehr Zeit lassen, um über die strategischen Fragen der Entwicklung Chinas nachzudenken“. Aber nach allem zu urteilen, gibt es auch noch andere Gründe. So wollte Deng einigen Veteranen ein Beispiel geben und sie schmerzlos zur „zweiten und dritten Linie“ überführen. Er selbst würde dabei die Machthebel behalten, wenn auch im Schatten Hu Yaobangs und Zhao Ziyangs.

Die Ausmaße der „Verwaltungsrevolution“ beunruhigen Washing-

ton, Tokio und andere Hauptstädte der kapitalistischen Länder. Dort fragt man sich, wessen Köpfe nun rollen müssen und ob es Deng gelingt, die Macht in seiner Hand zu halten und keinen neuen Ausbruch von Anarchie im Lande zuzulassen.

Den Westen verlockt eine eventuelle Vergrößerung der chinesischen Lieferungen von Erdöl, Kohle, von Bunt- und seltenen Metallen. Aber nicht nur deshalb möchten die USA und andere Partner Chinas dort den Status quo erhalten. Deng Xiaoping ist für den Westen eine Art Garant dafür, daß Peking den der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern feindlichen Kurs und die „parallelen Handlungen“ mit den USA und der NATO fortsetzt, die auf Konfrontation mit der UdSSR und ihren sozialistischen Partnern, auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, auf Forcierung des Wettbewerbs gerichtet sind.

Washington läßt „ernste Warnungen“ an China ergehen. Das „Wall Street Journal“: „Die Weltöffentlichkeit weiß, daß niemand anders als Deng Xiaoping China der äußeren Welt zugänglich machte, und ausländische Unternehmer, die in der Wirtschaft Chinas investiert haben, würden sich zweifellos besorgt zeigen, wenn Deng Xiaoping die politische Bühne verlassen müßte.“

Peking möchte die Befürchtungen seiner Partner zerstreuen. Inzwischen weitet sich die neue massierte Säuberung aus.

GEMEINSAMES ANLIEGEN

Was sind die konkreten Aufgaben der Kämpfer für Frieden, Abrüstung und Entspannung in der heutigen gespannten internationalen Lage? Wie läßt sich der Plan einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa verwirklichen? Davon war die Rede auf einer im Sowjetischen Friedenskomitee veranstalteten Pressekonferenz von Vertretern der Organisation Finnische Friedensanhänger, die Mitte März zu einem Freundschaftsbesuch in Moskau eintrafen. Unter den 20 Delegationsteilnehmern waren nicht nur Aktivisten dieser Organisation, sondern auch Vertreter anderer Friedensverbände, von Parteien, Gewerkschaften und der Jugend Finnlands.

Einführend berichtete Frau Pirkko Työläjärvi, Delegationsleiterin, erste stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Finnlands und Vorsitzende des Außenpolitischen Parlamentsausschusses, über die Eindrücke des UdSSR-Aufenthaltes und über das Abrüstungsseminar, an dem namhafte sowjetische Persönlichkeiten teilgenommen hatten.

„Die Friedenssicherung ist unser gemeinsames Anliegen“, sagte Johannes Pakaslahti, Generalsekretär der Organisation. „Von den neuen außenpolitischen Initiativen Leonid Breschnews auf dem XVII. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften geht ein starker Impuls für den Aufschwung der Tätigkeit der Friedensanhänger nicht nur in Finnland, sondern auch in anderen Ländern aus, sie eröffnen konkrete Wege zur Gesundung der internationalen Lage. Vor diesem Hintergrund ist das erste Echo der Reagan-



Administration auf diese Vorschläge sehr seltsam.“

Auf die Frage unseres Korrespondenten, welche Resonanz der UdSSR-Besuch Präsident Mauno Koivistos in Finnland gehabt habe, sagte Frau Työläjärvi, ihre Landsleute hätten die Gespräche in Moskau sehr befriedigt verfolgt. Dieser Besuch zeigte die Kontinuität der Paasikivi-Kekkonen-Linie. Das finnische Volk und die finnische Führung, betonte Frau Työläjärvi, stehen treu zu diesem Kurs, und der neue Präsident „wird unser Schiff auf der gleichen Haupttroute, in Kekkonens Fahrwasser, steuern“. Wir freuen uns über die gastfreundliche Aufnahme Präsident Mauno Koivistos in Moskau, sagte sie abschließend.

W. ROSEN

ZWECKLÜGE ALS POLITIK

T. NATALIN

„Der Hauptgrund dafür, daß die westeuropäischen Länder nicht auf unseren Befehl hin strammstehen“, schrieb George Ball, ehemaliger stellvertretender US-Außenminister, vor kurzem in der „Washington Post“, „ist, daß sie nicht mehr an unsere Einschätzungen und unseren gesunden Menschenverstand glauben.“

Sehr richtig. Immer mehr Politiker im Westen sehen, daß sie bald in dem einen, bald in einem anderen Fall vom Weißen Haus desinformiert und von der US-Propaganda manipuliert wurden.

Wie Tatsachen bezeugen, kommt es dem Weißen Haus nicht darauf an, ob es seine Gegner, das amerikanische Volk, den US-Kongreß oder die NATO-Partner irreführt. Propaganda von Desinformation und Desinformation durch Propaganda sind heute der Arbeitsstil der US-Administration und ihrer Ämter. Wenn früher traditionell die CIA für Desinformation und die USIA, heute Internationale Kommunikationsagentur, für die Propaganda im Ausland „zuständig“ waren, so verstärkt sich in den letzten Jahren die Koordinierung des Staatsmit dem Spionage- und Propagandaapparat und wird Desinformation immer eindeutiger zur Staatspolitik erhoben.

Das begann 1977, als Admiral Turner als neuer CIA-Chef in Langley einzog. Er verkündete, von nun an würde die CIA ihre Informationen hauptsächlich durch technische Mittel erhalten. Aufgrund solcher Angaben entstanden umfangreiche Berichte für die Regierung, dazu bestimmt, nicht nur den Präsidenten über politische Ereignisse und Probleme in Bild zu setzen, sondern auch „die US-Außenpolitik zu unterstützen“.

Hier nur einige davon: „Über die globale Strategie der UdSSR“, „Über die Begrenzung strategischer Waffen“, „Über die sowjetische Zivilverteidigung“, „Über die sowjetische Propaganda“, „Über die Verteidigungsausgaben der UdSSR“, „Über den Export von sowjetischem Gas“. Es gab eine Serie von Berichten „Über die Erdölgewinnung in der UdSSR“ und „Über die energetische Situation in der Welt“. In der Regel erfuhr die Öffentlichkeit vom Inhalt. Warum mußte die US-Regierung geheime Angaben „durchsickern“ lassen? Waren die Dokumente vielleicht von Anfang an nicht nur für Befugte bestimmt? Diese Vermutung erwies sich als richtig.

Die CIA ist, gleich den anderen Aufklärungsdiensten der USA, kompetent genug, um den Präsidenten allseitig über die Lage in der Welt zu informieren. Für die Regierung arbeiten ferner Dutzende Forschungszentralen, deren Schlüsse gewöhnlich nicht tendenziös sind. Solche Angaben sind nur für

die Administration, für einen engen Personenkreis bestimmt und wirklich auf strengste Geheimgehalten.

Etwas anderes sind Angaben, die die strategischen Zielsetzungen der Urheber der US-Außenpolitik rechtfertigen. Solche Argumente können sowohl die eigenen Gesetzgeber als auch die Bündnispartner überzeugen. Und ebensolche Angaben werden für die Administration in Form von Berichten in der CIA-Abteilung Sonderoperationen vorbereitet. CIA-Mitarbeiter erläutern: „Sonderoperationen sind alle Geheimoperationen oder -aktionen zur Einwirkung auf ausländische Regierungen, Organisationen oder einzelne Personen zwecks Stützung der US-Außenpolitik.“

Ist ein Bericht „gut“, so kommt ein Beschluß über die „Nachrüstung“ der NATO zustande und werden Mittel für die Eingreiftruppe bereitgestellt. Man bringt die Bündnispartner auf den Vordermann und fühlt dem potentiellen Gegner auf den Zahn. Hat die CIA Angaben überhöht oder die faktische Sachlage entstellt? Nun, Moskau wird dementieren, eine Erklärung abgeben, eine Vorstellung machen, eine Note veröffentlichten — und das ist schließlich ebenfalls eine Information zum Erfassen und zum Korrigieren vorhandener Angaben. Selbst wenn jemand auf dem Kapitol dahinterkommen sollte, daß die Position der Regierung auf nicht authentischen Angaben beruht, gibt es immer Prügelknaben, man kann sich auf mangelnde Kompetenz von CIA-Analysikern herausreden, was kann das Weiße Haus dafür?

Wie wurde z. B. das alte Lügenmärchen von der „sowjetischen militärischen Bedrohung“ in der CIA-Abteilung Sonderoperationen wiederbelebt? Noch vor Carters Einzug im Weißen Haus, aber schon im Auftrag der neuen Administration bereite die CIA eine Studie über die „langfristigen militärischen Pläne der UdSSR“ vor. Der Hauptschluß des Berichts lautete (im Einklang mit erhaltener Orientierung): „In den kommenden 10 Jahren wird die UdSSR wie nie zuvor die militärische Überlegenheit anstreben, die über die Gleichheit oder Parität mit den USA hinausginge“ (Lüge Nr. 1).

Im Jahre 1978 erschien der CIA-Bericht über den SALT-II-Vertrag. Darin hieß es: „Der Abschluß allein wird nicht zur Einschränkung der Verteidigungsausgaben der UdSSR führen. Mehr noch, die sowjetischen Militärausgaben werden auch in den 80er Jahren in gleichem Tempo anwachsen.“ Als Argument wurde die aus den Fingern gesogene These ins Treffen geführt, daß den größten Ausga-

beposten des sowjetischen Verteidigungsbudgets nichtnukleare Rüstungen bildeten, noch immer bilden und weiterhin bilden werden. Folglich werde SALT I keine praktische Bedeutung haben (Lüge Nr. 2).

Dann erblickten zwei Berichte „Über die Verteidigungsausgaben der UdSSR“ das Licht der Welt: Sowjetischerseits sei 1978 für militärische Zwecke 45% mehr und für die strategischen und nicht-nuklearen Kräfte doppelt soviel wie in den USA ausgegeben worden (Lüge Nr. 3).

Zwar wurden wiederholt kritische Stimmen laut, daß die Berechnungs- und Einschätzungsmethoden der Rüstungspotentiale beider Großmächte tendenziös und unwissenschaftlich und die Ergebnisse der „Analyse“ fabriziert waren, blieb die US-Administration auf diesem Ohr taub: Dazu war der Einsatz viel zu hoch. Als man im Lager der Bündnispartner dazu zu neigen begann, zusätzliche US-Raketen doch in Westeuropa zu stationieren, um die Militärmacht der NATO-Staaten und der Warschauer Vertragsländer „auszubalanzieren“, wurden in Langley und im Weißen Haus zufrieden die Hände gerieben: Das Ziel war erreicht.

Die Unterstützung des aggressiven Kurses Israels und der Versöhnlerpolitik Sadats durch Washington führten dazu, daß mehrere arabische Länder die Erdölgewinnung und ihren Erdöllexport in die USA einschränkten. Sofort verlangte die Administration von der CIA Argumente, mit denen sie die Erdölländer zur Steigerung von Ölproduktion und -export bewegen und darüber hinaus einen Vorwand erhalten könnte, um ihre Kontrolle und ihren militärischen, wirtschaftlichen oder politischen Einfluß im Nahen Osten zu errichten, in welcher Form auch immer. So tauchte das Erdölthema in den CIA-Berichten auf.

Der erste, „Zur Energiesituation in der Welt bis 1985“, enthält eine düstere Prognose: Ab 1980 gehe die Erdölproduktion in der UdSSR zurück und 1985 „werden die UdSSR und andere osteuropäische Länder 3,5—4,5 Mio Barrel täglich importieren“. Daraus wurden weitgehende, erschreckende Schlüsse gezogen, die die US-Administration aufgriff und in die ganze Welt hinauspropagierte: Die UdSSR sei an den Erdölquellen im Nahen Osten interessiert, deshalb bestehe die Gefahr, daß die Russen besagte Quellen an sich reißen würden. Der einzige Sicherheitsgarant der Araber seien die USA, die Araber selbst aber müßten sich bewaffnen, um einen möglichen „Überfall“ Moskaus zurückschlagen zu können. Auch die Bündnispartner dürfen sich keine Ruhe gönnen und entschlossen handeln. In den späteren Erdölberichten der CIA wurde die These von der „sowjetischen Bedrohung“ noch ausgebaut.

Der Dreh wirkte. Die US-Administration bekam „Gründe“, die Golfregion

zu einer für Amerika lebenswichtigen Zone zu erklären, die 100 000 Mann starke Eingreiftruppe aufzustellen, den Nahen Osten in den Wirkungsbereich der NATO einzuschließen und Waffenverkäufe an einige Nahostländer zu erhöhen.

Jetzt ist man in vielen legislativen und Regierungsämtern der USA, die sich lediglich von den CIA-Berichten informieren lassen, auf den Geschmack des Spiels mit gezinkten Karten gekommen. Vorbei sind die Zeiten, da der CIA-Direktor vor eine geschlossene Tagung des US-Kongresses zitiert wurde, weil er z. B. durch den Bericht „Über die Perspektiven der Erdölproduktion in der UdSSR“ nicht nur die Weltöffentlichkeit,

im eigenen Haus zu schaffen, war ein Schock für die US-Leitungszentralen. Sofort wurde eine „Arbeitsgruppe“ für polnische Fragen aufgezo-gen; ihr gehören Vertreter des State Department, des Nationalen Sicherheitsrates, des Pentagon, der CIA und der Internationalen Kommunikationsagentur an. Die Gruppe soll Informationen, die aus der US-Botschaft in Warschau und anderen Quellen einlaufen, analysieren sowie Vorschläge und Argumente ausarbeiten, die die Einmischung Washingtons in die inneren Angelegenheiten der VR Polen rechtfertigen und die Einbeziehung der Bündnispartner in diese Kampagne erlauben würden. Vorschläge wurden denn auch vorgelegt. CIA-Experten meinten, bei einer erfolgreichen Tätigkeit der Militärbehörden sei eine Wiederaufrechterhaltung von Solidarność in alter, antisozialistischer Form wenig wahrscheinlich, weshalb jede Hilfe für die polnischen Behörden zu unterbinden sei. So kam der Gedanke an die Sanktionen auf.

Des weiteren wurde Reagan empfohlen, die Ereignisse in Polen als Ergebnis einer „sowjetischen Einmischung“ darzustellen. Um die Lüge halbwegs glaubhaft zu machen, brauchte man solide „Beweise“ und „Zeugnisse“, und die CIA hatte sie über ihre Kanäle beschafft.

„Zeugen“ wurden die Ex-Botschafter der VR Polen in den USA und in Japan, Verräter am eigenen Volk und Heimatland. Vor versammelten Reportern schloß Reagan höchstpersönlich einen von ihnen in seine Arme. Aber in den diplomatischen Kreisen Washingtons heißt es offen, daß der Verrat des ehemaligen Botschafters der VR Polen in den USA durch amerikanische Geheimdienste vorbereitet wurde. Das Datum seines Verrats wurde von den USA-Behörden bestimmt, die seine „Zeugnisse“ für die gerade einsetzende Kampagne des Druckes auf Westeuropa in der Frage wirtschaftlicher Sanktionen gegen Polen und die UdSSR benötigten. Für die erste verleumderische Rede erhielt der Ex-Botschafter seinen Sold in Form des gewährten politischen Asyls in den USA.

Ein weiterer Verräter, Rurarz, hielt sich in den USA 1962—1966 als Handelsvertreter Polens auf. Offenbar hielt man ihn bis zu einem gewissen Augenblick in Reserve. Gegenwärtig aber produziert er sich in der Kampagne zur Desinformation der Weltöffentlichkeit. Es ist unwichtig, daß Rurarz sich viele Tausende Kilometer entfernt von Polen, nämlich in Japan, befunden hatte. Auf jeden Fall „weiß er ganz genau“, daß der „Militärumschmerz“ auf „Weisung des Kreml“ geplant und verwirklicht worden sei. Auf solche von der CIA präparierten, falschen Zeugen gestützt, heizt die US-Regierung die antipolnische Kampagne an und greift zu Drohungen, Ultimaten, Sanktionen und Boykotts.

Mit Washingtons Dazutun haben sich die feindseligen Elemente in der polni-

schen Emigration aktiviert. Sie gruppieren sich um diverse „Zentren“: das Nordamerikanische Zentrum zum Studium polnischer Probleme, die Pomost-Gruppe. Die „Stimme Amerikas“ hat eilig ihre polnischsprachigen Abend-sendungen verlängert. Alle Propaganda-maßnahmen zielten darauf ab, die Herde der Konfrontation als Grundlage für die Wiederherstellung der antisozialistischen Opposition in Polen zu retten.

Gewiß lassen sich nicht alle von der in der CIA fabrizierten regierungsmäßigen Desinformation hypnotisieren. In den kommerziellen, politischen und öffentlichen Kreisen der USA gibt es real denkende Menschen, die negativ zur Politik der Wirtschaftssanktionen stehen. Mit Recht befürchten sie, daß das nur auf Emotionen und auf Aussagen flüchtiger Diplomaten basierende Handeln der Administration deren internationales und nationales Prestige und das der gesamten Republikanischen Partei stark ramponieren kann. Wie hohe Mitarbeiter des State Department und des Außenhandelsministeriums betonten, wurden die „Sanktionen“ gegen Polen in Verletzung der in der NATO üblichen Praxis von Konsultationen verhängt, was die Bündnispartner natürlich verärgert. Zudem wird dieser Schritt zu einer Zeit, da die USA eine wirtschaftliche Rezession durchmachen, negative Folgen für ihre Industrie haben und die Entlassung von rd. 200 000 Personen bewirken.

Vernünftiges hört man auch von den Partnern der USA. In den EG-Geschäftskreisen bricht sich die Einsicht Bahn, daß die USA bei der Animierung Westeuropas zu „Sanktionen“ vor allem auf eigene Vorteile bedacht sind. Beliebige Schritte der EG zur Einschränkung des Handels mit Polen würden sich ja vor allem gegen die Länder des Gemeinsamen Marktes kehren.

Mit großer Mühe gelang es den USA, die Partner zu dem Beschluß zu bewegen, sich in die Angelegenheiten der VR Polen einzumischen. Bei der Vorbereitung auf eine Beratung der NATO-Länder stellte Haig einigen Bündnispartnern neue „Beweise“ der CIA dafür zur Verfügung, daß die UdSSR an der Verhängung des Ausnahmezustands in Polen beteiligt worden sei. Ob diese „Beweise“ den Ausschlag gaben, ist schwer zu sagen. Auf jeden Fall fand die US-Administration bei den Bündnispartnern keine ungeteilte Begeisterung für die „Sanktionen“ vor. Wie die „New York Times“ schrieb, „sind sie nicht der Ansicht, daß solche Sanktionen dem polnischen Volk irgendwie helfen könnten. Haig verurteilt den Ausnahmezustand in Polen, nimmt jedoch hin, daß rechtsstehende Diktaturen in Mittelamerika die Freiheit unterdrücken.“

Vorläufig wird gesunder Menschenverstand in Washington kleingeschrieben. Es ist auch nicht anders zu erwarten, wenn doch Lügen, Verleumdungen und Desinformation dort zur Staatspolitik erhoben worden sind. ■



Zeichnung: N. Stscherbakow

die US-Geschäftswelt, sondern auch den Energieausschuß des Kongresses desinformiert hatte. Damals unternahm Turner es nicht einmal, die „Authentizität“ der von seinem Amt veröffentlichten Angaben zu beweisen. Er eröffnete einfach den Kongreßmitgliedern die Augen für die Ziele, die durch Verbreitung notorisch gefälschter Angaben verfolgt wurden. Nach der Reaktion zu urteilen, war man auf dem Kapitol mit den Erläuterungen zufrieden, und die spätere Entwicklung machte die Idealisten im Kongreß mundtot. Desinformation auf staatlicher Ebene bringt Profit. Das weiß die Reagan-Administration sehr wohl.

Vor Einführung des Ausnahmezustands in Polen meinten die politischen und propagandistischen US-Zentralen, die polnische „Krise“ könne ohne „äußere Einmischung“ überwunden werden. Im Oktober v. J. schrieb Außenminister Haig an eine Konferenz von Zeitungs- und Rundfunkredakteuren über Fragen der nationalen Politik: „Die entstandene Situation muß vom polnischen Volk und polnischen Regime geregelt werden.“ Damals war das begreiflich: Die USA bauten fest darauf, daß die Solidarność-Extremisten die Oberhand gewinnen würden.

Die Verhängung des Ausnahmezustands in Polen und die Entschlossenheit seiner Bürger, selbständig Ordnung

BERICHT AUS LEIPZIG

Von unseren Sonderberichterstatern
Boris PISTSCHIK und Michail PODWIGIN

Von Jahr zu Jahr kommen Geschäftsleute aus immer mehr Ländern nach Leipzig.

Die Sowjetunion nimmt seit langem an der Messe teil. Bescheiden nach unseren heutigen Vorstellungen nahm sich das Warenangebot des jungen Sowjetstaates auf der Leipziger Messe vor 60 Jahren aus. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ sprachen vom großen Aufsehen der russischen Ausstellung. „Sie besitzt gleichzeitig politischen, künstlerischen und literarischen Charakter.“ Bescheiden waren auch die ersten Abschlüsse. Heimgewerbeartikel für 40 000 Mark wurden verkauft, die Herstellung von 15 000 Meter Spitzen und 50 000 Meter Tischdecken wurde in Auftrag genommen.

Die diesjährige Frühjahrsmesse hat die Sowjetunion mit insgesamt 8000 Exponaten beschickt. Dazu gehören spanabhebende Werkzeug-

maschinen mit Computersteuerung, Landmaschinen, hochqualitative Stahlsorten, Lasertechnik, Modelle von Atomkraftwerken und Hüttenkombinaten, ferner thematisch vielfältige und polygraphisch gut gestaltete sowjetische Bücher in vielen Sprachen sowie die dem sonnen-Georgien gewidmete Sonderausstellung.

Im sowjetischen Ausstellungspavillon zeigte das Moskauer Werk „Krasny proletari“ eine Sonderschau seiner Werkzeugmaschinen — von der anspruchslosen Drehbank anno 1928 bis hin zu den neuesten, elektronisch gesteuerten Modellen.

Unser Warenaustausch mit der DDR wird im Zeitraum 1981—1985 nach dem Langzeitabkommen 58 Md. Rubel überschreiten. Nehmen wir nur einmal die sowjetische Außenhandelsvereinigung Energomachexport. In den letzten Jahren hat sie 1300 Dieselloks, 1500 Trafos, 10 000

Elektromotoren, 17 Stahlschmelzöfen und 75 Einheiten rollendes Material für die Eisenbahn geliefert. Die von Energomachexport verkauften Erzeugnisse werden von 500 Firmen und Betrieben in 73 Ländern eingesetzt, u. a. in allen sozialistischen Staaten sowie in den USA, Kanada, Frankreich, Großbritannien, der BRD, Italien...

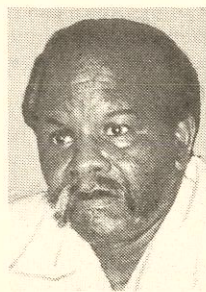
Die Sowjetunion, deren Wirtschaft kurzsichtige US-Politiker in den ersten Nachkriegsjahren völlig ruinieren wollten, als sie sich weigerten, selbst spanabhebende Werkzeuganlagen zu verkaufen, zeigt erneut, was die sozialistische Produktion und freie Arbeit zu leisten vermögen. Der Westen erhielt eine Lektion bei den Werkzeuganlagen ebenso wie bei den Rohren für Öl- und Gaspipelines... Wieviel Lektionen brauchen die politischen Cowboys eigentlich, damit sie endlich verstehen, daß keinerlei Boykotts und Sanktionen den Vormarsch des Sozialismus aufhalten können! Sagte ja Lenin vor 60 Jahren, vor der ersten sowjetischen Teilnahme an der Leipziger Messe, in einem Interview für den Korrespondenten des „New York Herald“: „Rußland braucht den Handel mit den bürgerlichen Staaten. Andererseits sind sich die bür-

INTERVIEW

OLIVER TAMBO:

„MIT UNS

DIE ZUKUNFT“



NZ-Mitarbeiter Sergej Petuchow sprach in Lusaka (Sambia) mit dem Präsidenten des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) Südafrikas Oliver TAMBO.

Welchen Einfluß auf die Entwicklung in der Region hat die Unterstützung der Reagan-Administration für das rassistische RSA-Regime?

Seit den Zeiten des deutschen Faschismus hat es wohl keine Regierung der Westmächte gewagt, so offen und schamlos den Rassismus zu unterstützen wie die Reagan-Administration. Deshalb ist jede Erklärung von Vertretern Wa-

shingtons mit der heuchlerischen Verurteilung der Apartheid nichts weiter als leeres Geschwätz. Für unser Volk besteht der Unterschied zwischen der jetzigen Administration und den bisherigen US-Regierungen nur im Grad des Zynismus ihrer ständigen Unterstützungspolitik für den rassistischen Staat. Deshalb war und bleibt unser Kampf gegen das Regime in Pretoria gleichzeitig auch der Kampf gegen den Weltimperialismus insgesamt. Und unser Sieg, an den wir glauben, wird auch

der Sieg aller antiimperialistischen Kräfte sein.

Mit der Bewaffnung der RSA und ihrer Unterstützung auf dem Weltchauplatz, darunter in der UNO, animieren die USA die Rassisten zu Aggressionen, die eine instabile Lage in der gesamten Region Südafrika schaffen. Das Schwert der Aggression der RSA richtet sich in erster Linie auf die sozialistisch orientierten Staaten wie Mosambik und Angola, aber auch auf andere Länder, die in manchen Fragen fortschrittliche Positionen einnehmen. Das üble Bündnis zwischen den USA und der RSA hat sich den Sturz der fortschrittlichen Regierungen im Süden Afrikas und deren Ablösung durch seine eigenen Marionetten zum Ziel gesetzt. Wir schließen nicht aus, daß die Reagan-Administration, in dem Bestreben, ihre Herrschaft mit Gewalt zu verankern, Pretoria auch zur Entfesselung eines ausgreifenden Krieges in der Region veranlassen könnte.

Die US-Imperialisten erkennen das Recht der freigewordenen Völker auf selbständige Entwicklung nicht an. Ob in Lateinamerika, im Nahen Osten, auf den kleinen Seychellen oder schließlich in unserer Region, überall organisieren die USA Diversionen gegen ihnen unliebsame Regierungen. Das ergibt für

gerlichen Regierungen wohl bewußt, daß ihr Wirtschaftsleben ohne Rußland nicht geregelt werden kann.“

Angesichts des dynamischen technischen Fortschritts haben es selbst die Fachleute nicht immer leicht, die Neuheiten in den verschiedenen Wissens- und Produktionsbereichen zu verfolgen. Führen nicht deshalb die großen internationalen Messen und Ausstellungen vor allem Konstrukteure, Bauleute und andere Praktiker zusammen? Die Leipziger Messe leistet Schrittmacherdienste beim Austausch wichtigster technischer Informationen, technologischer und organisatorischer Erfahrungen 220 Symposien und Vorträge zu verschiedenen Bereichen von Wissenschaft, Leitung, Produktion und Handel fanden hier wöchentlich statt — mit insgesamt 7000 Teilnehmern aus 30 Ländern. Das ist eine Rekordleistung gegenüber den Vorjahren.

Siegfried Fischer, Generaldirektor des Messeamtes, fand erst am Samstag, als man sich in vielen Pavillons schon zur Abreise rüstete, Zeit für ein Gespräch mit uns.

Er sagte, die Erwartungen zur diesjährigen Frühjahrsmesse hätten sich erfüllt. Groß war die internationale Teilnahme — 68 Länder plus

Westberlin, 9000 Aussteller, etwa eine halbe Million Besucher aus 109 Ländern.

Nie zuvor hatte die Messe so viele prominente Geschäftsleute zusammengeführt. Wie stets beteiligten sich die sozialistischen Länder. Erstmals war die VR Kampuchea vertreten. Zudem hatten viele Entwicklungsländer (Algerien, Angola, VR Kongo, Indien, Marokko, Moçambique und Thailand) ihre Ausstellungsfläche vergrößert. Während die Entwicklungsländer früher vor allem als Exporteure von Rohstoffen und Agrarprodukten auftraten, demonstrierten viele in diesem Frühjahr Industrieerzeugnisse sowie Erfolge in Metallbearbeitung und Medizin.

In der komplizierten internationalen Lage war schwerlich eine breite Teilnahme kapitalistischer Länder zu erwarten. Doch Leipzig besuchten offizielle Delegationen Kanadas, Australiens und Portugals, eine große Handelsdelegation Japans sowie Minister Österreichs und Dänemarks. Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Industrie- und Handelstages der BRD, bemerkte in einem Gespräch, in seinem Land und nicht nur dort habe die Presse die Chancen der Leipziger Messe im

Februar und selbst noch Anfang März pessimistisch eingeschätzt.

Die Presse suggerierte, eine Reise nach Leipzig sei sinnlos, sagte er weiter. Doch hätten sich gute Möglichkeiten für einen erfolgreichen Ost-West-Handel geboten.

Im Pavillon Nr. 18 (elektronische und Meßgeräte) stießen wir immer wieder auf amerikanische Reklame. Unter Schirmherrschaft des US-Handelsministeriums unterhielten hier amerikanische Firmen eine Gemeinschaftsausstellung.

„Die Elektronik gehört doch zu den Erzeugnissen, die unter das bekannte Exportverbot für ‚strategische Güter‘ in die sozialistischen Länder fallen“, bemerkte einer unserer Begleiter.

Jean-Daniel Dauchy, Manager der Millipore Corp., sagte dazu:

„Was heißt hier Verbote! Ich meine, die geschäftliche Zusammenarbeit kann nicht zerstört werden. Das ist einfach unmöglich! Geht es ja nicht nur um Politiker, sondern vor allem um Menschen, die gemeinsam arbeiten. Unsere Firma hat Mitarbeiter, die seit langem und erfolgreich Handel mit den sozialistischen Ländern treiben, die sich ein halbes Jahr in Moskau oder, sagen wir, in

die Befreiungsbewegung ernsthafte Probleme. Die jungen unabhängigen Staaten brauchen Frieden, deshalb können wir einer Politik, die deren Sicherheit bedroht, nicht gleichmütig gegenüberstehen. Alle Friedenskräfte müssen sich gegen die gefährliche Politik Reagans wehren. Darin sehen wir eine weitere wichtige Front der Aktionseinheit.

Die militärischen Formationen des ANC „Umkhonto we sizwe“ (Speer der Nation) verstärken in jüngster Zeit die bewaffneten Überfälle auf wichtige Objekte im Innern der RSA. Welche Rolle spielen sie im gesamten Kampf des ANC?

Alle bewaffneten Aktionen in der RSA werden von Formationen der „Umkhonto we sizwe“ ausgeführt. In den letzten vier Jahren nahm die Anzahl solcher Operationen ständig zu. 1981 begannen sie außer strategischen Objekten auch die Mannschaften des Gegners anzugreifen. Jetzt ist eine Phase eingetreten, da unsere Aktionen immer mehr die Form direkter Zusammen-

stöße mit den bewaffneten Kräften des Rassismus annehmen werden. Die Stärke unserer Kampfformationen wächst und wir sind in der Lage, gleichzeitig in vielen Bezirken zuzuschlagen.

Gegenwärtig werden Aktionen geplant, die zeigen sollen, daß es für das Volk Südafrikas an der Zeit ist, unmittelbar für den Sturz des schändlichen Apartheidsystems zu kämpfen. Wir haben Waffen. Aber wir können uns natürlich nicht auf sie allein verlassen. Wir müssen eine umfassende Volksbewegung entfalten, die sich wesentlich von dem gegenwärtigen Kampf der Werktätigen unter vorwiegend ökonomischen Lösungen unterscheidet. Wir müssen alle Mittel des Kampfes — politische und militärische — einsetzen und ihn breitangelegt führen, um die grundsätzliche Veränderung der gesamten Lage in Südafrika zugunsten der antirassistischen Kräfte zu erreichen.

Die Afroasiatische Solidaritätsorganisation hat gemeinsam mit dem ANC 1982 zum Jahr der Aktionseinheit bei der Unterstützung der Kämpfer gegen das rassistische RSA-Regime erklärt.

Worin liegt die Bedeutung dieser Kampagne?

Der ANC besitzt die breite internationale Unterstützung verschiedenster Kreise. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, daß der Kampf der Völker gegen Kolonialismus, Rassismus und Apartheid, darunter auch der Kampf unseres Volkes, stets von der Sowjetunion unterstützt wurde. Dabei beschränkt sich die Unterstützung der um ihre Befreiung kämpfenden Völker nicht nur auf politische oder diplomatische Aktivitäten, die an und für sich sehr wichtig sind, sondern schließt auch materielle Hilfe ein. Diese Hilfe drängt die UdSSR entgegen den Behauptungen der westlichen Propaganda keineswegs auf, sondern leistet sie auf Bitten.

Angesichts dieser edelmütigen Unterstützung wirkt die Haltung der anderen Weltmacht, der USA, besonders schäbig, da sie sich Verbündete unter Faschisten, Unterdrückern, Ausbeutern, unter Regimes sucht, die sich überlebt haben und keinerlei Perspektive besitzen.

Gemeinsam mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern repräsentieren wir die Kräfte des Fortschritts, denen die Zukunft gehört.

Lusaka, im März

Sofia aufhalten. Nein, diese Beziehungen lassen sich nicht zerstören."

39 US-Firmen stellten auf der Leipziger Frühjahrsmesse, dem ersten bedeutenden internationalen Handelsforum in einem sozialistischen Land nach dem Sanktionsrummel der US-Administration, aus. In dem umfangreichen Messekatalog entdeckten wir die Namen fast aller führenden Firmen Europas und Japans.

Nokori Yokoyama, ein junger Ingenieur, der Industrieroboter der Firma Fanuc demonstrierte, ist sehr stolz, daß sein Exponat Messsegold erhielt. Er sagte:

„Wir haben hier viele interessante Aufträge von Unternehmen und Firmen erhalten. Das läßt auf gute Abschlüsse hoffen.“

Als wir aber auf die beiden entgegengesetzten Tendenzen, auf die Anhänger und Gegner eines normalen Ost-West-Handels zu sprechen kamen, sagte Yokoyama entschieden:

„Meine Firma kennt nur eine Tendenz — den Handel mit allen Ländern, darunter mit der Sowjetunion. Wir schätzen solche Partner und hoffen auf noch bessere Kontakte mit Ihrem Lande.“

Bereits zwei Jahrzehnte arbeitet der bedeutende italienische Konzern ENI mit den sozialistischen Staaten zusammen. Über zehn Jahre wirkt dabei Adele Fettaruppa Sandri, Direktorin der Abteilung für Verbindungen zur UdSSR und den anderen RGW-Ländern, mit.

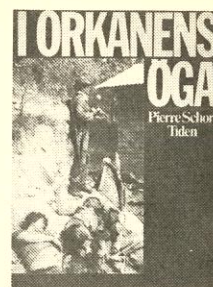
„Wir arbeiten erfolgreich zusammen“, sagte sie. „In Leipzig vereinbarten wir, der DDR modernste Textilanlagen für einige Millionen Dollar zu liefern. Gute Aussichten versprechen uns die hier geführten Verhandlungen mit Vertretern Mozambiques und Angolas.“

Als wir mit Bertil Tenn, dem Leiter des Pavillons des großen schwedischen Konzerns ASEA, sprachen, trafen Zeitungen mit Leonid Breschnews Rede auf dem Moskauer Gewerkschaftskongreß ein. Wir lasen dem schwedischen Gesprächspartner jene Stelle in der Rede vor, wo die Blockade- und Sanktionspolitik angeprangert wurde.

„Schweden ist ein neutrales Land“, sagte Herr Tenn. „Woran ich interessiert bin, das sind gute Wirtschaftsbeziehungen zu allen Ländern. Deshalb habe ich nie einen Sinn in Sanktionen gesehen. Ich meine, daß Sanktionen für den friedlichen Handel und ein ruhiges Leben der Menschen nicht nur unnötig sind, sondern schädlich und dumm.“

Leipzig, im März

WER STÄRKT DIE MÖRDER?



Der Assistent des US-Staatssekretärs für Menschenrechtsprobleme E. Abrams befließte sich im Februar auf einer Pressekonferenz eines mathematischen „Beweises“, in El Salvador sei in puncto Menschenrechte ein Fortschritt zu verzeichnen: 1980 wären dort 9000 Menschen umgebracht, 1981 jedoch lediglich 6000 (!). Eine bessere Charakteristik der US-Menschenrechtskonzeption ist wirklich kaum denkbar.

Das in Stockholm erschienene Buch eines Funktionärs der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens Pierre Schori „Im Epizentrum des Hurrikans“ („I orkanens öga“, Tidens förlag, Stockholm 1981) brandmarkt den US-Imperialismus, der seine Marionetten in Mittelamerika zur schonungslosen Niederwerfung demokratischer Befreiungskräfte anhält.

Ein Untertitel des Buches heißt: „Vor allem USA-Rechte (lies: Interessen — J. K.), dann Menschenrechte“. Diese Parole steht ganz im Einklang mit Präsident Reagans Offenbarungen, die Menschenrechte wären von „Liberalen ausgedacht“, die Washington daran hindern wollen, mit antikommunistischen Diktaturen in Lateinamerika Freundschaftsbeziehungen anzuknüpfen. Reagans Kredo wird vom Autor mit Beispielen illustriert, die einem das Blut gerinnen lassen. Hier einige davon.

April 1981. Guatemala, Provinz Chimaltenango. Halsabschneider der „Geheimen Antikommunistischen Armee“, die nach dem Modell der amerikanischen „Green Berets“ gebildet wurde, töteten 23 Landarbeiter. Dabei wird einem Mädchen, das für ihren Vater eintrat, der Kopf abgehackt.

September 1981. El Salvador. Es wird bekannt, daß auf dem Schlachthof der Quality Meats, die Fleisch nach den USA exportiert, den Patrioten El Salvadors die Köpfe abgehackt und die Leichen zur Schau ausgestellt werden, um andere einzuschrecken.

August 1980. In Honduras tauchen an der Grenze zu El Salvador US-Militärberater auf, die die dortigen Soldaten unterweisen, wie diese mit Flüchtlingen aus El Salvador umgehen sollen. So nehmen jetzt die Soldaten den Flüchtlingen mit Gewalt die Kinder, Mädchen werden

vergewaltigt, Säuglinge in die Luft geworfen und aufgespießt.

Und wenn die Instrukteure aus den USA dies nicht mit ihren eigenen Händen tun, so müssen sie trotzdem zur gleichen Verantwortung vor Gericht gezogen werden, wie die von ihnen gedrillten Mörder, u. zw. als Mitbeteiligte. Dafür gibt es völkerrechtliche Bestimmungen, die in der Völkerrechtspraxis angewandt werden. Dies hebt der Autor hervor.

Die Machthaber von El Salvador und Guatemala lassen morden, weil ihnen unmittelbar Washington den Rücken steift. Kirkpatrick, US-Chefdelegierte in der UNO und Mitglied der US-Regierung, mußte in einer Stellungnahme zu den Foltern und Morden in El Salvador zugeben: Ein Volk, das ein Leben mit dem Schwert in der Hand wählt, muß auch bereit sein, zu sterben.

Schori stellt fest, daß die USA aus dem mißlungenen Vietnam-Abenteuer nichts gelernt haben. Die Vietnamerfahrungen des Pentagon werden nun in El Salvador „genutzt“. Die Junta hat vor, unter US-Führung das Land in Zonen einzuteilen und diese von Oppositionskräften zu säubern, damit Ende März „allgemeine Wahlen“ abgehalten werden, die das Regime legalisieren sollen. Für El Salvador ist ein Programm von Reformen vorgesehen, das ein Abklaten des vietnamesischen „Befriedungsprogramms“ von 1968 ist. Zugleich werden dorthin neue Waffen geliefert und auf US-Stützpunkten Banditen für die Junta-Streitkräfte gedrillt.

Für unbotmäßige demokratische Regimes wie z. B. in Nicaragua haben die USA diverse Mittel parat. Das aus ultra-rechten US-Reaktionären bestehende Santa-Fe-Komitee wurde schon vor der Reagan-Präsidentschaft gebildet, es mischt bei der Lateinamerika-Politik der USA mit und hat einen strategischen Plan gegen die Befreiungsbewegung in Mittelamerika aufgestellt. Unter anderen Druckmitteln empfiehlt es die Mani-

pulierung mit Lebensmittel- und Wirtschaftshilfe.

Washington verweigert Getreidelieferungen für Nicaragua. Hätte das Land aber auf seine selbständige Entwicklung verzichtet, so wären die USA natürlich „hilfbereit“. Die Autoren des Wahlprogramms der republikanischen Partei der USA drücken ihr Bedauern wegen des Sieges der Sandinisten in Nicaragua aus und erklären sich bereit, jene Länder zu unterstützen, die sich dem „Export von Aufständen und Gewalt“ (gemeint ist die Befreiungsbewegung — J. K.) widersetzen werden.

Einer von jenen Amerikanern, die Reagans Politik ablehnen, ist der ehemalige US-Botschafter in El Salvador, Robert White. Er äußerte, die Behauptung, daß die Lateinamerikaner nicht selbständig leben können, sei ein „rassistischer Noncens“.

Der Kampf gegen Diktaturen und für Demokratie nimmt in Lateinamerika mit jedem Tage zu. Pierre Schori stellt mit Recht fest, daß das Weiße Haus nolens volens das Recht der Völker dieser Region auf Selbstbestimmung berücksichtigen muß.

In den USA und im Ausland wächst die Entschlossenheit, in El Salvador ein zweites Vietnam nicht zuzulassen.

Der abenteuerliche Kurs Reagans in Mittelamerika wird auch in Westeuropa immer lauter verurteilt. Frankreichs Präsident Mitterrand sagte in einem Interview für den „Monde“: „Hinsichtlich der US-Politik in Mittelamerika habe ich z. B. weitgehende Vorbehalte, um nicht mehr zu sagen. Die Völker dieser Region wollen der Oligarchie ein Ende bereiten, die sich auf eine blutige Diktatur stützt, diese Völker auspowert und unterdrückt... Warum soll unter diesen Umständen ein Volksaufstand unmöglich sein?“

Pierre Schoris Buch entlarvt die imperialistische Politik der USA in Mittelamerika, es zeigt das wahre Gesicht der mittelamerikanischen Diktaturen und schildert die Wahrheit über den Kampf der Völker der Region, die als Herren in ihrem Haus, frei und unabhängig, leben wollen.

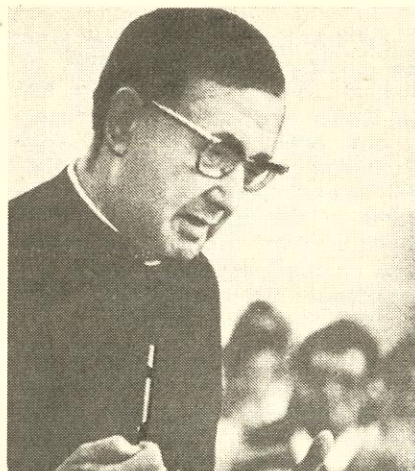
J. KONENKOW

KREUZRITTER DES 20. JH.

Lasar WELIKOWITSCH

Unter den im Päpstlichen Jahrbuch aufgeführten katholischen Organisationen findet sich auch das „Opus Dei“ (lat.: „Werk Gottes“). Sie wird dort als „Vereinigung treuer Katholiken“ charakterisiert, die „ihr Leben der Suche nach Heiligkeit widmen, wobei sie ihre Berufspflichten in der Welt erfüllen“. In letzter Zeit hat die dem breiten Publikum kaum bekannte Tätigkeit des „Opus Dei“ die Aufmerksamkeit der westlichen Presse gefunden.

Was stellt diese halbgeheime katholische Gemeinschaft dar? „Opus Dei“ wurde 1928 in Spanien von einem ehemaligen Rechtsanwalt und späteren Priester, José Maria Escrivá de Balaguer, gegründet. In den ersten 15 Jahren ihres Bestehens spielte sie keinerlei bedeutende Rolle im gesellschaftlichen und politischen Leben des Landes. Der Ordensgründer floh aus dem re-



José Maria Escrivá de Balaguer, der Gründer von „Opus Dei“

publikanischen Spanien und kehrte 1939 in Francos Troß zurück.

Die katholische Kirche erkannte nicht gleich die „Priestergemeinschaft vom Heiligen Kreuz und Opus Dei“ an, wie sich de Balaguers Organisation anfangs nannte. Erst Anfang 1941 wurde ihr offizieller kirchlicher Status verliehen, als der Madrider Erzbischof sie zu einer Diözesanvereinigung erhob. Mehr als

zwei Jahre später erkannte der Vatikan sie als eines seiner weltlichen Institute an. 1950 wurde das „Opus Dei“ vom Vatikan als erster weltlicher Orden bestätigt.

Der Kern des Ordens wird von sogenannten Numerari gebildet. Sie leben in Gemeinden, heiraten nicht und geben drei Gelöbnisse — der Armut, der Keuschheit und des Gehorsams. Die aktivsten von ihnen werden zum Priester geweiht. Eine wichtige Rolle spielen die sogenannten Supernumerari, die sich nicht durch irgendwelche Gelöbnisse binden: Sie sammeln Gelder für den Orden.

Überhaupt bilden Laien die überwiegende Mehrheit der Ordensmitglieder. Obgleich die Geistlichen nur 2% der Mitgliederzahl ausmachen, spielen sie die erste Geige, wobei sie sich geschickt die Religion für ihre eigenen politischen Ambitionen zunutze machen. „Opus Dei“ ist also eine politisch-religiöse Organisation, der Technokraten — Industrielle, Bankiers, Besitzer von Verlagen, Informationszentralen und andere Personen mit realer wirtschaftlicher Macht — angehören. Mit deren Hilfe versucht die Organisation, Einfluß auf das gesellschaftlich-politische Leben kapitalistischer Länder zu nehmen. Die Führer des „Opus Dei“ sind bemüht, Technokraten zur Bearbeitung der werktätigen Massen einzusetzen. Eben hierfür baut der Orden eigene Zentren in den Arbeitervierteln der Großstädte auf, eröffnet allgemeinbildende und Berufsschulen für Arbeiter.

„Theologie der Penetration“

In seiner Tätigkeit zur Ausweitung des Einflusses sowohl in der Kirche als auch im gesellschaftlich-politischen Leben der kapitalistischen und Entwicklungsländer stützt sich der Orden auf die „Theologie der Penetration“, d. h. die Infiltration verschiedener Bevölkerungsschichten. „Opus Dei“ ist am wenigsten an der Ausarbeitung rein theologischer Fragen interessiert. Die Organisation ist mit praktischen Dingen befaßt. Sie will die Schlüsselpositionen im wirtschaftlichen und politischen

Leben ergreifen. Die Funktionäre von „Opus Dei“, die mit der ideologischen Bearbeitung von Studenten, Beamten, Ärzten und ingenieurtechnischen Mitarbeitern begannen, widmeten stets der Einbeziehung von Katholiken, die führende Posten in großen Industrie- und Handelsfirmen, in Parteien, Nachrichtenagenturen und Verlagen bekleiden, besondere Aufmerksamkeit.

Seinerzeit war es Ordensvertretern gelungen, feste Positionen in den herrschenden Kreisen Franco-Spaniens zu erringen. In den 60er Jahren begannen Technokraten, von denen viele die Interessen des Ordens vertraten, eine immer größere Rolle in der Regierung zu spielen. Die Ordensleute infiltrierten die Ministerien, die nächste Umgebung Francos. Den größten Einfluß erreichte die Organisation Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, obgleich zwei ihrer Vertreter bereits 1957 wichtige Posten in der Regierung Spaniens erhalten hatten: der eine als Finanz-, der andere als Handelsminister. 1969 waren 18 Minister Mitglieder des Ordens oder standen unter dessen Einfluß. Die Teilnahme von Ordensleuten an der Regierung Spaniens rief die Unzufriedenheit jener Kräfte hervor, auf die sich das Franco-Regime traditionell stützte. Doch auch nachdem 1974 die Ordensleute von der Macht verdrängt worden waren, unterstützten sie weiter Franco.

Nach Francos Tod war es den Ordensoberen angelegen, die Macht der reaktionären Bourgeoisie zu erhalten. In den ersten Jahren der nachfranquistischen Periode mußten sie eine abwartende Haltung einnehmen. Jetzt versucht „Opus Dei“ seinen früheren Einfluß in Spanien als Kraft, die dem Marxismus und überhaupt fortschrittlichen Veränderungen feindlich gegenübersteht, wiederherzustellen. So waren im 1977 gewählten Unterhaus des spanischen Parlaments 60 Abgeordnete so oder anders mit „Opus Dei“ liiert. Diese Parlamentarier vermochten in einer Reihe von Fällen, insbesondere bei der Diskussion über Verfassungsartikel zu den Beziehungen Staat—Kirche, über Fragen der Familie und Ehe, dem Kongreß ihre Auffassung aufzuzwingen. Bei den nachfolgenden Wahlen konnten die Ordensleute die Zahl „ihrer“ Abgeordneten auf 71 (von insgesamt 350) erhöhen. Das sind vor allem Mitglieder der Union des Demokratischen Zentrums sowie der „Demokratischen Koalition“. „Opus Dei“ lancierte die nötigen Leute auch in andere einflußreiche Organisationen.

Recht fest sind die Positionen des Ordens in Spaniens Wirtschaft. Er verfügt über ein bedeutendes Kapi-

tal. Unter seinem Einfluß stehen 25 000 Bankangestellte. „Opus Dei“ kontrolliert diverse Banken und Baugesellschaften. So ist der Präsident der Banco Español de Crédito ein namhafter Ordensmann, unter Franco war er Minister für wirtschaftliche Planung. Einer der größten Konzerne Spaniens, die Rumasa mit 21 Banken und 13 Firmen, beschäftigt mehr als 37 000 Arbeiter. An seiner Spitze steht gleichfalls ein namhafter Ordensmann. Das zeigt, daß das Monopolkapital auch jetzt „Opus Dei“ unterstützt und die „Theologie der Penetration“ fördert.

Ihren Einfluß auf das Wirtschaftsleben nutzen die Ordensbrüder für politische Zwecke. Wie die Zeitschrift „Demokratisches Shurnalist“ konstatierte, unterhält „Opus Dei“ in Spanien engen Kontakt zu den konservativsten Kräften des Landes und letztlich zu den hinter ihnen stehenden USA. Der Orden hat seine Leute in den Monopolen einiger kapitalistischer Länder. Die Stellung und die Karriere eines Geschäftsmanns, Direktors einer Bank oder Firma, eines Journalisten hängt in Spanien, und bisweilen nicht nur dort, weitgehend vom Wohlwollen der Ordenoberen ab.

Mit Pinochet freund

Aus dem Hauptquartier von „Opus Dei“ in Rom, wohin es 1947 aus Madrid verlegt wurde, ziehen sich die Fäden in 87 Länder, insbesondere nach Spanien, in die BRD, nach Großbritannien und Chile. Die Zahl der Ordensmitglieder hat 1980 westlichen Pressemeldungen zufolge 75 000 erreicht. Überall unterstützt diese politisch-religiöse Organisation reaktionäre Regimes, kämpft gegen die demokratischen Kräfte.

Bezeichnend ist ihre Rolle bei der Vorbereitung des faschistischen Militärputsches in Chile vom September 1973. Lange Zeit führten Ordensleute über von ihnen kontrollierte Zeitschriften und Zeitungen einen ideologischen Kampf gegen die Regierung Allende. Die dortige Ordenssektion organisierte auch wiederholt konkrete subversive Aktionen. Pinochet wußte die Verdienste der chilenischen Ordensleute gebührend zu würdigen: Die Ordensführer erhielten wichtige Posten im Apparat der faschistischen Militärjunta.

„Opus Dei“ agiert überall als rechtsextreme Organisation, die zum Kreuzzug gegen den Kommunismus aufruft. Die Ordensführer verlangen von ihren Untergebenen, bei der Wahl der Mittel nicht wählerisch zu sein. Dabei wenden sie die drei Ge-

bote de Balaguers aus der Bekenntnisschrift „Cammino“ („Weg“) an: die heilige Unversöhnlichkeit, den heiligen Zwang und den heiligen Wagemut. Der französische Journalist Ivon Le Vaillant, der sich lange mit der Tätigkeit von „Opus Dei“ befaßte, fand genug Gründe, um die Ordensleute als „Kreuzritter des 20. Jh“ zu bezeichnen und hinzuzufügen: „Die Kreuzritter unseres Jahrhunderts haben weder Scham noch Gewissen.“

„Opus Dei“ bezeichnet die Wiedergeburt des Katholizismus als sein Hauptziel. Der Zeitschrift „Cronica“, dem offiziellen Ordensorgan, zufolge hat die katholische Kirche ihren Weg verlassen. Deshalb sei es die Aufgabe, sie auf den richtigen Weg zurückzuholen und mit allen Mitteln ihren Einfluß in der Welt zu verstärken. Die Ordensoberen meinen, die Politiker und Staatsmänner westlicher Länder sollten zur Hebung der Rolle der Kirche beitragen. In Wirklichkeit aber geht es den Ordensvätern keineswegs um kirchliche Anliegen, sondern um die Bewahrung und Festigung des kapitalistischen Systems. Die „freie Welt“, tönen sie, solle sich nicht auf Staaten beschränken, die „sich zur Demokratie“ (natürlich zur bürgerlichen) „bekennen“, sondern alle Länder mit antikommunistischen Regimes einbeziehen, die also in theoretischer Hinsicht eine „dynamische Haltung“ gegenüber der Demokratie zeigen. Hierbei propagieren die „Opus-Dei“-Ideologen ihre Konzeption der Demokratie. Sie suchen die Unnötigkeit der Ideologie zu beweisen, da der Staat sich angeblich durch die Erreichung von ausschließlich pragmatischen Zielen legitimiert. Die Ordensleute durchdenken neu auch die Konzeption der Freiheit. Ihrer Meinung nach wird Freiheit von Wohlstand bestimmt. Deshalb verurteilt „Opus Dei“ jegliche soziale Aktionen, da sie eine Hebung des Wohlstandes verhinderten, und folglich liege ihre Unterdrückung im Interesse des Volkes.

Geleitet von solchen Theorien unterstützen die Ordensbrüder die reaktionärsten Diktaturen. Jedes Ordensmitglied soll seine Macht für ein konkretes Ziel einsetzen — die Ideale des integralistischen Katholizismus und der rechten politischen Kräfte zu verwirklichen, heißt es in einem Geheimdokument des Ordens.

Die heilige Mafia

Die Arbeitsformen des Ordens sind vielfältig und meistens religiös verbrämt. So wurde die von ihm 1952 gegründete Navarra-Universität

in der spanischen Stadt Pamplona 1960 vom Vatikan als katholische Universität bestätigt. An ihr werden künftige Journalisten verschiedenen Profils und Geschäftsleute ausgebildet. Der Schwerpunkt liegt auf ihrer Erziehung in antikommunistischem Geist, wobei sie zu aktiven Anhängern des „Opus Dei“ gemacht werden sollen. Der Orden will überall seine Leute im Bildungssystem haben. Ordensleute haben sogar die berühmte Universität Oxford infiltriert, was übrigens auf Widerstand stieß. „Opus Dei“ hat seine Fühler zu insgesamt 497 Hochschulen vieler Länder ausgestreckt.

Bezeichnend für die Tätigkeit des Ordens ist, daß er es vorzieht, seine Teilnahme an allen von ihm „betreuten“ Organisationen zu verschleiern. Die Machenschaften hinter den Kulissen, die engen Verbindungen zu den „Herrschenden dieser Welt“ und die Skrupellosigkeit bei der Wahl der Mittel — all das ließ die italienische Zeitschrift „Panorama“ das „Opus Dei“ mit einer Freimaurerloge vergleichen. Der Journalist Le Vaillant ging noch weiter, als er den Orden „heilige Mafia“ nannte.

Ein wichtiger Kanal, der von dieser Mafia zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und zur Propaganda der eigenen Ansichten umfassend genutzt wird, sind die Massenmedien. „Opus Dei“ kontrolliert 52 Rundfunk- und Fernsehsender, 38 Nachrichtenagenturen, 12 Filmproduktions- und -verleihgesellschaften. Der Orden will ständig den eigenen Leuten Schlüsselpositionen in den Massenmedien zuschanzen. So wurden vor gar nicht langer Zeit vier seine Mitglieder zu Stellvertretern des Generaldirektors des spanischen Fernsehens ernannt. In seinen Händen ist auch die Agentur Europa Press. Der Orden hat einen gewissen Einfluß auf die Zeitung „Ya“ und auf andere Periodika.

„Opus Dei“ in der Offensive

In letzter Zeit strebt der Orden nach immer größerem Einfluß auf die katholische Kirche, auf den Vatikan. In der westlichen Presse wurde sogar die Meinung geäußert, der Orden habe über mit ihm liierte Kardinäle einen gewissen Einfluß auf die Konklaven von 1978 und die Wahl des Oberhauptes der katholischen Kirche gehabt. Sicher ist nur: Papst Johannes Paul II. hat bereits als Kardinal großes Interesse für das „Opus Dei“ bekundet und Vorträge in Lehrstätten dieser Organisation und in ihrem Römer Hauptquartier gehalten. Ende 1979 schenkte Johannes Paul II. allen Mitarbeitern des

Vatikanischen Staatssekretariats das Buch eines vom Orden kontrollierten Verlages mit seinen Vorträgen vor jungen Ordensleuten. Bezeichnend ist auch, daß er im August 1978 bei der Beerdigung von Paul VI. am Grabe des berüchtigten Escriva de Balaguer betete.

Im Vatikan tauchten nun Ordensdelegationen, denen Audienzen beim Papst gewährt wurden, auf. Im August 1979 empfing Johannes Paul II. eine Delegation, der Gliederungen des Ordens aus 22 Ländern angehörten. Der Pontifex maximus hielt vor ihnen eine Rede, in der er die Ideale des „Opus Dei“ pries und die Ordensleute aufrief, treu zur katholischen Kirche zu stehen. Ein Jahr später waren Pilgerinnen einer Frauensektion des Ordens zu Gast im Vatikan.

Diese verstärkte Aufmerksamkeit der römischen Kurie für das „Opus Dei“ wurde von der westlichen Presse bemerkt. Ist ja die Verstärkung des Einflusses dieser mächtigen Gesellschaft ein offenes Geheimnis, schrieb insbesondere die linkskatholische französische Zeitschrift „Témoignage Crétien“. Das italienische Nachrichtenmagazin „Panorama“ konstatierte, die Vertreter vom „Opus Dei“ würden offenbar die Jesuiten aus vielen wichtigen Positionen verdrängen. In ihren Plänen zur Verstärkung der Positionen der katholischen Kirche räumt die römische Kurie weltlichen Organisationen, die Erfahrungen mit dunklen Machenschaften und einer gut getarnten Tätigkeit haben und mit den reaktionärsten Kreisen der „freien Welt“ liiert sind, großen Platz ein. Gerade deshalb erfreut sich das „Opus Dei“ des Wohlwollens des Vatikans.

Vor einiger Zeit beschlossen die Führer des Ordens, eine Veränderung seines Status durchzusetzen, wobei sie sich den Beginn des neuen Pontifikats zunutze machten. 1979, vier Monate nach dem Konklav, das Kardinal Wojtyla zum Papst wählte, trat Alvaro del Portillo, Generalsekretär des „Opus Dei“, mit der Bitte an den Vatikan, Mitglieder des Ordens — Geistliche wie Laien — der Jurisdiktion der 500 Diözesanbischöfe in verschiedenen Ländern zu entziehen, damit sie nur ihrem Generalpräsidenten unterstellt wären.

Eine ähnliche Bitte hatte Escriva de Balaguer bereits 1962 geäußert, doch fand sie im Vatikan kein Gehör. Jetzt beschloß Portillo im Interesse des „Opus Dei“ eine gewisse Abkühlung in den Beziehungen zwischen der römischen Kurie und dem Jesuitenorden zu nutzen, was durch dessen Versuche ausgelöst wurde, in einzelnen Fragen im Widerspruch zur

Linie des Vatikans zu handeln. Er begründete seine Bitte damit, daß die katholische Kirche durch eine Reorganisation ein mobiles Corps von Priestern und Laien erhalten würde, die noch aktiver verschiedene Bereiche — Parteien, Finanz- und Industriekreise, Massenmedien — durchsetzen könnten.

Portillo hatte sich nicht verrechnet. Diesmal fand die Bitte der Ordensoberen die Unterstützung des Papstes selbst, der den Vorsitzenden der Bischofskongregation, Kardinal Sebastiano Baggio, damit beauftragte, die Empfehlungen für eine positive Entscheidung vorzulegen.

Die Pressemeldung über die Pläne für eine Statusänderung des Ordens rief Verwirrung in katholischen Kreisen hervor. Stimmen wurden laut, diese religiös-politische Organisation versuche, eine Kirche in der Kirche, eine Parallelkirche zu bilden. Im Grunde ging es um die Erweiterung der Infiltrationsmöglichkeiten des Ordens in verschiedenen einflußreichen Kreisen. Die Bischöfe einiger Länder protestierten gegen die Ansprüche des „Opus Dei“. Der Lärm um die Pläne des Ordens zwang diesen zu dementieren, daß eine solche Bitte an den Vatikan erging. Doch die westliche Presse behauptet, der Ordensleiter habe sich mit einer entsprechenden Bitte an den Vatikan gewandt, und diese werde in nächster Zeit erfüllt.

Zweifelsohne orientiert sich die römische Kurie jetzt immer mehr auf das „Opus Dei“. Der Orden hat die Unterstützung auch der katholischen Hierarchie einer Reihe westlicher Länder. Joseph Kardinal Höffner (Köln), der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz der BRD, sprach wiederholt in Lehranstalten des Ordens. Der Essener Bischof Hengsbach, katholischer Oberhirte der Bundeswehr, erhielt die Ehrendoktorwürde der „Opus Dei“-Universität in Navarra. Liert mit der heiligen Mafia ist auch López Trujillo, Vorsitzender der Bischofskonferenz von Lateinamerika, einer der reaktionärsten Kleriker des Subkontinents. Großen Einfluß hat der Orden Pressemeldungen zufolge auf das katholische Episkopat der Philippinen.

Zugleich hat das „Opus Dei“ unter dem katholischen Klerus auch namhafte Gegner. Einer von ihnen ist Kardinal Tarancon, Erzbischof von Madrid und bis vor kurzem Vorsitzender der spanischen Bischofskonferenz. Wie die italienische Zeitschrift „Astrolabio“ schrieb, erklären sich die Proteste einiger katholischer Amtsträger Spaniens gegen Veränderungen im Status des „Opus Dei“ durch deren Befürchtungen, dies würde eine Verstärkung des Ein-

flusses des Ordens auf den Vatikan, auf die katholische Weltkirche zur Folge haben.

So waren die Reibungen und Differenzen zwischen einem Teil der katholischen Hierarchie Spaniens und dem Orden keineswegs durch dogmatische, theoretische Meinungsverschiedenheiten bedingt, wie manche behaupteten, sondern durch den Unterschied der politischen Positionen. Bezeichnenderweise ist die römische Kurie Ende des letzten Jahrzehnts entschieden auf die Seite des Ordens getreten. Sie verlangte vom Klerus, den Kampf gegen den Orden zu beenden, wobei sie andernfalls mit Amtsenthebung drohte.

* * *

„Die glänzende Figur eines Supermanns, eines stolzen, wagemutigen

und entschlossenen Ritters des Herrn, gewohnt, seine Vorgesetzten in den Himmel zu heben, doch sonst alle anderen verachtend, beflissen und unauffällig, diszipliniert bis zum äußersten, unduldsam und hart“ — das verlangte De Balaguer in einem der 999 Sprüche des Bekenntnisbuches „Cammino“ von den Ordensmitgliedern. „Du bist geboren, um Erzieher zu sein“, suggerierte der Gründervater. Und die in diesem Geiste bearbeiteten Kreuzritter des 20. Jh. scheuten und scheuen keine Mühe, um die wahre Mission des „Opus Dei“ zu erfüllen — die allseitige Festigung der Positionen dieser politisch-religiösen Organisation, die mit den reaktionärsten Kreisen des Monopolkapitals liiert ist.

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Lektion 16

Übung. Übersetzen Sie ins Deutsche.

II. ПОДВИГИ И ГЕРОИ

3. Народные мстители

Великая Отечественная война была поистине всенародной войной. Оккупированная врагом советская территория стала ареной массовой битвы патриотов с фашистскими захватчиками. Партизанские отряды совершали диверсии, уничтожали оккупантов, собирали и передавали в тыл сведения о противнике. В течение всей войны в составе партизанских формирований и подполья боролись с врагом более миллиона активных бойцов. Немцы еще до начала войны с Советским Союзом предусматривали возможность действия советских патриотов и выделили для борьбы с ними специальные карательные дивизии. Но с первых же сражений на советской земле фашисты встретились с таким размахом партизанского движения, что были вынуждены снимать с фронта пехотные, танковые и авиационные соединения для борьбы с народными мстителями.

О силе партизанского движения свидетельствует существование в тылу врага обширных освобожденных территорий, названных в народе партизанскими краями. Их общая площадь превышала территории Дании, Голландии и Бельгии вместе взятых.

В партизанских краях открыто работали партийные и комсомольские организации, органы народной власти, восстанавливались колхозы, открывались школы и больницы. Население пополняло ряды партизан, снабжало их продуктами питания и одеждой.

Огромное значение в партизанской борьбе имели так называемые рейды по глубоким тылам противника. Известны легендарный Карпатский рейд отрядов С. А. Ковпака, которые прошли через 13 областей Белоруссии и Украины и дошли до границ Венгрии. Немцы бросили против них около трех дивизий, поддержанных авиацией, танками и артиллерией. 11 раз соединение Ковпака попало в окружение и выходило из него. Во время этого рейда было уничтожено три тысячи фашистских солдат, пущено под откос 19 воинских эшелонов, взорвано 14 железнодорожных мостов и 38 мостов через шоссе и дороги. Отряды Ковпака на две недели парализовали движение немецких войск на магистрали, по которой шло снабжение воинских частей, участвовавших в Курской битве.

Партизанская борьба в тылу фашистских оккупантов — это эпопея стойкости и героизма советских людей. Десятки тысяч партизан приняли мученическую смерть от гестаповских палачей. Бессмертный подвиг народных мстителей — золотая страница в летописи Великой Отечественной войны.



In Zeitungsmeldungen ist nicht selten die Rede davon, daß die jüdische Bevölkerung Israels aus Aschkenasim, Sephardim und orientalischen Juden besteht. Was sind das für Gruppen?

M. GAWRILJUK
Odessa, Ukrainische SSR

Die jüdische Bevölkerung Israels teilt tatsächlich sich in diese drei ethnischen Hauptgruppen auf. Doch neben ihnen sei die relativ kleine privilegierte Gruppe der Sabres erwähnt. Das sind „echte Juden“, die im „Gelobten Land“ geboren wurden und aufwuchsen.

Die Aschkenasim sind Einwanderer aus Ländern Mittel- und Osteuropas. Sie teilen sich die Macht, die führenden Posten im Verwaltungsapparat, in Wirtschaft, Kultur und anderen Lebensbereichen mit den Sabres (zu den Aschkenasim gehören u. a. der derzeitige Ministerpräsident Begin und Verteidigungsminister Sharon).

Die Sephardim stammen aus Südeuropa, die orientalischen Juden aus afrikanischen und asiatischen Ländern, vor allem aus Ägypten, Syrien, Algerien, Tunesien, Marokko, Irak und Jemen. Überwiegend wanderten sie nach der Bildung des Staates Israel (1948) ein. Die Sephardim und die orientalischen Juden machen mehr als 60% der jüdischen Bevölkerung des Landes aus. Größtenteils sind sie ärmer und ungebildeter als die Aschkenasim. Manche Sephardim und orientalische Juden konnten sich durch die Ausbeutung der arabischen Bevölkerung zu Klein- und Mittelunternehmern hocharbeiten. Doch ihre Hauptmasse nimmt die unteren Stufen der israelischen Gesellschaftspyramide ein. Obgleich sie die Mehrheit der Arbeiterklasse Israels bilden, gehörten 1981 den Sephardim und orientalischen Juden nur 4 von 55 höchsten Posten im Gewerkschaftsverband Histadruth.

Die orientalischen Juden können oft nicht für die Mittelschulbildung ihrer Kinder aufkommen, ganz zu schweigen von der Hochschulbildung. Die zionistischen Machthaber aber behaupten weiterhin demagogisch, die Juden seien eine „einheitliche Nation“.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Die Sowjetunion hat sich sehr um den Abschluß des Edgas-Rohre-Geschäftes bemüht. Ist hier die UdSSR nicht die am stärksten interessierte Seite! Offenbar kommt Ihr Land nach wie vor nur schwer ohne Geschäftsverbindungen und technische Zusammenarbeit mit dem Westen zurecht.

François SERROU
Paris, Frankreich



Es diskutiert
das Mitglied
des NZ-Redaktions-
kollegiums
Albert PIN

Vor allem, geehrter M. Serrou, möchte ich die Vorgeschichte dieser Frage erörtern. Wir exportieren schon seit langem Gas in Länder Westeuropas. Und der derzeitige „Jahrhundertkontrakt“ wurde keineswegs auf unsere Initiative geschlossen. Die verantwortlichen Politiker einiger westeuropäischer Länder, vor allem der BRD, Frankreichs und Italiens, baten die Sowjetregierung, die Frage möglicher zusätzlicher Gaslieferungen zu prüfen.

Bekanntlich haben wir viel Gas. Nach einer Schätzung der Weltenergiekonferenz verfügt die UdSSR über mehr als ein Drittel aller sogenannten geologischen Erdgasressourcen. Bedeutend sind auch die von uns prospektierten Ressourcen — 34 Billionen Kubikmeter. Das würde sowjetischen Experten zufolge vollkommen ausreichen, um die wachsenden Bedürfnisse des Landes zuverlässig zu decken wie den Export zu steigern.

Doch das eigentliche Problem ist, daß die wichtigsten Brennstoff- und Energieressourcen hinter dem Ural, vor allem in Westsibirien, konzentriert sind. Auf diese Region, wo die sowjetischen Menschen einen einmaligen Gas- und Ölkomples geschaffen haben, entfallen ca. 80% unserer prospektierten Gasressourcen. Ihre Erschließung verlangt die Überwindung außerordentlicher Schwierigkeiten — wegen des rauen Klimas, des Dauerfrostbodens und des Fehlens der Verkehrsverbindungen. Folglich sind große Kapitalinvestitionen erforderlich.

Unter diesen Bedingungen ist der Abschluß des Erdgas-Rohre-Vertrages durchaus logisch. Das Erdgas wird von den Vorkommen in Nordtjumen über eine Pipeline, die in Zusammenarbeit

mit einigen westeuropäischen Ländern errichtet werden soll, nach Westeuropa strömen. Als Gegenlieferung für das Gas werden wir Rohre großen Durchmessers, Kompressorstationen und andere Anlagen erhalten.

Wir verhehlen nicht unser Interesse an diesem „Jahrhundertkontrakt“. Es wird uns ermöglichen, die Erdgasvorkommen in schwerzugänglichen Regionen schneller zu erschließen und die Gasversorgung der Zentralgebiete zu verbessern. Die unterzeichneten Abkommen sehen bekanntlich vor, daß 20—25 Jahre lang ca. 40 Md. Kubikmeter Erdgas jährlich nach Westeuropa geliefert werden. Nach Abschluß der Lieferungen auf Kredite wird die UdSSR eine zusätzliche bedeutende Devisenquelle erlangen. Das wird uns ermöglichen, mehr Waren aus Westeuropa einzuführen.

Auch für Westeuropa ist dieser Kontrakt also sehr attraktiv. Erinnert sei nur an die Ölkrise, die Westeuropa seinerzeit durchmachte. Das sowjetische Erdgas wird zur Energieversorgung vieler westeuropäischer Länder beitragen. Der Kontrakt entspricht deren durchaus verständlichem Streben nach einer geographischen Diversifizierung der Energiequellen. Auch die bedeutenden sowjetischen Aufträge für Rohre und andere Pipeline-Anlagen sind zu berücksichtigen. Unsere Aufträge werden vielen Tausenden in Westeuropa Arbeit geben. Und das ist sehr wichtig für dessen Wirtschaft, insbesondere für die krisengeschüttelte Metallbearbeitung.

Ganz offenkundig hat nüchternes Kalkül, nicht aber die „Beharrlichkeit“ der UdSSR Ihr Land und dessen Nachbarn bewogen, sich auf solche langfristigen Großkontrakte einzulassen. Es ist völlig haltlos, den Ankauf von Rohren und Anlagen für die Pipeline als Faktor der Abhängigkeit der UdSSR von westlicher Technologie zu interpretieren. Wie die Erfahrung lehrt, vermag die Sowjetunion selbst praktisch jedes entstehende Problem zu lösen. Als Regierungen kapitalistischer Staaten die Lieferung der einen oder anderen Anlagen an uns untersagten, haben wir stets in kurzer Zeit die eigene Produktion organisiert.

In den über sechs Jahrzehnten des Bestehens des Sowjetstaats hat es nicht wenige Versuche gegeben, ihn zu „isolieren“. W. I. Lenin konstatierte seinerzeit: „...die Blockade war in der Tat

die wichtigste und eine wirklich feste Waffe der Imperialisten der ganzen Welt zur Erdrosselung Sowjetrußlands.“ Doch auch in jener überaus schweren Zeit hielt der junge sozialistische Staat stand.

Fruchtlos waren die Versuche, in den ersten Nachkriegsjahren unser Aufbauwerk zu stören. Unsere früheren Verbündeten aus der Antihitlerkoalition führten damals Embargolisten fast aller Waren ein, die für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Betriebe und die Entwicklung der Wirtschaft nötig waren. Wir mußten die Produktion der wichtigsten Erzeugnisse, darunter von Baggern und anderer Bautechnik sowie von Anlagen zur Errichtung vieler Wasserkraftwerke und Kanäle, beschleunigt aufnehmen. Und diese Aufgabe haben wir bewältigt.

Wirkungslos blieb auch das von der Carter-Administration verhängte Exportverbot für einige Artikel und Technologie. Sowjetische Forschungs- und Produktionsorganisationen entwickelten schnell eigene Lösungen. Ausschließlich mit den Anstrengungen sowjetischer Wissenschaftler und Konstrukteure wurde der hohe Stand unserer elektronischen und elektrotechnischen Industrie, einiger Zweige des Maschinen- und Gerätebaus, erreicht. Sowjetische Chemiker entwickelten die bezüglich Festigkeit und Wärmebeständigkeit weltbesten Polymere. Bekannt sind die sowjetischen Leistungen in Raumforschung, Atomenergie, Laser- und Quantengeneratorentechnik...

Wir haben nicht geringe Erfahrungen auch bei der Verlegung großer, insbesondere transkontinentaler, Pipelines gesammelt. Die UdSSR ist der weltgrößte Produzent von Rohren, darunter solcher mit großem Durchmesser. Ein sowjetisches Hüttenwerk nimmt jetzt die Produktion vielschichtiger Rohre auf. Diese Entwicklung sowjetischer Wissenschaftler ermöglicht es, Gas unter höherem Druck durch die Pipeline zu befördern, was deren Produktivität bedeutend vergrößert und die Gesamtkosten senkt.

Zweifelsohne ist die Erschließung der Ressourcen Westsibiriens eine Aufgabe, die wir durchaus bewältigen können. Doch soll das möglichst schneller geschehen. Deshalb erscheint uns die beiderseitig vorteilhafte internationale Arbeitsteilung nützlich. Zudem schätzen wir nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische (im besten Sinne des Wortes) Bedeutung von Abkommen wie dem Gas-Rohre-Vertrag. Orientieren sie sich ja auf eine Langzeitperspektive in den Wirtschaftsverbindungen und folglich auf dauerhafte friedliche Koexistenz, auf gute Nachbarschaft.

PS

Zu festem Preis



Der ehemalige US-Präsident Gerald Ford und Ex-Außenminister Henry Kissinger sind sehr geschäftstüchtig. Die früher einmal bekleideten hohen Ämter erlauben ihnen jetzt, das große Geld zu machen. Sie sind bei kleineren Firmen, deren Bosse mit dieser Reklame „den Markt erobern“ wollen, sehr gefragt. Die einstigen Berühmtheiten treten überall auf: im Verband der Autoreifenhändler, bei den Kriegsveteranen, auf einem Kongreß der Erzeuger von Kartoffelchips und Salzgebäck. Hauptsache, das Honorar ist „anständig“ — 10 000 Dollar pro Stunde.

Fürsorglich, mit Hintergedanken

Das britische Verteidigungsministerium stellt dem „Guardian“ zufolge 1,5 Mio Pfund Sterling für „Armeeferienlager“ speziell von 16 bis 18jährigen jungen Männern aus einigen Städten des Landes bereit. Vor allem sind diese „Ferien“ für Arbeitslose bestimmt. Zwei oder drei Wochen lang werden sie sich in der Armee mit Geländeorientierung und anderen Sportarten befassen. Die Flotte

ihrerseits wird ihnen das Segeln und das Kanoe- steuern beibringen. Das Verteidigungsministerium will ca. 7000 jungen Leuten mit solchen „Ferien“ eine „Freude“ bereiten.

Polit-Langfinger

Die kanadische Presse berichtete kürzlich, Claude Charron, Minister in der Provinzregierung von Quebec, habe in einem Warenhaus ein Tweedjackett anprobiert, dann seinen Mantel übergezogen und ... den Laden einfach verlassen. Bereits auf der Straße fragte ein Ladendetektiv den Minister, ob er nicht vergessen habe, zu bezahlen. Charron nahm die Beine in die Hand, doch bald schon hatte man ihn eingeholt. Ein Gericht bestrafte den Langfinger mit 300 Dollar. Charron verlor seinen Ministerposten und blieb „nur“ Parlamentsabgeordneter. Er ist davon überzeugt, die Wähler würden ihm seine „Sünden verzeihen“ und sich auch zukünftig von ihm im Parlament vertreten lassen.

Der „ideale Mann“



Die Italienerin Gabriella Magrini verfaßte ein Buch über den „idealen Mann“.

Dieser müsse über Schönheit Körperkraft, Eleganz und Herzlichkeit verfügen. Doch die Journalistin Maria Calderoni von der „Unità“ ist da ganz anderer Meinung. In der heutigen westlichen Gesellschaft, schreibt sie, sei es für einen „richtigen Mann“ das Wichtigste, „zum Kreis der Leute zu gehören, die dicke Schecks unterzeichnen, in die nobelsten Restaurants und möglichst auf Weltreisen einladen“.

Talente und Verehrer



Der bundesdeutsche Ableger des Ford-Konzerns gibt für seine Mitarbeiter den „Ford Report“ heraus. Dort erscheint u. a. als feste Rubrik „Die Ford-Story“ — mit Lobesworten bekannter Persönlichkeiten von Vergangenheit und Gegenwart. Die Januar-„Story“ ist mit einem Hitlerbild illustriert. Der „Führer“: „Sagen Sie Herrn Ford, daß ich auch zu seinen großen Bewunderern zähle.“ Reklame ist eben Reklame!

Um „Christi Leib“

Ein in letzter Zeit in Dienst gestelltes amerikanisches Atom-U-Boot wurde „Corpus Christi“ getauft, d. h. „Christi Leib“. Die katholische Bischofskonferenz der USA protestierte. Doch Marineminister John Lehmann wies das zurück. „Ich bin sicher, daß die religiöse Bedeutung des Namens unseres U-Boots anregend auf die Einheit und den Frieden unter den Männern wirkt und

seinen Niederschlag in der beruflichen Tätigkeit des Kommandanten und seiner Untergebenen finden wird.“

Symbolisch

Herzogin Carmen Franco Polo, Tochter des verstorbenen spanischen Diktators, mietet in Sevilla ein Luxusappartement. Das Gebäude steht unter Denkmalschutz. Der spanischen Zeitung „País“ zufolge kasieren die Behörden nur eine Miete von ... 400 Peseten (2,76 Rubel) monatlich.

Aktuelles Urteil

Der BRD-Bundesgerichtshof konstatierte in einem seiner Urteile: „Das Gericht ist nicht vorschriftsmäßig besetzt, wenn ein Schöffe während einer Zeugenvernehmung über einen nicht unerheblichen Zeitraum hinweg fest geschlafen hat.“

1 : 0 für die Mullahs



Auf Drängen der Mullahs sagte die pakistanische Regierung buchstäblich in letzter Minute die Hockeymeisterschaft der Damen ab. Vertreter der Geistlichkeit erklärten dem britischen „Guardian“ zufolge, Frauenwettkämpfe widersprächen dem Islam — selbst dann, wenn die Hockeyspielerinnen in langen Hosen und knielangen Blusen auftraten, hinter einem hohen Zaun und ohne männliche Zuschauer.

Zeichnungen:
V. Rosanzew

NEUE ZEIT

НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
Soviet Airlines